

Soziale Arbeit

April 2005

54. Jahrgang

Professor Dr. Jürgen Nowak ist Hochschullehrer für Soziale Ökonomie und Soziologie an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, E-Mail: socialeurope@asfh-berlin.de

Dr. Barbara Bojack arbeitet als Ärztin in einer Justizvollzugsanstalt. Privatanschrift: Eichgärtenallee 14, 35394 Gießen

Dr. Peter Marquard ist Dipl.-Pädagoge und Leiter des Sozial- und Jugendamtes der Stadt Freiburg im Breisgau. Privatanschrift: Egonstr. 26, 79106 Freiburg im Breisgau, E-Mail: marquard.bott@t-online.de

Filiz Küçük ist Krankenschwester und studiert Pflege/Pflegemanagement an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin. Privatanschrift: Aristotelessteig 2, 10318 Berlin, E-Mail: filicia@gmx.de

Soziale Ökonomie und Soziale Arbeit 122
Herausforderung und Chance im Zeitalter der Globalisierung
Jürgen Nowak, Berlin

DZI-Kolumne 123

Alkohol am Arbeitsplatz 129
Ein Aufgabenfeld für Management und Organisation
Barbara Bojack, Gießen

Jugendhilfe und Sport 135
Zur Kooperation beider Systeme
Peter Marquard, Freiburg im Breisgau

Rituelle Begleitung sterbender Muslime 142
Ein Wegweiser für den Pflegealltag
Filiz Küçük, Berlin

Rundschau Allgemeines 149
Soziales 150
Gesundheit 151
Jugend und Familie 152
Ausbildung und Beruf 152

Tagungskalender 153

Bibliographie Zeitschriften 154

Verlagsbesprechungen 158

Impressum 160



Eigenverlag

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

<https://doi.org/10.5771/04>

Generiert durch IP '18.119.172.104', am 09.10.2024, 04:21:06.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Soziale Ökonomie und Soziale Arbeit

Herausforderung und Chance im Zeitalter der Globalisierung

Jürgen Nowak

Zusammenfassung

Die Globalisierung steht überwiegend für eine ökonomische, finanzielle und informatorische Weltgesellschaft, weniger für eine kulturelle, Mobilität fördernde und kaum für eine politische Gemeinschaft der Welt. Sie kolonialisiert die Lebenswelt der Menschen in ihrem Alltag, diese werden immer mehr von ökonomischen Systemzwängen abhängig. Jedoch ist der Mensch kein Homo oeconomicus, sondern er ist ein solidarisches Wesen. Die Soziale Ökonomie widersetzt sich der neoliberalen Marktlogik. Sie bedeutet die Wiedergewinnung des Sozialen durch den Ausgangspunkt Lebenswelt, die Wiederentdeckung des Gemeinwesens, die Anknüpfung an die traditionelle Gemeinwesenarbeit, das Aufsuchen der Ressource Solidarität und die Nutzung des sozialen Kapitals als Pflege sozialer Netzwerke. Beispiele sind unter anderem Tauschringe und ökonomische Selbsthilfeprojekte in Form von Genossenschaften.

Abstract

Globalization predominantly means an economic, financial and information processing world society, but less a cultural or mobile and no political community at all. It colonizes the daily world of the people. The citizens are getting more and more dependent from the economic forces. The human being is not an economic person, but a social entity. The social economy opposes the neoliberal market logic. It denotes the recovery of social aspects by the daily world, the rediscovery of the community, the linkage to traditional community work, the mobilization of the resource solidarity and the use of social capital by caring for the social networks. Examples among others are exchange bourses and economic self-help projects as cooperatives.

Schlüsselwörter

Globalisierung - ökonomische Faktoren - soziale Arbeit - Marktwirtschaft - Lebenswelt - Gemeinwesenarbeit - Tauschring

Alice Salomon als Vorreiterin der Sozialen Ökonomie

Die Diskussionen der letzten Jahre zur Sozialen Ökonomie und über die neuen Masterstudiengänge seit 2003 in diesem Feld können an eine fast vergessene Tradition anknüpfen. So hat bereits *Alice Salomon*

1909 das Buch „Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Ein Lehrbuch für Frauenschulen“ verfasst, das im Jahre 1928 die achte Auflage erlebte. Volkswirtschaftslehre war fester Bestandteil des Lehrplans der Sozialen Frauenschule. So heißt es im Vorwort: „Der volkswirtschaftliche Unterricht der Frauenschule hat eine andere Zielsetzung als das national-ökonomische Studium auf der Universität.... Die Schülerinnen sollen nur einen Einblick in die Kompliziertheit des Wirtschaftslebens tun, in die wunderbaren Zusammenhänge des Gemeinschaftslebens. Der Unterricht soll ihnen soziale Einsicht vermitteln, damit sie praktisches Verständnis für die sozialen Probleme unserer Zeit gewinnen. Sie sollen die Stellung und die Bedeutung der Frau im modernen Wirtschaftsleben erkennen und die Aufgaben, die ihnen angesichts der sozialen Kämpfe erwachsen“ (*ebd.*, S.1).

Inhaltlich geht es um Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre, um Wirtschaftsgeschichte, die Wirtschaftssektoren Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, aber auch um die Arbeiterfrage, die Arbeiterbewegung und die Arbeitsschutzgesetze. Hier wird bereits ökonomisches, soziales und soziologisches Wissen als Einheit verbunden, was heute meist getrennt gelehrt wird. Die mögliche Rolle der Sozialen Ökonomie ist jedoch heute im Kontext der Globalisierung zu interpretieren und neu zu verorten.

Anspruch und Realität der Globalisierung

Seit Ende der 1990er-Jahre wird der Begriff Globalisierung in den Sozialwissenschaften, in der Politik und auch im Alltag der Bürgerinnen und Bürger verwendet, interpretiert und kontrovers diskutiert. Es geht hierbei um Anspruch und Realität des Begriffes, um Herausforderungen und Chancen für die Gesellschaft und die Einzelnen, um Steuerung und Alternativen zu einem angeblich unabwendbaren sozialen Prozess in der Weltgesellschaft.

Der Streit beginnt bereits bei der historischen Frage: Wann hat die Globalisierung begonnen? Einige Autoren und Autorinnen legen den Anfang in die Zeit der Wiederentdeckung Amerikas 1492 und dem beginnenden Kolonialismus Europas, andere blicken auf das beginnende Zeitalter der Industrialisierung und des Imperialismus im 19. Jahrhundert oder sehen den Zeitpunkt nach dem Zweiten Weltkrieg (*Albrow* 1998), nur wenige erkennen erst die Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien als Ausgangspunkt an.

Abhängig von der jeweiligen Gewichtung der Tatsachen haben alle historischen Argumente ihre

DZI-Kolumne Vulkandurchfall

Berechtigung, das heißt, Globalisierung ist ein sich seit Jahrhunderten beschleunigender Prozess in der Menschheitsgeschichte, der durch die weltumspannenden Informations-, Kommunikations- und Transporttechnologien für den größten Teil der Menschen zur alltäglichen Realität geworden ist. „Die Besonderheit des Globalisierungsprozesses heute (und wohl auch in Zukunft) liegt in der *empirisch* zu ermittelnden *Ausdehnung, Dichte und Stabilität wechselseitiger regional-globaler Beziehungsnetzwerke und ihrer massenmedialen Selbstdefinition sowie sozialer Räume und jener Bilder-Ströme auf kultureller, politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökonomischer Ebene*“ (Beck 1997, S. 31). Hierbei unterlaufen die transnationalen Agierenden den Nationalstaat und dessen Souveränität in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für die acht Dimensionen der Globalisierung gibt es keine einheitlichen Antworten, sondern es zeigt sich ein empirisch sehr differenziertes Bild: Von noch nicht vorhandener Globalisierung über eine nur partielle Globalisierung – besser Regionalisierung genannt – bis hin zu bereits empirisch eindeutig nachweisbarer Globalität.

1. Ökonomische Globalisierung

Ökonomische Globalisierung bedeutet die zunehmende Internationalisierung des Handels und der Investitionen sowie die weltweite Arbeitsteilung in den Produktions- und Dienstleistungssektoren. Anhand der empirischen Indikatoren Welthandel, grenzüberschreitende Firmenzusammenschlüsse und Länder übergreifende arbeitsteilige Produktionen und -kooperationen findet eine Regionalisierung statt, das heißt die reichen Länder sind miteinander verflochten, während die arme Dritte Welt weitgehend davon unberührt ist.

2. Finanzielle Dimension

Die finanzielle Globalisierung liegt in den täglichen, millionenfachen Transaktionen der „Finanz-Jongleure“ und deren Spekulationen in Milliardenhöhe. Für den Börsenguru im Ruhestand und Multimillionär *Georg Soros* sind diese Finanztransfers der eigentliche Motor der Globalisierung. „Globalisierung bedeutet für mich die Geschwindigkeit und Leichtigkeit, mit der das Kapital von Land zu Land und von Sektor zu Sektor fließen kann. Die Mobilität auf den Kapitalmärkten treibt in diesem Jahrhundert die Globalisierung weiter voran als es der Freihandel tut“ (*Süddeutsche Zeitung* 2001, S. 23).

Alt-Bundeskanzler *Helmut Schmidt* gilt bestimmt nicht als ausgesprochener „Linker“. Er agierte in seiner politisch aktiven Zeit eher als ein konservativer Sozialdemokrat. Doch in seinen letzten Veröffentli-

Wir hatten diese Woche einen Handwerker im Haus. Unser vierjähriger Sohn *Cornelius* sah ihm beim Aufstemmen der Wand zu und befand: „Sieht aus wie ein Vulkandurchfall.“ Er meinte *Vulkanausbruch*, und hatte gar nicht unrecht, so, wie die Mauerstücke unter jedem Schlag zerstieben. Ein wirklich niedlicher Versprecher, der Handwerker aber reagierte nicht. Es folgten weitere ähnlich lustige Kommentare von *Cornelius*, auf die der Mann bestenfalls unbeholfen antwortete. Er hatte für seinen kleinen Zuschauer, dessen „Kindermund“ sein Herz eigentlich in Minutenschnelle hätte gewinnen müssen, offenbar überhaupt keine „Antenne“.

Vielleicht hatte der Mann einfach einen schlechten Tag. Aber mir kamen dabei einige Umfragen in den Sinn, von denen kürzlich zu lesen war. So schrieb der *Focus* (Ausgabe 3/2005) unter der Überschrift „Party statt Papa“, dass nach einer Studie des Allensbach-Instituts „ganze Bevölkerungsgruppen keinen Kontakt mehr mit Kindern haben“ und es eine wachsende „Kinderdistanziertheit“ gebe. Eine Forsa-Studie ergab kurz darauf, dass 34 Prozent der Kinderlosen auf Nachwuchs verzichten, weil sie ihre Unabhängigkeit bewahren wollen, 39 Prozent führen Arbeitsplatzunsicherheit als Grund an und 44 Prozent meinen, dass sie keinen geeigneten Partner haben.

Die Erfahrungswelten der Menschen ohne Kinder und der „Familienmenschen“ driften also auseinander. Der Theatermann *Frank Castorf* meinte kürzlich: „Jetzt, mit 53, merke ich, dass es mir großen Spaß macht, Vater zu sein. Man nimmt alles andere viel gelassener. Ich verstehe Kollegen nicht mehr, die sich furchtbar darüber aufregen, wenn eine Premiere nicht ganz top war.“ Hinzu kommt, dass die Arbeitsplatzanforderungen in puncto Zeiteinsatz und Mobilität mit den gleichzeitig gestiegenen Ansprüchen an Partnerschaft und Kindererziehung oft nicht mehr vereinbar sind. Zugespitzt heißt all das: Neoliberale Wirtschaft und individueller Hedonismus schaffen einen *säkularen Zölibat*. Die Wörter Mönch und Single haben übrigens denselben griechischen Wortstamm: *monos* = allein.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

chungen über Betrachtungen des Globalkapitalismus und dessen Akteure analysiert er schonungslos: „Wir erleben eine Globalisierung des Spekulationismus. Ein vergleichbares Ausmaß von Spekulation hat es vorher niemals gegeben ... Gleichzeitig damit hat sich die auch in Amerika zunächst entstandene Tendenz zu grandiosen Fusionen, auch zu *unfriendly takeovers* ganzer Industriekonzerne, ganzer Banken ausgebreitet ... Ich nenne sie Raubtierkapitalismus, man könnte auch von Sozialdarwinismus reden“ (Schmidt 1999, S. 30 f.). Es ist zweifelsfrei so, dass die Welt eine finanzielle Einheit geworden ist: Geldzirkulation, spekulative Geschäfte und das Auf und Ab der Börsen sind eng miteinander verflochten und wechselseitig verbunden.

3. Ökologische Globalisierung

Den geringsten Dissens gibt es wahrscheinlich bei der Feststellung, dass die Erde eine ökologische Einheit ist (siehe Tsunami-Katastrophe in Südostasien) und die Ressourcen der Erde begrenzt sind.

4. Informatorische Globalisierung

Am ehesten scheint die Globalisierung im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien zu wirken. Denn erst sie haben die Beschleunigung der finanziellen und ökonomischen Globalisierung ermöglicht, indem inzwischen von jedem Punkt der Erde jeder Mensch erreichbar ist, soweit die materielle Ausstattung wie Telefon, Fax, Internet, Handy und Fernsehen verfügbar ist. Dadurch sind schnelle Absprachen und Kontrollen möglich.

5. Kulturelle Globalisierung

Die kulturelle Globalisierung ist die anscheinend dominante Überschwemmung der gesamten Welt durch westliche Medienprodukte und Wertvorstellungen. Auf Grund des großen amerikanischen Einflusses spricht man auch von der McDonaldisierung oder Hollywoodisierung der Weltgesellschaft. Symbole für diese „McWorld“ sind unter anderem Blue Jeans, Coca-Cola, McDonald, Marlboro, Barbiepuppen und Teletubbies. Sind wir auf dem Wege zu einer globalen Einheitskultur? Die radikalste Antwort auf diese Frage wird von *Ignacio Ramonet* vertreten. Er ist Direktor der französischen Monatszeitung „Le Monde diplomatique“, die in acht Sprachen erscheint. „Auf dem ganzen Erdball setzt sich ein einheitlicher Lebensstil durch, der durch die Medien verbreitet und den Gesellschaften mittels der Massenkultur eingehämmert wird. Von La Paz bis Ouagadougou, von Kyoto bis Sankt Petersburg, von Oran bis Amsterdam – überall die gleichen Filme, die gleichen Fernsehserien, die gleichen Informationen, die gleichen Lieder, die gleichen Werbeslogans, die gleichen Objekte,

die gleichen Kleider, die gleichen Autos, der gleiche Wohnungstyp mit gleicher Einrichtung, die gleiche Architektur, der gleiche Städtebau ... Auf der ganzen Welt weicht in den wohlhabenden Quartieren der großen Städte der Reiz der Vielfalt der unwiderstehlichen Offensive der Standardisierung, der Homogenisierung und der Gleichschaltung. Überall triumphiert die globale Kultur, genannt „world culture“ (Ramonet 1998, S. 56).

Stimmt diese Behauptung? Wie sieht die Realität aus? Der Begriff „Weltkultur“ bedeutet nicht zwangsläufig die Ablösung derzeitiger nationaler und lokaler Kulturen. Auch die „deutsche Kultur“ – soweit man so etwas definieren kann – hat nicht zum Untergang regionaler Kulturen geführt, etwa der bayerischen Volksmusik oder dem rheinischen Karneval.

6. Mobilitäts- und Migrationsglobalisierung

Mobile Globalisierung bedeutet die Zunahme der täglichen und jährlichen Ortsbewegungen von Menschen in ihrem Umkreis und weltweit, und migratorische Globalisierung ist die wachsende Mobilität von internationalen Migranten und Migrantinnen aller Art (Arbeitsmigration, Flüchtlinge) und die temporären jährlichen Wanderungen von Millionen von Reisenden rund um den Globus.

7. Kriminelle Globalisierung

Die kriminelle Globalisierung ist die zunehmende Ausbreitung weltweit agierender mafioser Netzwerke zur Ausübung von Verbrechen aller Art, wie sie auch der Schweizer Soziologe *Jean Ziegler* (1998, S. 21 f.) beschreibt: „Nach Angaben des Innenministeriums der russischen Föderation kontrollieren rund 5 700 Mafiabanden direkt oder indirekt mehr als 70 Prozent des Finanzsektors des gesamten riesigen Landes sowie den Hauptteil der Erdöl-, Erdgas-, Erz-, Holz- und Diamantenexporte. In Deutschland, Italien, der Türkei und den Vereinigten Staaten zerrütet das organisierte Verbrechen ganze Sektoren des Marktes. Die Volkswirtschaften mehrerer schwarzafrikanischer Staaten sind vollkommen kriminalisiert.“ Die Hauptfelder dieser Mafiakartelle sind Schmuggel, Drogen- und Menschenhandel.

8. Politische Globalisierung

Der deutsche Soziologe *Ulrich Beck* betont ausdrücklich, dass diese Globalisierung zu einer Weltgesellschaft ohne Weltstaat und ohne Weltregierung führt (Beck 1997, S. 32). Die politische Globalisierung schreitet nur langsam voran, vorherrschend ist noch ein politischer Regionalismus. Das markanteste Beispiel ist die ständige Erweiterung der Europäischen Union seit ihrer Gründung 1957 von sechs Staaten

auf 25 Länder im Jahr 2004. Aber es gibt noch keine Weltregierung und nur wenige anerkannte globale politische Spielregeln.

Globalisierung und soziale Ungleichheit

Die Globalisierungsverfechterinnen und -verfechter glauben, dass der liberale Welthandel allen Ländern der Welt Wohlstand bringen wird. Das Gegenteil ist der Fall, betrachtet man die sozialen Folgen:

▲ Die Kluft zwischen den armen und reichen Ländern ist größer geworden, nachgewiesen in den Statistiken der Vereinten Nationen.

▲ Das Versprechen der Vollbeschäftigung ist eine Lebenslüge der politischen Klasse, die hohe Arbeitslosenquote zeigt es auf, auch Hartz IV wird daran nichts ändern.

▲ Die Systemwelt „kapitalistische Marktökonomie“ kolonialisiert die Lebenswelt der Menschen in ihrer Reproduktionssphäre.

Globalisierung und Kolonialisierung der Lebenswelt

Zentrale Steuerungsinstrumente der kapitalistischen Ökonomie sind die Marktlogik und das Geld als Profitmotor. Die Marktökonomie ist nach *Jürgen Habermas* Teil des zweckrationalen Handelns der Individuen. Es ist zielgerichtet und erfolgsorientiert. Bezieht es sich auf Bereiche der objektiven Welt, dann ist es instrumentell, und bezieht es sich auf Vorgänge der sozialen Welt, ist es strategisch. Zweckrationales Handeln spielt sich in der gesellschaftlichen Systemwelt ab. Dieser Ansatz ist typisch für die individualistische Handlungstheorie der Soziologie und der politisch Handelnden.

Diesem Ansatz stellt *Habermas* seine kommunikative Theorie gegenüber. Das kommunikative Handeln wird als verständigungsorientiertes, intersubjektives Handeln definiert: „Hingegen spreche ich von *kommunikativen* Handlungen, wenn die Handlungspläne der beteiligten Akteure nicht über egozentrische Erfolgskalküle, sondern über Akte der Verständigung koordiniert werden. Im kommunikativen Handeln sind die Beteiligten nicht primär am eigenen Erfolg orientiert; sie verfolgen ihre individuellen Ziele unter der Bedingung, daß sie ihre Handlungspläne auf der Grundlage gemeinsamer Situationsdefinitionen aufeinander abstimmen können. Insofern ist das Aushandeln von Situationsdefinitionen ein wesentlicher Bestandteil der für kommunikatives Handeln erforderlichen Interpretationsleistungen“ (*Habermas* 1981, S. 385).

Das kommunikative Handeln erfolgt in der so genannten Lebenswelt als dem Ort, an dem sich die

Selbstreproduktion und Selbstinterpretation der sozialen Gruppen vollzieht. Hier finden die alltäglichen Verständigungsprozesse statt. Das Lebensweltkonzept stellt den Anschluss der Handlungstheorie an die Gesellschaftstheorie her, die weitgehend als Systemwelt definiert und durch das zweckrationale Handeln bestimmt wird. Hierher gehören unter anderem das ökonomische, politische, das Bildungs- und Wissenschaftssystem. Diese Systemwelt wird durch eine Vielzahl *sozialer Institutionen* gebildet, zum Beispiel durch Firmen, Verkehrsgesellschaften, Parlamente, Verwaltungen, Schulen, Universitäten. Nach *Habermas* sind in historischer Perspektive zwei Prozesse von Bedeutung, zum einen die zunehmende Kolonialisierung der Lebenswelt durch die Systemwelt und zum anderen die Entkopplung von Lebens- und Systemwelt.

Kolonialisierung der Lebenswelt bedeutet das Eingreifen von Systemen in die Lebenswelten. Systemische Imperative dringen in die verschiedenen Handlungsbereiche der Individuen ein. Die Rationalisierung durch die Systemwelt kann soweit führen, dass eine völlige Unterwerfung der Lebenswelt unter die Systemwelt stattfindet. Diese zerstörerischen Auswirkungen zeigen sich in Sinnverlust, Anomie und Persönlichkeitsstörungen. Mit dem Vordringen der Systemwelt in die Lebenswelt können Verständigungsprozesse in der Lebenswelt immer weniger ausgehandelt werden. Sie werden mehr und mehr durch die Organisationsstrukturen der Systeme vorgegeben. Entscheidungen über Arbeit und Arbeitslosigkeit fallen heute einseitig in der ökonomischen Systemwelt. Die Lebenswelt kann diesen Mechanismen kaum gegensteuern.

Doch trotz aller fortschreitender Entkopplungsprozesse bedingen sich die Lebens- und die Systemwelt immer noch gegenseitig; denn erstens ist die Systemwelt noch in der Lebenswelt verankert (siehe etwa das Privatleben der Individuen) und zweitens hängt die Lebenswelt in hohem Maße von der Systemwelt ab, da sie die Mittel für die materielle Reproduktion der Individuen erzeugt und bereitstellt (Waren, Dienstleistungen).

Globalisierung und Menschenbild

Entscheidend für das neoliberale Wirtschaftshandeln ist das dahinter stehende Menschen- beziehungsweise Gesellschaftsbild des „homo homini lupus“ („der Mensch ist des Menschen Wolf“) beziehungsweise „Bellum omnium contra“ („Krieg aller gegen alle“), wie es *Thomas Hobbes* (1588-1679) in seinem „Leviathan“ entwickelt hat, und der Utilitarist *Jeremy Bentham* (1748-1832) versteht seine Glücksphiloso-

phie als Maximierung des gesellschaftlichen Nutzens. Als Maßstab der Nutzung kennzeichnet er das Geld: „Hier möchte ich mit einem gefühlvollen, mitleidigen Freund einen Waffenstillstand schließen, wenn ich eine so aufs Geld ausgerichtete Sprache rede. Ich tue es notgedrungen und möchte auch die Menschheit dazu auffordern, es nur notgedrungen zu tun. Das Thermometer ist das Instrument, um draußen die Temperatur zu messen; das Barometer ist das Instrument, um den Luftdruck zu messen. Wer mit der Genauigkeit dieser Instrumente nicht zufrieden ist, muß andere zu finden suchen, oder er muß der Naturwissenschaft Lebewohl sagen. Das Geld ist das Instrument, um die Menge des Schmerzes oder der Lust zu messen ... Daher sollte niemand erstaunt oder empört sein, wenn er findet, daß ich in dieser Arbeit alles am Geldwert messe“ (*Bentham* 1843, zitiert nach *Kurz* 1999, S. 77 f.).

Dieses utilitaristische Gesellschaftsbild lässt sich als „Homo oeconomicus“ zusammenfassen. Der deutsch-britische Soziologe *Ralf Dahrendorf* hat dies in seiner klassischen Schrift „Homo Sociologicus“ wie folgt charakterisiert (1977, S. 15): „Die Sozialwissenschaft hat uns bisher zwei neue, höchst problematische Menschen beschert, denen wir in der Wirklichkeit unserer Alltagserfahrung kaum je begegnen dürften. Der eine ist der viel umstrittene Homo oeconomicus der neueren Wirtschaftswissenschaft; der Verbraucher, der vor jedem Einkauf Nutzen und Kosten sorgsam abwägt und Hunderte von Preisen vergleicht, bevor er seine Entscheidung trifft; der Unternehmer, der alle Märkte und Börsen in seinem Kopf vereinigt und sämtliche Entschlüsse an diesem Wissen orientiert; der vollständig informierte, durch und durch „rationale“ Mensch.“

Die neoliberale Globalisierung ist eine Herausforderung im mehrfachen Sinne:

- ▲ philosophisch-ethnisch im Sinne des asozialen und nichtchristlichen Menschenbildes des Homo oeconomicus, denn das „Soziale“, der „Homo socialis“, wird vollständig geleugnet;
- ▲ sozialarbeiterisch im Sinne der Erhaltung oder der Wiederherstellung der lebensweltlichen Perspektiven für das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger;
- ▲ sozioökonomisch im Sinne der Entwicklung alternativer Ökonomiekonzepte, um wenigsten ansatzweise mehr Menschen sinnvolle Arbeit zu geben.

Soziale Ökonomie als Alternative

Eine mögliche Alternative zu dieser neoliberalen Marktlogik setzt beim Menschen als „Homo socialis“ an, der über die Ressource „Solidarität“ als „so-

ziales Kapital“ wechselseitiger Netzwerke verfügt. Der Homo socialis verfügt über Empathie. Der amerikanische Psychologe *Arthur P. Ciaramicoli* hat in einem grundlegenden Buch auf diesen „Empathie-Faktor“ hingewiesen (2001, S. 22): „Zum einen haben wir Bewußtsein ... Wir haben aber auch Einfühlungsvermögen, was bedeutet, dass wir fähig sind, einander auf sehr tiefgründige Weise zu verstehen, tatsächlich die Gefühle der anderen zu empfinden und die Gedanken, Ideen, Motive und Urteile der anderen zu verstehen. Einfühlung ist das Band, das uns verbindet, uns hilft zu denken, ehe wir handeln, uns zur Zuwendung motiviert, wenn jemand leidet, uns lehrt, unsere Vernunft einzusetzen, um unsere Gefühle im Gleichgewicht zu halten und uns zu den erhabensten Idealen inspiriert, nach denen der Mensch trachten kann.“

Dieses Emotionale verbindet die Menschen, ja macht menschliches Zusammenleben überhaupt erst möglich und sinnvoll. So schreibt *Ciaramicoli* mit Recht (2001, S. 38): „Ohne Einfühlung wären wir nicht in der Lage, auf sinnvolle Weise miteinander in Verbindung zu treten, auch fehlte uns das Verlangen oder die Neigung einander zu helfen. Wir würden ein Leben als Einzelgänger führen, die Gedanken getrennt von den Gefühlen, jeder von uns eine Insel, ohne Brücken des verbindenden Verständnisses. Die Einfühlung ist Teil unseres genetischen Erbes, ein naturgegebenes Geschenk, um das Überleben aller Lebewesen zu gewährleisten.“

Zur Begriffsvielfalt

Im Anschluss an *Thilo Klöck* (2001, S. 29 f.) lassen sich mindestens fünf verschiedene Begriffe erkennen, die sich allerdings in ihrer Arbeitsfeldern überlappen:

- ▲ Lokale Ökonomie bezieht sich auf den Ort als Wirtschaftseinheit für die soziale Existenzsicherung.
- ▲ Economie sociale kommt aus den Entwicklungen in Frankreich und bedeutet im Kern die Genossenschaften, die Vereinigungen auf Gegenseitigkeit („mutualités“) und gemeinnützige Vereine und Selbsthilfegruppen.
- ▲ Soziale Ökonomie gilt in Deutschland als Synonym für den Dritten Sektor. Es geht um nichtstaatliche und nichtgewinnorientierte Aktivitäten wie Arbeitsförderungsgesellschaften, Selbsthilfegruppen, Tauschringe, Eigenarbeit im Haushalt und Schattenwirtschaft.
- ▲ Gemeinwesenökonomie meint solidaritätsstiftendes, vernetzendes und bedarfsorientiertes Wirtschaften.
- ▲ Solidarische Ökonomie hat ihre lange Tradition in der Genossenschaftsbewegung und in der alternati-

ven Ökonomie der neuen sozialen Bewegungen ab den 1970er-Jahren.

Soziale Ökonomie wird als Leitbegriff gewählt, denn eine begriffliche Verknüpfung von „Ökonomie“ und „Soziales“ führt zu einer Interdependenz, sie verbindet notwendigerweise interdisziplinär die beiden Wissenschaften Volkswirtschaftslehre und Soziologie.

Soziale Ökonomie und Soziale Arbeit

Soziale Ökonomie bedeutet die Wiedergewinnung des Sozialen in mehrfacher Hinsicht:

- ▲ als Ausgangs- und Mittelpunkt die *Lebenswelt* der Menschen zu nehmen, also Homo socialis statt Homo oeconomicus;
- ▲ die Wiederentdeckung des *Gemeinwesens*, des Stadtteils als sozialen Lebensraum, in dem die Menschen zu Hause sind;
- ▲ das Anknüpfen an die traditionelle *Gemeinwesenarbeit* als im Ansatz bewährte Methode und Strategie der Sozialen Arbeit;
- ▲ das Aufsuchen der bei allen Menschen vorhandenen Ressource *Solidarität*, denn die Menschen wollen (und können meist) auch helfen;
- ▲ das Nutzen der Ressource *soziales Kapital* als die Pflege *sozialer Netzwerke* und
- ▲ die Anwendung der Strategie des *Empowerment*, indem auf die eigenen Kräfte der Menschen vertraut wird.

Alle diese Stichworte sind eng mit der Theorie, den Methoden und der Praxis der Sozialen Arbeit verbunden, denn die Klientel ist Teil dieser Lebenswelt. Welchen konkreten Beitrag leistet nun die Soziale Ökonomie für die Soziale Arbeit in Deutschland?

Tauschringe

Das sicherlich am ehestens als antikapitalistisch und nichtstaatlich zu bezeichnende Projekt des dritten Weges ist die Idee und die Durchführung der Tauschringe. Sie beruhen auf der Arbeitswerttheorie der ökonomischen Klassiker wie *Adam Smith*, *David Ricardo* und *Karl Marx*: Wechselseitiger Tausch der Arbeitskraft gemessen in der Zahl der geleisteten Zeit. Der Vorteil des Tauschrings liegt im Gegensatz zum direkten Tausch in der Auswahl aus dem großen Angebot der gesamten Tauschgemeinschaft. Ein einfaches Beispiel zeigt das Prinzip (*Kreuzberger Tauschring* 1998, S. 6): „Claudia hilft Uwe beim Ausfüllen eines Wohngeldantrages. Uwe hilft Frau Krause beim Einkauf, da sie die Sachen nicht mehr tragen kann. Frau Krause wiederum passt zweimal im Monat auf Claudias Kind auf. Der Tauschhandel ist perfekt. Bezahlt wird mit einer internen Verrechnungseinheit, die nur auf den Konten des Tauschrings existiert.“

Die Summe aller Salden im gesamten Tauschring ist wie zu Anfang weiterhin Null (Nullsummenprinzip). Tauschringe leben von einer Balance zwischen Geben und Neben.“

Aus diesem Grunde haben die Teilnehmenden bei ihrem Tauschring ein Zeitkonto. Bei dem Tauschring in Berlin-Kreuzberg geht es über den „Kreuzer“ als Punktesystem für Geld. Das System ist insoweit gerecht, dass niemand den anderen übervorteilen kann, denn alle sind wechselseitig verpflichtet, ihr Arbeitszeitkonto auszugleichen. Es gibt eine Höchstgrenze der „Ausbeutung“. Die Tauschringe haben einen volkswirtschaftlich gesehen bescheidenen Erfolg. Es gibt circa 130 derartige Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Ökonomische Selbsthilfe und Genossenschaften

Ein alter und inzwischen immer mehr belebter Ansatz in der Sozialen Ökonomie sind Genossenschaften, wie zum Beispiel die im Jahre 2000 von 37 Bewohnerinnen und Bewohnern, Arbeitslosen und Vertretern und Vertreterinnen von Organisationen gegründete „Stadtteilgenossenschaft Wedding für Wohnort nahe Dienstleistungen eG“ (www.stadtteilgenossenschaft-wedding.de). Sie verfolgt laut Satzung als Zweck und Gegenstand wirtschaftliche und soziale Ziele: „(1) Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. (2) Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Durchführung von beschäftigungswirksamen sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten und Dienstleistungen und das Schaffen von Arbeitsplätzen insbesondere für Langzeitarbeitslose.“

Es geht in diesem Kiez in Berlin-Wedding um die Verbesserung der Lebensqualität und des interkulturellen Zusammenlebens sowie um den Aufbau eines örtlichen Wirtschaftsnetzwerkes. Zurzeit gehören dazu Handwerksbetriebe (Maler, Elektrotechnik, Fliesenarbeiten, Gebäudeservice, Maurer- und Putzarbeiten, sanitäre Anlagen), Dienstleistungen wie Werbeagentur, Grafik-Design und Büroservice. In der Euphorie der ersten beiden Jahre wurde die Wirtschaftlichkeit nicht beachtet und das Gründungskapital aufgebraucht. Um einer Insolvenz vorzubeugen, mussten die defizitären sozialen Dienstleistungen eingestellt werden. Seit Ende 2004 ist es wieder möglich, soziale Projekte zu gründen, allerdings nur, wenn öffentliches Geld fließt. Das spricht nicht gegen das Projekt, aber es zeigt die Schwierigkeit, außerhalb der kapitalistischen Marktlogik zu handeln. So gibt es den ansatzweise gelungenen Versuch, die Migran-

tenökonomie durch das Projekt „Xenos – Integration in der Mitte Berlins“ mit einzubeziehen, indem ein „ethnischer“ Maurerbetrieb und ein Reinigungsunternehmen der Genossenschaft beitraten.

Soziale Ökonomie an den Fachhochschulen

Das Fach Soziale Ökonomie wird – nach meinen Recherchen – zwar vereinzelt in wenigen Lehrveranstaltungen angeboten, aber als systematisches Studium erst seit kurzer Zeit in zwei neuen Masterstudiengängen im deutschsprachigen Raum. Seit dem Wintersemester 2003 wird in einem Kooperationsverbund von fünf Fachhochschulen der Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung, Quartiersmanagement und Lokale Ökonomie“ (vgl. www.hpsabb.ch) angeboten. Beteiligt sind zwei Schweizer Fachhochschulen in Basel und Zürich und drei deutsche in München, Freiburg und Berlin.

Es geht um folgende thematische Studienfelder:

- ▲ wissenschaftliche Zugänge zum Handlungs- und Forschungsbereich;
- ▲ politische, rechtliche und soziale Strukturen, Programme und Akteure im Gemeinwesen;
- ▲ Aktivierung, Partizipation, Selbsthilfe und Selbstorganisation in diesem Kontext;
- ▲ Konzeption und Management von Projekten in Gemeinwesen und Unternehmen der Lokalen Ökonomie, und zusätzlich ein Modul Forschungswerkstatt.

Die Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik des „Rauen Hauses“ in Hamburg bietet seit dem Wintersemester 2004 den neuen berufsbegleitenden viersemestrigen Studiengang Master of Arts – Gemeinwesenökonomie an (www.rauheshaus.de/master-gv). Schwerpunkte der Ausbildung sind die drei thematischen Module Soziale Ökonomie, Gemeinwesenentwicklung und Sozialmanagement, die beiden Basismodule Sozialraumanalyse und Gemeinwesenökonomie und das Forschungsmodul Forschungswerkstätten. Die zukünftigen Abgängerinnen und Abgänger könnten als Master in diesem Bereich ein Potenzial bilden, um Projekte der Sozialen Ökonomie anzustoßen und zu gründen, ähnlich wie es in der Gemeinwesenarbeit in den 1960er-Jahren war, als Studierende der Sozialen Arbeit die zahlreichen Projekte in der Stadtteilarbeit mitbegründeten.

Schlussfolgerung

Die Soziale Ökonomie kann bei der derzeitigen machtpolitisch-ideologischen Überlegenheit der global-kapitalistischen Marktlogik nur eine kleine demokratische Nische erobern. Aber man soll die utopische Hoffnung nie aufgeben, dass Menschen gemeinsam die Gesellschaft verändern können.

Literatur

- Albrow**, Martin: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter. Frankfurt am Main 1998
- Beck**, Ulrich: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt am Main 1997
- Ciaramicoli**, Arthur P.: Der Empathie-Faktor. Mitgefühl, Toleranz, Verständnis. Aus dem Englischen 2000. München 2001
- Dahrendorf**, Ralf: Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle. Opladen 1977
- Habermas**, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt am Main 1981
- Klöck**, Thilo: Solidarität in der lokalen Ökonomie. In: Sahle, Rita; Scurrrell, Babette (Hrsg.): Lokale Ökonomie: Aufgaben und Chancen für die Soziale Arbeit. Freiburg im Breisgau 2001, S. 25-42
- Kreuzberger Tauschring** (Hrsg.): Was ist ein Tauschring. Berlin 1998
- Kurz**, Robert: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Frankfurt am Main 1999
- Salomon**, Alice: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Ein Lehrbuch für Frauenschulen. Leipzig und Berlin 1909
- Schmidt**, Helmut: Globalisierung. Politische, ökonomische und kulturelle Herausforderungen. Stuttgart 1999
- Süddeutsche Zeitung**: Ausgabe vom 1./2. September 2001
- Ziegler**, Jean: Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen. München 1998

Alkohol am Arbeitsplatz

Ein Aufgabenfeld für Management und Organisation

Barbara Bojack

Zusammenfassung

Das Problem des Alkoholkonsums am Arbeitsplatz betrifft alle Hierarchieebenen eines Betriebs. Dadurch entstehen hohe, vermeidbare Kosten und vermeidbare krankheitsbedingte Leidenswege. Ziel des Artikels ist es, dazu anzuregen, das Problem aktiv wahrzunehmen und Lösungsmöglichkeiten im Betrieb zu schaffen. Des Weiteren wird gezeigt, dass sich solche Lösungen auszahlen.

Abstract

The problem of alcohol on the job is described by illustrating how all levels of hierarchy in business are impacted. This results in extensive, avoidable expenses as well as avoidable illness-connected processes of suffering. This article aims to promote recognition of this problem and to establish active solutions in businesses. It also shows how such efforts can be worthwhile for the businesses.

Schlüsselwörter

Alkoholkonsum - Arbeitsplatz - Alkoholismus - Prävention - Betriebliche Sozialberatung - Mitarbeiter - Management - Leitung

Einleitung

Alkohol wurde früher als Genussmittel vor allem zu festlichen Anlässen getrunken. Seit den 1930er-Jahren ist der Alkoholkonsum in Deutschland sprunghaft angestiegen, und zwar um 30 Prozent (Bodewig 1985), ebenfalls steigt der Alkoholismus. Der Alkoholkonsum hat sich nicht nur in der Gesellschaft verbreitet, sondern auch in die Arbeitswelt Eingang gefunden. Eine Untersuchung der Bundeszentrale für Aufklärung aus dem Jahre 1983 zeigt, dass 53 Prozent aller Berufstätigen zumindest gelegentlich, 11 Prozent täglich oder fast täglich am Arbeitsplatz trinken. Deutlich zeigen folgende Zahlen die Situation auf: Die Betriebskrankenkasse Schleswig-Holstein stellte 1995 fest, dass fünf Prozent ihrer Mitglieder alkoholkrank und zehn Prozent stark gefährdet sind (Weber 1995, Lausser u.a. 1986). Es wird zum Beispiel behauptet, dass 20 Prozent der Führungskräfte alkoholabhängig sind und 80 Prozent Missbrauch betreiben (Anderer 1993, Kastner 1995). Mit Sicherheit sind diese veröffentlichten Zahlen diskussionswürdig.

Im Arbeitsbereich müssen sich Management und Organisation mit dieser Problematik beschäftigen, da Alkohol nicht vor den Betriebstoren Halt macht.

Alkohol ist eine gefährliche Droge, der Zugang ist gesellschaftlich geduldet, der Übergang zur Abhängigkeit ist schleichend und stellt eine Bedrohung für die Betroffenen und den Betrieb dar. Trotz aller Zahlen ist Alkohol am Arbeitsplatz immer noch ein Tabuthema. Gern wird darüber gesprochen, andernorts habe man davon gehört, dass es Beschäftigte mit einem Alkoholproblem gebe, aber der eigene Kollege oder die Mitarbeiterin werden gerne ausgeblendet oder mit diesem Problem bewusst oder unbewusst nicht wahrgenommen.

Alkoholismus

Der Begriff Alkoholismus wird in Alkoholmissbrauch und Alkoholabhängigkeit unterschieden. Alkoholmissbrauch liegt vor, wenn entweder die Trinkmenge oder der Trinkzeitpunkt nicht angemessen sind. Kurzfristig erleben die Trinkenden eine besondere Kontaktfreudigkeit, vergessen die Sorgen und fühlen sich einfach „wohl“ und entspannt. Neben einer Minderung der sensorischen, motorischen und intellektuellen Leistung ist das Reaktionsvermögen vermindert, die Risikobereitschaft und die Selbstüberschätzung sind erhöht. Dies sind kurzfristige Wirkungen von Alkohol ebenso wie die spannende Wirkung, die durch Depression des Zentralnervensystems erklärt wird. Präzise Zahlen zum Alkoholmissbrauch sind nicht einfach zu bekommen, da er schwer zu beobachten und zu registrieren ist, jedoch ist davon auszugehen, dass der Alkoholmissbrauch verbreitet ist. Zu denken ist an die Betriebsfeiern, Geschäftsabschlüsse und Geburtstage, die weitgehend mit Alkohol begossen werden.

Alkoholismus hat sich zunehmend zu einem Problem entwickelt, das in allen Gesellschaftsschichten zu finden ist: Es gibt den abhängigen gewerblichen Mitarbeiter ebenso wie die abhängige Managerin, von dem „Elendsalkoholismus“ wie in früheren Jahrzehnten ist nicht auszugehen. In verschiedenen Berufszweigen sind Häufungen von Alkoholproblemen bekannt. Gefährdet sind vor allem Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau, umgekehrt aber auch solche mit einem hohen Maß an Selbstkontrolle und Verhaltensautonomie (zum Beispiel Selbstständige ohne feste Arbeitszeit oder Außendienstmitarbeitende, Führungskräfte).

Noch in den 1960er-Jahren war das Verhältnis abhängiger Männer zu Frauen wie 10:1, heute liegt das Verhältnis bei 4:1 mit der Tendenz zu 3:1 (Regnet 1999, S. 324). Nach der Reichsversicherungsordnung ist Alkoholismus seit 1968 als Krankheit anerkannt. Alkoholiker und Alkoholikerinnen sind nach WHO (1952) exzessiv Trinkende, deren Abhängigkeit vom

Alkohol einen solchen Grad erreicht hat, dass sie deutliche Störungen und Konflikte in ihrer körperlichen und geistigen Gesundheit, ihren mitmenschlichen Beziehungen, ihren sozialen und wirtschaftlichen Funktionen aufweisen oder Prodnere (Vorläufer) einer solchen Entwicklung zeigen. Daher brauchen sie Behandlung. Diese Definition zielt auf die Konsequenzen exzessiven Alkoholkonsums.

Alkoholabhängigkeit

In der Anfangsphase der Alkoholabhängigkeit, in der vermehrt und regelmäßig Alkohol in größeren Mengen getrunken wird, kommt es – auf Grund geänderter biochemischer Prozesse (Feuerlein 1979, S. 17 ff.) – zu einer Toleranzerhöhung. Es werden allmählich immer größere Mengen oder stärkere Drogen gebraucht (zum Beispiel Wechsel von Bier zu Spirituosen), um dieselbe Wirkung zu erreichen. Dies wird häufig als „Gewöhnung“ und „Trinkfestigkeit“ sogar positiv beschrieben. In dieser Phase wird vom Alkoholmissbrauch gesprochen.

Deutliches Indiz für eine Abhängigkeit sind Entzugserscheinungen, die auftreten, wenn Alkohol für eine bestimmte Zeit nicht mehr zugeführt wird. Sie reichen von leichteren Formen wie Händezittern, Unruhe und Nervosität bis hin zum lebensbedrohlichen Delirium tremens, das nach jahrelangem Alkoholmissbrauch auftreten kann und ebenso wie Entzugsanfälle (Epilepsie) in medizinische Behandlung gehört. Das letzte und vielleicht wichtigste Kriterium, das erfüllt sein muss, um von Abhängigkeit zu sprechen, ist der Kontrollverlust. Darunter ist zu verstehen, dass der Mengenkonsum nicht mehr kontrolliert werden kann. Alkoholismus ist eine Krankheit, die durch den fortschreitenden Verlust der freien Handlungsfähigkeit und -kontrolle gekennzeichnet ist.

Wie kommt es zum Griff zur Flasche?

Der Missbrauch des Suchtmittels Alkohol hat selbstverständlich verschiedene Ursachen, eine wesentliche ist das berufliche Umfeld. Der auch im öffentlichen Dienst verstärkt wahrgenommene Leistungsdruck, ein in manchen Dienststellen schlechtes Betriebsklima sowie andersartige Anforderungen an die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen, Vorgesetzten, Mitarbeitenden sowie Kundschaft sind hierbei wesentliche Faktoren. Belastungen ergeben sich auch durch die Einführung neuer Technologien, Organisationsstrukturen und durch knapper werdende Ressourcen. Auch die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes darf nicht unterschätzt werden. Äußere Gegebenheiten, denen schwer auszuweichen ist, können zu Spannungszuständen und Versagensängsten führen, denen mit dem frei zugänglichen „Hausmittel“

Alkohol im Rahmen der pathologischen Selbstmedikation begegnet wird.

Nicht außer Acht gelassen werden dürfen Schwierigkeiten im persönlichen und privaten Bereich. Oft kommt es zu einer Häufung von unlösbar erscheinenden Problemen, die an individuelle Grenzen führen. Von Betroffenen werden als häufigste Trinkgründe genannt: dem Arbeitsdruck und den Sorgen entfliehen, Sorgen und Probleme vergessen, Entspannen (Fuchs u.a. 1998). Kurzfristige Entlastung kann durch Alkohol sicher erreicht werden, jedoch lassen die langfristigen Folgen Zweifel an dieser Form von Bewältigungsstrategie aufkommen. Die gefährdete Altersgruppe ist die der Vierzig- bis Fünfzigjährigen, da ältere Beschäftigte vom Personalabbau besonders betroffen sind (Ziegler 2001).

Hinweise auf Alkoholismus

Woran ist Alkoholismus zu erkennen? Einige Auffälligkeiten und Merkmale sollten bekannt sein. Je frühzeitiger die Alkoholgefährdung erkannt wird, desto eher und wirkungsvoller lässt sich gegensteuern. Die bereits genannten Entzugserscheinungen können bei genauerer Beobachtung bemerkt werden. Sie stellen aber lediglich einen Hinweis dar und können nicht als Beweis angesehen werden. Folgende Verhaltensweisen sollten Vorgesetzte aufmerksam werden lassen (Regnet 1999):

- ▲ Nachlassen der Leistung oder starke Leistungsschwankungen;
- ▲ Vernachlässigung der Arbeit und des eigenen äußeren Erscheinungsbildes;
- ▲ Unzuverlässigkeit;
- ▲ Fehlzeiten, insbesondere unentschuldigtes Fernbleiben und rückwirkend genehmigte Urlaubstage, Fehlen besonders an Montagen;
- ▲ Unpünktlichkeit, Überziehen von Pausen;
- ▲ Verlassen des Arbeitsplatzes;
- ▲ Trinken am Arbeitsplatz, heimliches Trinken;
- ▲ Ruf der Trinkfestigkeit;
- ▲ auffälliges Benehmen wie Streitsucht, Stimmungsschwankungen;
- ▲ Krankheiten (2,5-mal häufiger als in der gesunden Vergleichsgruppe);
- ▲ Unfälle (3,5-mal häufiger als in der Vergleichsgruppe).

Es ist wichtig, das Trinken beobachtet zu haben oder einen begründeten Verdacht zu hegen, um nicht unbegründete Verdächtigungen zu äußern, vor allem dann, wenn arbeitsrechtliche Schritte eingeleitet werden sollen. Ist eine Sucht- oder Gesundheitsprävention oder ein entsprechendes Programm im Betrieb etabliert, können bei begründetem Verdacht

die Netzwerke eingeschaltet und vorgesehene Schritte eingeleitet werden.

Folgen der Nichtbeachtung: Ko-Abhängigkeit als Alternative

Wird allerdings nichts unternommen, den Gefährdeten zu helfen, setzt ein anderer Mechanismus ein. Angehörige und Belegschaft begegnen den Kranken so, wie sie sich selbst erleben. Die zum Teil jahrzehntelange Abhängigkeit ist nur durch Verleugnung im sozialen Umfeld möglich. Zu Beginn werden die Gefährdeten gegenüber Vorgesetzten in Schutz genommen. Fehlleistungen werden entschuldigt und von den Kolleginnen und Kollegen durch gesteigerten Arbeitseinsatz überspielt (Beschützer- und Erklärungsphase). Verschlechtert sich das Trinkverhalten, versuchen die Bezugspersonen, die Betroffenen zu kontrollieren (Kontrollphase). Diese Phase endet regelmäßig mit großen Enttäuschungen. Die Alkoholabhängigen versuchen, durch besondere Willensanstrengungen den Griff zur Flasche zu unterlassen, dabei erleiden sie immer wieder Schiffbruch. Sie strengen sich noch mehr an und erleben die Niederlage umso größer. Je mehr das soziale Umfeld den Alkoholabhängigen offensichtlich fehlenden Willen aufzuzwingen versucht und sie kontrolliert, desto schmerzlicher sind die Misserfolge, wenn die Kontrollmechanismen versagen.

Jetzt schlägt das Verhalten um und geht nahtlos in die Anklagephase über. In dieser Phase wird versucht, die Kranken so schnell wie möglich los zu werden. Dies tritt besonders dann ein, wenn die Leistungen deutlich sinken und Aufgaben zunehmend übernommen werden müssen. Die anfängliche Hilfsbereitschaft schlägt in Ablehnung um. Verstärkt wird dieses Verhalten durch die Uneinsichtigkeit der Kranken. Weshalb nun sollte gerade Alkohol eine Aufgabe für Management und Organisation sein? Dafür gibt es verschiedene Gründe, nämlich die rechtlichen, die sich aus der Verantwortung und Fürsorge ergeben, und die Frage der Kosten.

Verantwortung und Fürsorge

Management und Organisation sind für ihre Mitarbeiterschaft verantwortlich, deshalb gilt es, sie vor schädlichen Einflüssen zu schützen. Die Verantwortung den Beschäftigten gegenüber ergibt sich aus der Fürsorgepflicht einerseits und aus der Aufsichts- und Weisungspflicht andererseits. Rechtliche Grundlagen sind die Unfallverhütungsvorschriften, § 38 zeigt die Verantwortung der Mitarbeitenden und der Arbeitgeber auf:

▲ Versicherte dürfen sich durch Alkoholgenuss nicht in einen Zustand versetzen, durch den sie sich selbst

oder andere gefährden können.

▲ Versicherte, die infolge Alkoholgenusses oder anderer berauschender Mittel nicht mehr in der Lage sind, ihre Arbeit ohne Gefahr für sich oder andere auszuführen, dürfen mit Arbeiten nicht beschäftigt werden.

Unter § 831 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) fällt die mangelnde Anleitung und Überwachung. Hier muss der Arbeitgeber nachweisen, dass in ausreichendem Maße im Rahmen der Organisation die ordnungsgemäße Geschäftsführung und Beaufsichtigung der einzelnen Arbeitnehmenden gewährleistet ist beziehungsweise Vorsorge dafür getroffen wurde, dass eine solche ordnungsgemäße Geschäftsführung und Beaufsichtigung gewährleistet ist. Eine mögliche Haftung für grob fahrlässiges Verhalten wäre dann anzunehmen, wenn der Arbeitgeber oder die von ihm eingestellten Weisungsberechtigten trotz Kenntnis den Alkoholkonsum von Arbeitnehmern dulden und diese weiterarbeiten lassen. Es ist in jedem Fall geboten, auch unter dem Gesichtspunkt, eventuellen Haftungstatbeständen auszuweichen, angetrunkene Beschäftigte nach Hause zu schicken.

Ein weiterer Aspekt kommt bei der Verursachung von Sachschäden in Betracht, nämlich der des Mitverschuldens. Ein Mitverschulden (§ 254 BGB) liegt dann vor, wenn Arbeitgeber oder Weisungsberechtigte den Alkoholgenuss geduldet haben. Darin wird in der Regel auch eine Eigenhaftung der Arbeitgeber zu sehen sein. Das Wegsehen oder Nicht-Wahrnehmen solcher Aufgaben kommt langfristig gesehen teuer zu stehen. Werden Alkoholranke nicht entdeckt, werden Ressourcen nicht genutzt.

Kosten

Durch Sucht am Arbeitsplatz entstehen Kosten. Die Folgen von Alkohol besonders im Betrieb sind gravierend. Es werden Schäden in Milliardenhöhe verursacht. Da neuere Studien fehlen, werden im Folgenden die Kosten noch in Mark ausgedrückt. Nach Schätzungen entstehen einem Betrieb mit 10 000 Beschäftigten jährlich durch die Suchtkrankheit von Mitarbeitenden Kosten von 1,5 bis 1,8 Millionen Mark (*Landesverband der Betriebskrankenkassen Nordrhein-Westfalen* 1988). Die Folgen des zwangsläufig gestörten Betriebsklimas und der belasteten zwischenmenschlichen Beziehungen lassen sich schwerlich in Zahlen erfassen.

Volkswirtschaftlich gesehen kommen folgende Kosten, die durch Alkoholmissbrauch pro Jahr entstehen, hinzu: 1,4 Milliarden Mark Krankenhauskosten nach Alkoholmissbrauch, 500 Millionen Mark für Rehabi-

litationskosten und 3,2 Milliarden Mark für zeitweilige oder dauernde Arbeitsunfähigkeit (Weber 1995). Erstaunlicherweise besteht hinsichtlich dieser Zahlen bei unterschiedlichen Quellen eine hohe Übereinstimmung.

Suchtprävention macht sich bezahlt

Angesichts stetig knapper werdender Ressourcen gewinnen auch in den Non-Profit-Organisationen und öffentlichen Verwaltungen moderne Kostenrechnungssysteme und Budgetierungsmaßnahmen zunehmend an Bedeutung. Fragen bezüglich der Kosten-Nutzen-Relation von Suchtpräventionsprogrammen haben lange Zeit eine eher untergeordnete Rolle gespielt und wurden als rein freiwillige soziale Leistung gewertet. Jetzt sind Kosten-Nutzen-Analysen notwendig.

Bei der Betrachtung kostenrelevanter Faktoren betrieblicher Suchtprobleme stehen folgende Parameter im Mittelpunkt (Petschler; Fuchs 2000):

- ▲ erhöhte Kurzfehlzeiten und krankheitsbedingte Ausfälle,
- ▲ kurz- und längerfristige Personalersatzmittel,
- ▲ Kosten für Disziplinarverfahren und erhöhte Betreuungintensität,
- ▲ qualitative und quantitative Minderleistung,
- ▲ Schädigung Dritter durch alkoholbedingte Fehlhandlungen,
- ▲ Imageverlust gegenüber der Öffentlichkeit,
- ▲ Kosten durch oder mit verursachten Arbeits- und Wegeunfällen,
- ▲ Material- und Maschinenschäden sowie sonstige Schäden des Anlagevermögens,
- ▲ Kosten durch frühzeitiges Ausscheiden wegen Kündigung oder Frühberentung.

Gut belegt sind das Fehlzeitenaufkommen und die dadurch verursachten Kosten. Zu den anderen Kostenaspekten fehlen weitestgehend geeignete Untersuchungen, da diese größtenteils schwer bezifferbar sind. So lässt sich der Imageverlust schwer in Zahlen ausdrücken. Es gibt deshalb wenig Zahlenmaterial und Kosten-Nutzen-Analysen im Bereich der Suchtprävention. Eine viel zitierte, allerdings in der Literatur umstrittene Veröffentlichung stellt die amerikanische Studie des *Stanford Research Instituts* von 1975 auf der Basis einer Sekundäranalyse aus 20 Firmen in den USA dar. Sie erbrachte die Ergebnisse, dass Alkoholranke:

- ▲ 16-mal häufiger fehlen,
- ▲ 2,5-mal häufiger acht und mehr Tage fehlen,
- ▲ 2,5-mal häufiger Arbeitsunfälle erleiden und
- ▲ 5-mal häufiger Krankenversicherungsleistungen in Anspruch nehmen.

Schließlich wurde eine Faustregel entwickelt, die die Kostenkalkulation durch alkoholbedingte Fehlzeiten, Arbeitsunfähigkeitszeiten sowie durch Arbeitsunfälle ermöglichen sollte, wobei ein durchschnittlicher Verlustfaktor von 25 Prozent des Gehaltes zu Grunde gelegt wurde. Die Schätzung der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren geht davon aus, dass fünf bis zehn Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland alkoholkrank sind. Auf denselben Prozentsatz kommt auch das Stanford Research Institut.

Um den Kostenfaktor und die Wirkung spezifischer Maßnahmen zu zeigen, wird die Untersuchung von *Kleinlanghorst*, die in einem Ausbesserungswerk der ehemaligen Bundesbahn durchgeführt wurde, kurz dargestellt: Es wurden Kosten eines kooperativen Betreuungsnetzes mit dem erwarteten Nutzen und dem möglichen Einsparungspotenzial verglichen. Das Programm bestand aus drei Säulen: der Arbeit einer professionellen Sozialarbeiterin, der Schulung von Führungskräften und einem regionalen Ansprechpartner. Es gelang, die Fehltage um nahezu 75 Prozent zu reduzieren. Die Einsparungen durch diese Reduktion der Fehltage betrug circa 1,2 Millionen Mark für 42 betreute Mitarbeitende.

Sucht lässt keine Ebene aus. So ist der Alkoholmissbrauch gerade in der Führungsebene ein weit verbreitetes Problem und zudem ein Tabuthema. Davon betroffen sind meist 45- bis 55-jährige Männer, die sich nach jahrelangem Engagement für ein Unternehmen an der Grenze der Leistungsfähigkeit sehen. Der ständigen Überbeanspruchung, dem Stress, der Anspannung, der Verantwortung, aber auch der erlebten Frustrationen sind nicht alle gewachsen (Leners 1988). Dass es auch hier Änderungsmöglichkeiten gibt, zeigt folgender vertrauliche Bericht eines Betriebssozialarbeiters aus einem der führenden Großunternehmen Deutschlands. Nach Schätzungen gab es ein Suchtproblem bei leitenden Mitarbeitenden von 18 Prozent. Durch Aufklärung und geeignete Maßnahmen konnte dieser Prozentsatz innerhalb von ungefähr zwei Jahren auf 10 Prozent gesenkt werden. Wie hoch deren Relevanz ist, ist schwer zu sagen, aber die Einflussnahme anhand von Maßnahmen ist beachtlich und sicher eine Möglichkeit.

Geeignete Maßnahmen

Um eine Vorstellung von der Höhe der Kosten für eine betriebliche Suchtkrankenhilfe zu bekommen, kann die Modellrechnung der Firma *Siemens* zu Grunde gelegt werden. Sie errechnete für die Betreuung der insgesamt 3000 Mitarbeitenden folgende Kosten: Laufende Kosten für eine Sozialarbeiterin

und eine Praktikantin in Höhe von 89 000 Mark brutto pro Jahr zuzüglich 80 Prozent dieser Summe pauschal für andere zusätzlich entstehende Kosten. Des Weiteren fallen Ausgaben für die Büroausstattung an. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf ungefähr 160 000 Mark pro Jahr. Die angeschlossene Nutzenrechnung zeigt unter der Maßgabe der Einstufung der Gesamtbelegschaft als potenzielle Kundschaft, dass eine solche Stelle sogar Gewinn erwirtschaften kann. Werden die Kosten für die Suchtkrankenhilfe der Verbesserung der Anwesenheit und der Leistungssteigerung gegenübergestellt, ergibt sich ein „Gewinn“ oder eine Verlustreduktion in Höhe von circa 159 000 Mark pro Jahr.

Etablierung eines Alkoholprojekts

Um wirksam gegen Alkoholismus im Betrieb vorgehen zu können, müssen entsprechende Interventionsmöglichkeiten und Strukturen von Management und Organisation vorgegeben und unterstützt werden. Ansonst verlaufen Maßnahmen im Sande oder das Alkoholproblem wird als solches nicht wahrgenommen oder es kommt zu Disharmonie und vermeidbaren Konflikten. Im schlimmsten Fall führt es zur Stigmatisierung und Ausgrenzung oder zum Mobbing. Interventionen oder Gespräche mit alkoholkranken Beschäftigten sollten Teil einer konzentrierten Aktion sein. Sie kann nicht allein auf den Schultern von einzelnen Vorgesetzten ruhen. Die vier Säulen des Alkoholprojekts sind (Fuchs u.a. 1998):

- ▲ Aktivierung der Führungsebene,
- ▲ Auf- oder Ausbau betriebsinterner Hilfesysteme,
- ▲ präventive Maßnahmen,
- ▲ Gründung eines Arbeitskreises.

Ist die Führungsebene aktiviert, was durch Weiterbildung, Beratung, Training, Coaching unterstützt werden sollte, können Informationsveranstaltungen für die Zielgruppen durchgeführt werden in der Absicht für den Betrieb geeignete Maßnahmen festzulegen. Dann wird eine Standortbestimmung vorgenommen, die feststellt, wie verbreitet Alkoholmissbrauch und Alkoholkonsum sind, wie mit Störungen umgegangen wird. Ist eine Akzeptanz für ein Alkoholprojekt beim Management erreicht, können weitere Schritte in Angriff genommen werden. Es geht jetzt darum, möglichst viele der Beschäftigten einzubeziehen. Deshalb werden Informationsveranstaltungen für verschiedene Zielgruppen durchgeführt, um eine Konsensbildung hinsichtlich der Maßnahmen zu erreichen. Um gegen Alkohol am Arbeitsplatz wirksam vorgehen zu können, wird ein betriebliches Hilfesystem aus- oder aufgebaut. Dieses besteht aus haupt- oder nebenamtlichen Sucht- oder Sozialberatenden und externen Expertinnen und Experten.

Es erfolgt die Absprache über und Einführung von präventiven Maßnahmen, wie Regelung der Grifffnähe zum Alkohol, Aufklärungsmaßnahmen, Arbeitsgestaltungsmaßnahmen. Abhängig von der Größe des Betriebes wird ein Arbeitskreis gebildet, der aus folgenden Beteiligten besteht: Betriebs- und Personalleitung, Arbeitsmediziner, medizinischem Dienst, Betriebs- und Personalrat, Arbeitssicherheit, Sozial- und Suchtberatung, Experten, interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Notwendig ist die Verankerung des Alkoholprojekts im Betrieb mit Vernetzung und konzeptioneller Anpassung an die betrieblichen Bedürfnisse (Klemm-Vetterlein u.a. 1998). Um nicht nur Alkohol-, sondern auch Gesundheitsprävention erfolgreich betreiben zu können, ist Gesundheitsmanagement im Betrieb erforderlich. Hier werden betriebliche Gesundheitsfragen zielgerichtet geplant und gesteuert. Dies gelingt nur, wenn es seitens des Managements und der Organisation gewünscht und unterstützt wird.

Als flankierende Maßnahmen sind Schulungen für Beschäftigte und Vorgesetzte anzubieten, zur Aufklärung werden Plakate aufgehängt und Broschüren ausgelegt. Darüber hinaus wird eine Internetseite erstellt oder ein Hinweis mit Adressen von Anzusprechenden im Internet veröffentlicht. Es kann ein Wertekatalog erarbeitet und im Betrieb aufgehängt werden. Wirkungsvoll ist dieser allerdings nur, wenn die ganze Belegschaft eingebunden werden konnte.

Maßnahmen Einzelner

Nicht zu unterschätzen ist die Wirkung Einzelner, die sich gegen Alkohol einsetzen. Solche Gruppen von Mitarbeitenden sollten unterstützt werden, da sie Multiplikatorfunktion haben. Es ist möglich, dass sich diese absprechen und ausdrücklich bei geeigneten Anlässen darauf hinweisen, dass sie nur alkoholfreie Getränke zu sich nehmen und dies auch aktiv umsetzen. Auf diese Weise sinkt der Anreiz zum Trinken von Alkohol. Außerdem können sich Gefährdete oder Abhängige so nicht als Außenseiter fühlen. Dazu gehört auch, die Aufforderung zum Trinken zu unterlassen, damit der „soziale Druck“ unterbleibt.

Aus meiner Beobachtung hat sich der offene Umgang mit Alkoholabhängigkeit als günstig erwiesen, da die Mitverantwortung der Umgebung hierbei herausgefordert wird. Die Offenheit setzt Vertrauen voraus und solch eine vertrauensvolle Atmosphäre sollte im Betrieb angestrebt werden, geht es doch darum, mit Gefährdeten im Kontakt zu bleiben und sie nicht auszugrenzen. Speziell die Vorbildfunktion von Vorgesetzten darf nicht unterschätzt werden.

Arbeitsfeld von Sozialarbeit beim betrieblichen Alkoholprojekt

Ein passendes Hilfeprojekt für Suchtgefährdete sollte für den Betrieb erarbeitet werden und in ein Gesundheitspräventionskonzept im Rahmen von Gesundheitsmanagement integriert sein. Hier sind die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter federführend gefordert. Sie sind Bindeglied zwischen den verschiedenen Bereichen und auch für die Planung, Steuerung und Kontrolle in der Verantwortung. Damit ein Projekt gegen Alkohol am Arbeitsplatz erfolgreich ist und den betroffenen Mitarbeitenden und ihrem Umfeld hilft, muss es dem Inhalt nach an die betrieblichen Gegebenheiten, vornehmlich an die Größe eines Betriebs, angepasst sein.

Ein kleines Unternehmen kann möglicherweise mit anderen Betrieben eine Vernetzung anstreben. Bei größeren Firmen bietet sich die Vernetzung mit anderen Abteilungen der Organisation an. Aber auch hier ist eine Kooperation mit anderen Betrieben oder die Übernahme verwandter Aufgaben durch die Projektbeteiligten denkbar. Abhängig vom Arbeitsbereich, der Mitarbeiterstruktur und dem Gesamtkontext kann eine Dezentralisierung Vorteile bringen. In bestimmten Betrieben kann unter Umständen in kleineren Einheiten effektiver gearbeitet werden. So kann ein Alkoholprojekt in ein Gesundheitspräventionsprogramm eingebettet sein, das betrieblich oder überbetrieblich verankert oder organisiert sein kann.

Wichtige Einzelaufgaben

Es kann eine Interventionskette etabliert werden, die in Abstufungen steigenden arbeits- oder dienstrechtlichen Druck auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausübt mit dem Ziel, parallele Hilfeangebote anzunehmen. Auch eine Regelung des Umgangs mit Rückfällen sowie mit aus Krankheit oder Rehabilitation Zurückkehrenden sollte enthalten sein. Weiterer Klärung bedarf der Zugang zum Präventionsprogramm (wie kommen Betroffene dort hin, wer spricht Empfehlungen aus, wer meldet einen Verdacht wohin).

Das dargebotene Material zeigt die Komplexität des Themas, es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und bietet keine fertigen Lösungen an. Ziel der Ausführungen war es, zu sensibilisieren, eine Diskussions- und Reflektionsgrundlage zu bieten und Anreize zu schaffen, das Problem offen und aktiv anzugehen. Wichtig ist die Erkenntnis des Managements, dass Suchtprogramme notwendig sind, zu welchem Zeitpunkt diese eingeführt werden sollten und es Möglichkeiten und Maßnahmen gibt, mit dem Problem konstruktiv umzugehen.

Literatur

- Anderer, T.: Rauschende Triumphe. Businessdrogen. In: Forbs 3/1993, S. 49-53
- Bodewig, H.O.: Alkohol am Arbeitsplatz – gesundheitliche Folgen. In: Der Berufsgenossenschaftliche Arbeitsmedizinische Dienst, BAD aktuell 3/1985, S. 5 f.
- Feuerlein, B.: Alkoholismus. Stuttgart 1979
- Fuchs, R. u.a.: Betriebliche Suchtprävention: Ein Arbeitsfeld in der Diskussion. In: Fuchs, R. u.a. (Hrsg.): Betriebliche Suchtprävention. Göttingen 1998, S. 101-116
- Kastner, L.: In: Der Spiegel 30/1995, S. 108
- Klemm-Vetterlein, S. u.a.: Betriebliche Suchtprävention. In: Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hrsg.): Betriebliche Suchtprävention. Münster 1998, S. 25-33
- Landesverband der Betriebskrankenkassen Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Alkohol und Betrieb. Essen 1988
- Lausser, A. u.a.: Alkoholkonsum und Prävention in der Arbeitswelt. In: Schriftenreihe: Strukturforschung im Gesundheitswesen. Technische Universität Berlin. Berlin 1986
- Lenfers, H.: Das ungebremste Risiko. Alkohol und Mitarbeiter. Eine Praxishilfe für Vorgesetzte. Frankfurt am Main 1988
- Petschler, T.; Fuchs, R.: Betriebswirtschaftliche Kosten- und Nutzenaspekte innerbetrieblicher Alkoholprobleme. In: Sucht Aktuell 1/2000, S. 14-18
- Regnet, E.: Der alkoholabhängige Mitarbeiter. In: Rosenstiel u.a. (Hrsg.): Handbuch für erfolgreiches Personalmanagement. Stuttgart 1999, S. 319-331
- Weber, B.: Sucht als Kostenfaktor. In: Landesstelle gegen die Suchtgefahren für Schleswig-Holstein (Hrsg.): Alkohol in der Arbeitswelt. Kiel 1995
- Ziegler, H.: Gesundheitsförderung und Suchtvorbeugung in Betrieben. In: Sucht Aktuell 1/2001, S. 51-53

Jugendhilfe und Sport

Zur Kooperation beider Systeme

Peter Marquard

Zusammenfassung

Jenseits einer spezifischen Instrumentalisierung ist der organisierte Sport als sozialpädagogische Interventionsmöglichkeit nicht akzeptiert. Das Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) benennt nur „Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit“. Im Hinblick auf die Optionen des Breitensports bleibt es ein wichtiges Thema, für Teilhabe und politische Bildung den Sportverein nicht nur als organisatorische Basis zu begreifen. Im Sinne von Betroffenenbeteiligung muss sich der „Sport als Jugendarbeit“ an den Zielen einer partizipatorischen Jugendarbeit messen lassen.

Abstract

Organized sports is not a recognized tool in interventional social education beyond a specific instrumental purpose. SGB VIII (Social Code – Children and Youth Services Act) only mentions „youth services in sports, play and social life“. In view of the options available particularly in mass sports, the important topic remains of understanding sports clubs not only as an organizational basis but also as active participation and political education. „Sports as Youth Services“ must – for purposes of participation – bear comparison with the objectives of participating youth services.

Schlüsselwörter

Jugendhilfe - Sport - Kooperation - Funktion - Sozialpädagogik

Einleitung

Eine mögliche produktive Verknüpfung von Jugendhilfe und Sport wurde bereits als „vergessene Aufgabe der Jugendarbeit“ diskutiert (Kreft 1997). Über eine spezifische Instrumentalisierung (Sport in Heimen, Sport im Jugendstrafvollzug, etc.)¹ hinaus ist der organisierte Sport als sozialpädagogische Interventionsmöglichkeit oder Jugendbildung im Sinne der Jugendhilfe bis heute nicht umfassend akzeptiert (Becker 2000, Fessler u.a. 1998, S. 7 ff., BMFSFJ 2002, S. 195, S. 201). Das SGB VIII benennt in § 11 Abs. 3, 2 nur einmal einen Schwerpunkt „Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit“ (Wiesner 2000, Münder u.a. 1998, Kreft 2001, S. 331 f.). Im Hinblick auf das Selbstverständnis, die vielfältigen Möglichkeiten und Wirkungen insbesondere des Breitensports bleibt dies ein wichtiges Thema. Bezogen auf Teilhabe, Demokratisierung und politische Bildung im Sportverein geht es jenseits dessen allerdings vorwiegend um

den Verein als (nur) organisatorische Basis für Angebote von Schulung und (politischer) Bildung. „Interessenvertretung und Betroffenenbeteiligung“ benennt auch für den „Sport als Jugendarbeit“ Normen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, die Rechte und Strukturen beziehungsweise Verfahren für Teilhabe und Kooperation sowohl der Individuen als auch für – deren – Organisationen festschreiben (Marquard 2004). Hierzu heißt es in § 11 SGB VIII: Die Angebote der Jugendarbeit „sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“ Weiter heißt es im § 12 Abs. 2 SGB VIII: „In Jugendverbänden und Jugendgruppen wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet.“

Stellenwert des Sports bei Jugendlichen

Sport bleibt das Lieblingsfach der Jugendlichen in der Schule, Sport bleibt das beliebteste Hobby der Kinder und Jugendlichen und damit die erste Freizeitbeschäftigung sowohl bei Jungen als auch bei Mädchen (BMFSFJ 1998, S. 65, Deutsche Sportjugend 2001, S. 15 f., Schmidt u.a. 2003, S. 145 ff.). Die Mitgliedschaft von Kindern und Jugendlichen in Sportvereinen übersteigt jeglichen sonstigen Organisationsgrad im Bereich von Freizeitaktivitäten oder politischem Engagement; nach Angaben des Deutschen Sportbundes kann man für die unter 15-Jährigen einen Anteil von rund 40 Prozent errechnen (Statistisches Bundesamt 1999), nach wissenschaftlichen Surveys liegt er bei den 10- bis 13-Jährigen bei rund 30 Prozent (Zinnecker u.a. 1996, S. 70).

In seiner Bestandserhebung 1999² weist der Deutsche Sportbund 9,7 Millionen Mitglieder im Alter von bis zu 26 Jahren in rund 86 000 Sportvereinen aus (Beher u.a. 2000, Deutscher Bundestag 2002, S. 75). Neben dieser Form der Teilnahme bieten die Sportvereine eine Plattform für ehrenamtliches Engagement (ebd. 2002, S. 75 ff.). Laut Freiwilligensurvey entfällt gut jede fünfte ehrenamtliche, freiwillige Tätigkeit auf den Sport: „Hochgerechnet handelt es sich nach diesen Ergebnissen um rund sieben Mio. Menschen ... In 94 Prozent der Fälle ist der organisatorische Rahmen der Tätigkeit ein Verein oder Verband“ (BMFSFJ 2000c, S. 315).³ Der Anteil jugendlicher Vereinsmitglieder in ehrenamtlichen Funktionen ist nicht genau zu benennen, in Befragungen werden beträchtliche Partizipations- und Informationsdefizite offensichtlich (Beher u.a. 2000, S. 143 ff.). Mitgliedschaft und Mitmachen sowie die Wahrnehmung ehrenamtlicher Funktionen im Sportverein⁴

bilden die Grundlage für die vielfach belegte Bedeutung sportlichen Engagements als soziale Unterstützungsleistung (Kurz u.a. 1995, Baur 1997, Brinkhoff 1998, Fessler u.a. 1998, Deutsche Sportjugend 1999). Bei der Ausübung von offiziellen ehrenamtlichen Aufgaben sind Jugendliche im Sport allerdings unterrepräsentiert. „Zwar sind beispielsweise in 73 Prozent der Vereine die Jugendwarte im Vorstand vertreten, doch nur in knapp der Hälfte der Vereine wird der Jugendwart auch von den Jugendlichen gewählt“ (Deutscher Bundestag 2002, S. 77).

Sportvereine und Träger der Kinder- und Jugendhilfe

Die Sportjugend entwickelte schon vor Jahrzehnten über den Fachsport hinaus „überfachliche (außersportliche) Aktivitäten“ (Angebote)⁵ und wurde damit zum Träger der freien Jugendhilfe, der der Zielgruppe „Kinder und Jugendliche im Sportverein“ Angebote wie andere Jugendverbände auch zur Verfügung stellt. *Kreft* hat das jugendhilfe- und förderungspolitische Spannungsfeld zwischen Sportvereinen (auch als Träger der freien Jugendhilfe) und Jugendarbeit im Sinne des SGB VIII immer wieder kritisch im Hinblick auf eine Einbeziehung des Sports diskutiert und zuletzt resümiert: „Das Eis zwischen den Trägergruppen ist (offenbar) geschmolzen. Jugendhilfe und Sport haben ein begründetes, inzwischen auch breit getragenes Umgangsreglement entwickelt (immerhin hier von 13 der 18 Landesjugendämter bestätigt), das einerseits das Miteinander zulässt und andererseits die je besondere Aufgabenzuweisung beider Seiten anerkennt und respektiert“ (*Kreft* 2001, S. 334). Unter der Überschrift „Sport im Rechtsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe“ referiert *Kreft* unter anderem die Antworten von 13 der 18 Landesjugendämter auf drei Fragen nach Programmen und Förderrichtlinien für sportliche Jugendarbeit.

Dennoch gilt insgesamt weiterhin die Kritik, dass Jugendämter und Träger der freien Jugendhilfe die Chance nicht nutzen, mehreren Millionen Kindern und Jugendlichen, die sich im Sport regelmäßig treffen, ergänzende, zusätzliche Angebote zu machen. Und Sportvereine versäumen zumeist weiterhin die Möglichkeit, mit vielfältigen Angeboten der Jugendarbeit und insbesondere der politischen Bildung für ihre jugendlichen Mitglieder attraktiver zu werden und sie so langfristig und mit der Perspektive auf ehrenamtliches Engagement in der Leitung an sich zu binden. Auch werden die fachlichen Optionen einer (sozialpädagogischen) Konzeption von Breitensport und aus einer Kooperation von Sport und Sozialer Arbeit in der Breite noch wenig wahrgenommen. In Projekten mit Migrantinnen und Migranten oder Fuß-

ballfans, zur Jugendarbeitslosigkeit, beim Sport in Heimen und Strafanstalten, in Sportkindergärten, in der Bildungsarbeit oder im Mädchensport werden vielfältige Ansätze erprobt, um im Rahmen der qualitativen Weiterentwicklung einer Breitensportkonzeption und der Selbstverwaltung der Sportjugend die Ausrichtung sportlicher Angebote auf Konkurrenz, Auslese und Anpassung zu überwinden. Ziele sind die Förderung von Selbstorganisation und Teilhabe verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, demokratische Mitwirkung und Geschlechterparität.⁶ Hierin kommt die pädagogische Konzeption einer „Erziehung zum und durch Sport“ (*Baur; Braun* 2000, S. 378 ff.) zum Ausdruck, die Kriterien für eine förderungswürdige Jugendarbeit im Sport erforderlich macht, welche die Grundsätze des § 12 SGB VIII zur Selbstorganisation junger Menschen tatsächlich realisiert. Im Sinne der Kinder- und Jugendhilfe ist sportliche Tätigkeit nur als tatsächliche (sozial)pädagogische Praxis im Sinne einer außerschulischen Jugendbildung förderungswürdig; Sport als (rein) motorische Praxis kann – und sollte aus gesellschaftspolitischen Gründen – im Rahmen der Sportförderung unterstützt werden.

Bewegung als Funktion der Umweltaneignung

Die Möglichkeit einer praktischen Umsetzung von Konzepten eines kritischen, (selbst)bildungsbetonten Kinder- und Jugendsports kann mit empirischen Beispielen belegt werden. Die Sportjugend Bielefeld entwickelte bereits in den 1980er-Jahren eine Konzeption unter dem Motto „Demokratie und Mitbestimmung bei der Sportjugend“, wozu schon damals insbesondere die gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen gehörte. Entsprechende Arbeitsfelder waren – und sind unter Hinzufügung eines Kindergartens und eines offenen Jugendtreffs bis heute – ein Fan-Projekt, Jugendarbeitslosigkeit, Friedens- und Bildungsarbeit sowie Mädchensport (*Sportjugend Bielefeld* 1987).

Becker fordert für eine Jugendhilfe, die bei ihrer Arbeit die Medien Körper und Bewegung nutzt, „dass sie gegen die Verkümmern und gegen die beliebige Pluralisierung dazu beiträgt, Kindern und Jugendlichen eine zukunfts offene lebenspraktische Körper- und Bewegungssicherheit zu vermitteln, die gegen eine Entfremdung vom eigenen Körper gerichtet ist“ (*Becker* 2000, S. 474). Er beschreibt die Suche nach riskanten Situationen und plädiert für das Abenteuer als jugendgemäße Form der Weltaneignung, weil hier das Erfahrungspotenzial gegeben sei, „das für den Lebensabschnitt der Adoleszenz bestimmend ist: erhöhte Autonomieanforderungen, Aufgabe der familiären Sicherheit und Vertrautheit, Wechsel von

Gegenwart zur offenen Zukunft, Umstellung auf Ich-Leistungen, Auseinandersetzung mit Fremdem und Unvertrautem, Konfrontation mit dem Zusammenhang von Krise, Entscheidung, Bewährung“ (ebd., S. 478 f.). Diese Chancen eines Bewegungsabenteurers können als eine Form adoleszenten Probandelns und damit als Beitrag zur Bildung von Jugendlichen interpretiert werden. Anschlussfähig ist dann der Vorschlag, Kopf- und Handarbeit zu verbinden und Bewegungsbedürfnisse als Anlass für praktische Lernprozesse zu nehmen.⁷ Vor dem Hintergrund einer besonders in belasteten Wohngebieten oft fehlenden Infrastruktur beziehungsweise mangelnder Realisierungsbedingungen liegen Chancen gerade darin, „die Trennung von Kopf und Hand beziehungsweise von Denken und Machen aufzuheben und mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam bewegungsbezogene Sozialräume zu planen, zu entwerfen und schließlich zu bauen“ (ebd., S. 481).

(Schichtspezifische) Funktionen des Sports

Mit der hier entwickelten Sichtweise wird unterstellt, dass die Wirkung sportlicher Tätigkeit nicht von vornherein emanzipatorisch ist, sondern insbesondere über die Kultivierung des Leistungsbegriffs auch systemspezifisch funktionalisiert wird.⁸ Sportliche Jugendarbeit sollte zunächst die Persönlichkeitsentwicklung fördern – sensomotorische und sozialkommunikative Aspekte sportlicher Tätigkeit wären dafür gezielt zu entwickeln. Über das „Prinzip politischer Bildung“ (zu Begriff, Geschichte und Konzeption Giesecke 1976, Lessing; Liebel 1975, Claußen 2001) könnte dann ein „sportimmanenter Ansatz“ entwickelt werden, der subjektive und objektive Bedürfnisse sowie individuelle und gesellschaftliche Funktionen sportlicher Tätigkeit problematisiert und in die sportliche Tätigkeit selbst integriert. In einer solchen Perspektive sollte zumindest für den Breiten-sport die Differenz fachlicher (sportliche Tätigkeit in Form spezifischer Sportarten) Jugendarbeit zu überfachlicher (Jugendbildung) aufgehoben werden können, in dem mit einem integrativen Ansatz „sportlicher Jugendarbeit“ die sportliche Tätigkeit über ihre bisherige spezifisch begrenzte Funktionalisierung hinaus weiterentwickelt wird.

Unbestritten ist heute, dass sportliche Kinder- und Jugendarbeit eine außerordentlich bedeutsame Funktion als vorbeugende Maßnahme gegenüber unterschiedlichen Fehlentwicklungen haben kann. Eine konsequent inhaltlich bestimmte Auseinandersetzung bezogen auf den Aspekt „Sport als Jugendbildung“ hat bereits 1978 Hans Lenk geleistet. Seine zehn Thesen zur sozialen Bedeutung sportlichen Eigenhandelns in der verwalteten Welt machen deut-

lich, dass die Arbeit in Sportvereinen und Verbänden weit über ein sportpraktisches Angebot hinausgeht. Neben die sportpraktische und traditionell gesellige und soziale Funktion (Erfahrung und Entwicklung in der Gruppe) tritt danach immer stärker die Funktion der Schulung demokratischen Gruppenverhaltens.

Lenk forderte die Vereine und Verbände daher zu Recht auf, sich im Innern zu öffnen, das heißt, vermehrt auch Jugendlichen Gestaltungs- und Mitverantwortungsmöglichkeiten zu eröffnen und insgesamt ihre Arbeit als Instrument sozialpädagogischer und sozialpolitischer Bildung zu verstehen. Das würde bedeuten, dass neben die speziellen sportlichen Angebote ein stärker differenzierteres Angebot anderer Sportarten tritt – ohne den Zwang zu regelmäßigen Wettkämpfen; damit würden dann das sportliche Abenteuer, Ferienlager, aber auch unterschiedliche kulturelle Ereignisse zum Angebot eines Sportvereins gehören (Lenk 1978). Eine kritische Konzeption für den Breitensport als Entwicklungschance wurde damals noch nicht explizit formuliert. Im Hinblick auf solche Entwicklungsoptionen bleiben grundsätzliche, zum Teil sportstrukturelle Schwierigkeiten zu beachten:

- ▲ die private Organisationsform des Sports und seine ehrenamtliche Struktur,
- ▲ Schichten- und Geschlechtsspezifität im Sport generell und in einzelnen Sportarten insbesondere,
- ▲ systemvorgegebene Selektionsmechanismen.

Jenseits solcher organisationspezifischen Rahmenbedingungen bleibt im Hinblick auf die sozialpädagogischen Nutzungsmöglichkeiten die Frage, inwieweit sportliche Tätigkeit aus sich heraus bereits eine sozialisatorische Vermittlungsinstanz ist. Aktuelle empirische Untersuchungen zeigen nämlich zum Beispiel, dass pädagogische Ziele im Kinder- und Jugendsport nicht automatisch realisiert werden und keine nachhaltige Wirkung des Sportvereins auf das soziale Selbstkonzept zu belegen ist (Brettschneider; Kleine 2000, Deutsche Sportjugend 2001, S. 12 ff., 2002a, S. 47). Brettschneider trifft hinsichtlich der psychosozialen Wirkung des Vereins die Feststellung, „dass er in seiner entweder selbst formulierten oder an ihn herangetragenen Leistungsfähigkeit derzeit möglicherweise überschätzt wird“ (Deutsche Sportjugend 2001, S. 20). Als unbestritten kann jedoch die Funktion des Sports gelten, auf vielfache Weise Moderatorenfunktionen sowohl in der sozialisations-theoretischen Perspektive der Entwicklungs-Belastungs-Bewältigungs-Beziehung als auch in der stress-theoretischen Perspektive der Stress-Krankheits-Bewältigungs-Beziehung wahrzunehmen (Brinkhoff 1998, S. 316).

Brinkhoff hat außerdem gezeigt, dass weiterhin sowohl der Zugang zum Sport als auch die Auswahl der sportiven Praxen eine große soziale Variabilität aufweisen.⁸ Die Herkunftsfamilie stellt nach wie vor den zentralen primären Sozialisationskontext dar. Die Bewegungs- und Sportkarrieren nehmen dort ihren Anfang und sind im Sinne von „Sportchancen“ ungleich verteilt. Die schichtspezifisch variierende Sportteilnahme muss mit unterschiedlichen Wertorientierungen in einem Zusammenhang gesehen werden. Gymnasiastinnen und Gymnasiasten treiben weiterhin mehr Sport als Realschülerinnen und Realschüler und diese wiederum mehr als Hauptschülerinnen und Hauptschüler; je höher die soziale Schichtzugehörigkeit ist, um so höher ist auch die Quote der Sportaktiven (*ebd.*, S. 160 f.; zu einer anderen Bewertung des bürgerschaftlichen Engagements im Sport vgl. *Deutscher Bundestag* 2002, S. 76).

Aneignung im Sport und gesellschaftliche Reproduktion

Da „Sporttreiben“ konkret immer bedeutet, eine bestimmte Disziplin auszuüben, gilt für jedes Sport treibende Individuum: Es muss sich notwendigerweise die Regeln dieser Disziplin aneignen.¹⁰ Oder umgekehrt: Das Befolgen von Regeln hat disziplinierende Wirkung. Diese ist Aneignung von gesellschaftlich tradiertem Wissen, ist nicht nur Schulung des Körpers im engeren Sinne, sondern auch intellektuelle beziehungsweise charakterliche Schulung (vgl. „Aneignung und Umweltkontrolle“ in *Marquard* 2003, S. 33 ff.). Man denke nur an die „sportliche Geste des Gewinners“, an den „anständigen Verlierer“ oder die bekannte Stillisierung des „Sportkameraden“, der „Sportgemeinschaft“. In Siegen drückt sich nicht nur die überlegene Körperlichkeit der Sportkameraden aus, sondern auch – wenn das hier auch nicht qualifizierend gesichert werden kann – der weniger hohe Aneignungsgrad der jeweiligen Disziplin. Man denke nur an die Bezeichnung „Meister“ oder „Meisterin“ als Synonym für die umfassende Beherrschung einer Disziplin – sportliche Tätigkeit kann somit im Bereich der Reproduktion über die offensichtliche Funktion zur Gesundheitserhaltung der Arbeitskraft hinaus einen höheren Stellenwert erreichen. Bezogen auf Sozialisations- und Qualifikationsprozesse erscheinen die Möglichkeiten sportlicher Tätigkeit als bei weitem nicht ausgeschöpft.

Breitensport als gesellschaftliche Tätigkeit

Die Verbindung zwischen Individuum und Sportsystem besteht beim so genannten Breitensport nicht in dem Maße automatisch wie beim Leistungssport, bei dem einmal erkannte Begabung zur Auslese führt und Förderung in Hinsicht auf eine Karriere eröffnet.

Breitensport als potenziell allgemeines Bedürfnis erfordert gerade Strategien zur Integration in die alltägliche Lebensgestaltung jedes Menschen. Die Wertung der gesellschaftlichen Bedeutung einzelner Aktivitäten, wie zum Beispiel die des Sports, muss aus deren Stellung in der gesamten Lebenstätigkeit heraus vorgenommen und in einen Kulturbegriff integriert werden, „der Kultur als historisch- und sozialspezifische, individuelle und aktive Aneignung der natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt fasst“ (*Güldenpfennig* 1980, S. 82). Breitensport kann ein konstituierender Bestandteil der Lebensqualität sein und muss dafür seine Bedeutung für das Individuum durch die subjektive Tätigkeit realisieren. Seine Ausprägung unterliegt der subjektiven Kreativität und ist individuell erfahrbar, unterscheidet sich somit von anderen Elementen der Lebensqualität, wie zum Beispiel der natürlichen und „konstruierten“ Umwelt. Er unterliegt nicht dem gesellschaftlichen Ernstcharakter wie Arbeit oder Politik und bietet gegenüber der dort direkter durchschlagenden Entfremdung bessere Entfaltungsmöglichkeiten.

Als Teil der erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft bietet er eine besonders umfassende Verbindung von individueller Motivation überlassener Entfaltung und objektiver Funktionalisierung zur gesellschaftlichen Existenzsicherung. Breitensport ist offenbar kein biologisches Grundbedürfnis, sondern Ausdruck einer spezifischen Stufe von menschlicher Vergesellschaftung. Er scheint von gesellschaftlichen Zweckbestimmungen relativ unabhängiger zu sein als der Leistungssport. Dies wird deutlich in der instabilen und variableren „Motiv- und Organisationsstruktur“ (*ebd.*, S. 78 ff.). Diese Heraushebung des Breitensports in seiner Zwischenstellung zwischen elementaren Lebensbereichen (Arbeit, Umwelt, Bildung und so weiter) und mehr individueller Lebensgestaltung (Kultur im engeren Sinne, Hobbys und so weiter) begründet seine gesellschaftspolitische Relevanz und auch die Forderung nach „Sport für alle“. Wegen seiner so skizzierten Wesensmerkmale erfordert eine positive Entwicklung des Breitensports allerdings besondere Förderungsmaßnahmen und Motivationshilfen, da seine Ausübung nur unerschwerlich gesellschaftlich institutionalisierter Normierung und Sanktionierung unterliegt (im Gegensatz etwa zur Erzeugung von Arbeitstugenden).

Im Unterschied zu den so skizzierten Entwicklungspotenzialen sportlicher Tätigkeit bietet zumindest der organisierte Sport heute weder sportpraktisch noch gesellschaftspolitisch die notwendigen Partizipationsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang wäre das Verhältnis von Sport und Politik sowie die

systemintegrierende Funktionalisierung des Sports weiterhin zu untersuchen. Über die damit angedeutete Frage hinaus muss hier auf eine weitere Differenzierung zwischen Breitensport, Leistungs- und Spitzensport ebenso verzichtet werden wie auf eine spezifische Analyse des Berufssports (dies könnte zum Beispiel Gegenstand politisch verstandener sportlicher Jugendarbeit selbst sein).

Sportliche Jugendarbeit und politische Bildung

Die Deutsche Sportjugend versucht, konzeptionell die „Partizipation im Sport“ als „eine Frage der Qualität“ herauszuarbeiten: Danach bedeutet zum Beispiel „Partizipation im Training, Trainingsziele und Regeln für das Miteinander gemeinsam zu vereinbaren“ (Deutsche Sportjugend 2002a, S. 28). Selbstkritische Einschätzungen zu Partizipationsformen für Mädchen und junge Frauen werden in den Kontext des Auftrags des SGB VIII (§ 9 Abs. 3) gestellt und mit Ansätzen für neue Partizipationsformen verknüpft (Deutsche Sportjugend 2002, S. 2, S. 5 ff.).

In einigen Thesen zu persönlichkeitsbildenden, entwicklungsförderlichen Wirkungen des Vereinsports arbeitet andererseits Kurz Selbstwirksamkeit, Körperakzeptanz und soziale Netze als Dimensionen der Entwicklungsaufgaben im Kinder- und Jugendalter heraus – Mit- und Selbstbestimmung entfaltet er dabei nicht als wesentliche Kategorien für die soziale und motivationale Entwicklung. So verwundert dann auch nicht seine leistungsbetonte Schlussfolgerung, nach der die Daten¹¹ eindeutig zeigen: „Der wettkampffreie Breitensport im Verein hat für junge Leute geringe Bindungskraft, und er hinterlässt bei ihnen kaum Spuren“ (Kurz 2004, S. 31).

In diesem Sinne stellt der „Erste Deutsche Kinder- und Jugendsportbericht“ in nur wenigen und kaum kritischen Anmerkungen fest, dass Jugendliche aus dem Bereich Wettkampfsport „mehr Aufgaben übernehmen als die Breitensportler“; und in diesem Kontext erscheint es als unerwartet, „dass bisher keine Untersuchung eine Abhängigkeit des freiwilligen Engagements vom Bildungsniveau, operationalisiert als Schulkarriere, zeigen konnte“. Allerdings habe eine Befragung 1998 ergeben, dass Jugendliche mehrheitlich „den Verein mehr als derzeit möglich mitgestalten“ wollten (Schmidt u.a. 2003, S. 162 f.). In der Auseinandersetzung mit nicht nachweisbaren sozialisatorischen Wirkungen der Jugendarbeit im Sport setzt die Deutsche Sportjugend dennoch auf Partizipation als einen wichtigen Grundsatz: „Selbstbestimmtheit und sportliche Leistungsfähigkeit schließen sich also nicht aus. Für Sportvereine sollte dies bedeuten, die Jugendlichen bei den Inhalten und

Schwerpunkten der Angebote mitbestimmen zu lassen“ (Deutsche Sportjugend 2002a, S. 49).

Wenn sportliche Tätigkeit in der Regel mit sozialen Kontakten verbunden ist, so bleibt doch die Frage nach der spezifischen Funktion eines so vermittelten sozialen Lernens. Unter einer Fragestellung nach Sozialraumorientierung und Demokratisierung beziehungsweise Interessenvertretung und Betroffenenbeteiligung (Marquard 2003) – gerade im Verhältnis zur großen Anzahl der im Sportverein organisierten Kinder und Jugendlichen – bleibt vor dem Hintergrund des skizzierten theoretischen Zugangs und empirischer Untersuchungen die Frage nach den tatsächlichen Beiträgen sportlicher Tätigkeit für eine Weiterentwicklung demokratischer Teilhabe im gesellschaftspolitischen Sinne offen. Die Chancen einer entwickelten Breitensportkonzeption und einer Integration der Prinzipien „politischer Bildung“ in eine „sportliche Jugendarbeit“ (Marquard 1986), die zudem mit anderen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe kooperiert, sind gleichzeitig sehr deutlich.

Politische Bildung als übergreifendes Prinzip beschreibt diesbezüglich eine kritische Position von auf Emanzipation (Interessenvertretung und Betroffenenbeteiligung) gerichtetem Lernen in Verbindung mit sportlicher Tätigkeit. Dazu müsste an der Durchsetzung eines sportspezifischen Prinzips der politischen Bildung gearbeitet werden: Sportliche Jugendarbeit wäre zu entwickeln von einem äußeren Ansatz – Sportverein nur als Organisationseinheit und damit Ansatzpunkt für Jugendarbeit beziehungsweise ihre Zielgruppen – hin zu einem „sportimmanenten Ansatz“. Individuelle und gesellschaftliche Motive und Perspektiven würden selbst zum Gegenstand sportlicher Tätigkeit. In einem solchen Zusammenhang bliebe Sport nicht nur „die gesündere Medizin“, sondern könnte individuelle und gesellschaftliche Perspektiven kritisch hinterfragen und durch eine Problematisierung seiner aktuellen Beschränktheit erst seine eigenen Möglichkeiten bestimmen. Die Jugendordnung der Deutschen Sportjugend (DSJ) bietet eine Grundlage, wenn in ihr formuliert wird: „Die DSJ unterstützt und fördert das gesamte Spektrum der Jugendarbeit im und durch den Sport.“ Dieser jugend- und gesellschaftspolitische Auftrag wird an gleicher Stelle weiter unterstrichen: „Die DSJ will zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen beitragen, die Befähigung zum sozialen Verhalten fördern und das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen anregen und unterstützen“ (§ 2 Abs. 1 und 2 der Jugendordnung der DSJ vom 14.10.2000).

Anmerkungen

1 Die mögliche Bedeutung sportlichen Engagements als soziale Unterstützungsleistung wurde für NRW in einer empirischen Studie dargestellt: „Kindheit, Jugend und Sport in NRW“ (Kurz u.a. 1995). Zu „Sport und Soziale Arbeit“ vgl. auch Fessler u.a. 1998: „Der Sport muss die Unterstützung der übrigen Träger der Jugendarbeit suchen und deren spezifisches Handlungswissen auch annehmen und nutzen. In Kooperation mit der traditionellen Jugendhilfe und den sich daraus ergebenden Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit wird er dann zum wesentlichen Bestandteil der kommunalen Daseinsorge“ (ebd., S. 11) Für „ein sportorientiertes Rahmenmodell zur Förderung psychosozialer Ressourcen im organisierten Kinder- und Jugendsport“ plädiert die Deutsche Sportjugend 2002 in: „Eine Frage der Qualität – Sportliche Jugendarbeit“ (Vergleich auch Anmerkung 7).

2 Zur DSB-Bestandshebung 1999 und zu Umfrageergebnissen im Rahmen des Freiwilligensurveys 1999 vgl. BMFSFJ 2000c, S. 311 ff.

3 In der Kommentierung der Studie wird diese Hochrechnung allerdings als überhöht bezeichnet, eine Größenordnung von rund 4,4 Mio. Menschen sei plausibel.

4 Zur personellen Basis des freiwilligen Engagements unter verschiedenen Gesichtspunkten wie Frauenanteil (vgl. auch Deutscher Bundestag 2002, S. 77), Altersstruktur und Aspekten des Sozialprofils vgl. BMFSFJ, 2000c, S. 324 ff.: „Viele Jugendliche, die selbst aktive Sportler sind, engagieren sich demnach im Verein, indem sie dort die Anleitung und Betreuung einer Gruppe – in der Regel von Kindern oder anderen Jugendlichen – übernehmen. ... Ebenso sind junge Leute überproportional in der großen Gruppe der Helfer vertreten“ (ebd., S. 330). Das aus dem Freiwilligensurvey 1999 abzuleitende Bild spricht im Bereich des Sports jedenfalls nicht für eine „Krise des Ehrenamts“ im Sinne mangelnder Engagementbereitschaft (ebd., S. 346 ff.; vgl. ebd., S. 354 ff.).

5 Vgl. Begriffe und Konzepte in Deutsche Sportjugend 2002a.

6 Zusammenfassend zu „Beteiligungsmöglichkeiten im Sportverein“ BMFSFJ 2002, S. 195; vgl. zu Grundsätzen Deutsche Sportjugend 2000; zur Mädchen- und Frauenförderung Deutsche Sportjugend 2000a; zu „Soziale Initiativen im Jugendsport“ Schmidt u.a. 2003, S. 381 ff.; zu vielfältigen Projekten bereits Sportjugend Bielefeld, 1987.

7 Die von Becker (2000, S. 472 ff.) dargestellte Konzeption resultiert aus einer 15-jährigen praktischen Arbeit in sozialen Brennpunkten, in der Heimerziehung und Jugendpsychiatrie sowie aus der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule. Der Berliner Sportjugend diente sie als Vorlage für ein bewegungsbezogenes Jugendprogramm, das wiederum Teil des Berliner Senatsprogramms „Jugend mit Zukunft – Sonderprogramm gegen Gewalt“ wurde. Als praktische Beispiele nennt Becker den Bau von Bewegungsgeräten (Half-Pipes, Ramps und Fun-boxes) als „Triebfeder für eine aktive und selbstorganisierte Veränderung des Bewegungsalltags“ (ebd., S. 481; weitere Aktionsmöglichkeiten im Sinne unterschiedlicher „Bauprojekte“ ebd., S. 482). Becker sieht hier die Chance einer „Zusammenführung von homo sapiens und homo faber, von Kopf und Hand im Rahmen praktischer Lernprozesse“; in solchen Bauprojekten werde im Unterschied zum Abenteuer „die Welt nach eigenen Plänen mit Werkzeugen neu gestaltet oder umgestaltet. Plänen als Teil des Wissens und technisches Gestalten als Teil des Handelns werden nicht getrennt, sondern eng aufeinander bezogen“ (ebd., S. 481). Vgl. „Aneignung und Umweltkontrolle“ in Marquard 2003, S. 33 ff.; zu Aneignung, Wahrnehmung und

Motivation vgl. in diesem Kontext Holzkamp 1975 und Holzkamp-Osterkamp 1975 und 1976 sowie Galperin; Leontjew 1972. 8 „Wir sind eine schamlose Gesellschaft, und der Sport passt sich eben auch perfekt in einen rüden Kapitalismus ein – ebenso, wie er sich in den Nationalsozialismus oder in den Kommunismus und Sozialismus eingepasst hat bzw. wir haben den Sport diesen Systemen angepasst oder ohne Protest hingenommen ...“ (Manuskript eines Vortrages von Prof. Dr. M. Volkamer, Universität Osnabrück, vom April/Mai 1999 zu dem Thema „Die Bedeutung des Sports für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen“).

9 Die empirische Grundlage der Untersuchung von Brinkhoff (1998) bezieht sich auf eine standardisierte Befragung im Herbst 1992 von 3 630 Kindern und Jugendlichen in NRW, Jahrgangsstufen 3 bis 13 aus 116 Schulen aller Schulformen inkl. Berufsschulen.

10 „Zu analysieren wäre auch die dialektische Beziehung zwischen Körperhaltungen und den entsprechenden Gefühlen: bestimmte Haltungen oder Stellungen annehmen bedeutet, wie wir seit Pascal wissen, die Empfindungen oder Gefühle, die sie zum Ausdruck bringen, zu indizieren oder zu verstärken. So erklärt sich in allen totalitären Regimen der herausragende Platz kollektiver Körperpraktiken, die durch ihre Symbolisierung des Sozialen dazu beitragen, es zu somatisieren, und mittels kollektiver und körperlicher *Mimesis* der sozialen Orchestration diese zu stärken suchen“ (Bourdieu 1992, S. 206 f.).

11 Die Anpassung an Bedürfnisse nach Selbstbestimmung, „kein Wunsch nach Wettkämpfen, die Unabhängigkeit sportlicher Tätigkeit von Erwachsenen“ wird von anderen Sportfunktionären als der zentrale Schlüssel gesehen, die 45 Prozent Freizeitsportler vielleicht als Vereinsmitglieder gewinnen zu können (Deutsche Sportjugend 2001, S. 10).

Literatur

- Baur, J. (Hrsg.): Jugendsport. Sportengagements und Sportkarrieren. Aachen 1997
- Baur, J.; Braun, S.: Über das Pädagogische einer Jugendarbeit im Sport. In: deutsche jugend 9/2000, S. 378-386
- Becker, P.: Offenheit der Erfahrung, Bewährung im Abenteuer und Selbsttätigkeit im praktischen Tun. In: neue praxis 5/2000, S. 472-485
- Beher, K. u.a.: Strukturwandel des Ehrenamtes. Weinheim 2000
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bonn 1998
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Ergebnisse der Repräsentativbefragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. Band 194/1-3. Berlin 2000a, b, c
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Berlin 2002
- Bourdieu, P.: Programm für eine Soziologie des Sports. In: ders.: Rede und Antwort. Frankfurt am Main 1992, S. 193-207
- Brettschneider, W.-D.; Kleine, T.: Jugendarbeit im Sportverein. Düsseldorf 2000. Verfügbar im Internet (18.4.2001) unter www.dsj.de/cgi-bin/showcontent.asp?subtheme_id=187
- Brinkhoff, K.-P.: Sport und Sozialisation im Jugendalter. Weinheim 1998
- Claußen, B.: Politische Erziehung. In: Otto, H.-U.; Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch für Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied 2001, S. 1383-1388
- Deutsche Sportjugend (Hrsg.): Soziale Offensive im Kinder- und Jugendsport. Frankfurt am Main 1999

Deutsche Sportjugend: Jugendordnung. Frankfurt am Main 2000. www.dsj.de/downloads/dsjjo-2000.pdf

Deutsche Sportjugend (Hrsg.): Neue Partizipationsformen für Mädchen und junge Frauen im Sport. Frankfurt am Main 2000a

Deutsche Sportjugend (Hrsg.): Jugendarbeit im Sportverein. Frankfurt am Main 2001

Deutsche Sportjugend (Hrsg.): Eine Frage der Qualität – Sportliche Jugendarbeit. Frankfurt am Main 2002

Deutsche Sportjugend (Hrsg.): Eine Frage der Qualität – Jugendarbeit im Sport. Frankfurt am Main 2002a

Deutscher Bundestag: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Drucksache 14/8900 vom 3.6.2002. Berlin 2002

Fessler, N. u.a. (Hrsg.): Sport und Soziale Arbeit. Schorndorf 1998

Galperin, P. J.; Leontjew, A.N. u.a.: Probleme der Lerntheorie. Berlin 1972

Giesecke, H.: Methodik des politischen Unterrichts. München 1976

Güldenpfeffig, S.: Texte zur Sporttheorie und Sportpolitik. Köln 1980

Holzkamp, K.: Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt am Main 1975

Holzkamp-Osterkamp, U.: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1. Frankfurt am Main 1975 (Motivationsforschung 2. Frankfurt am Main 1976)

Kreft, D.: Jugendhilfe und Sport – oder: Ist Vereinssport Jugendarbeit? In: neue praxis 27/1997, S. 337-343

Kreft, D.: Sport im Rechtsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe. In: Zentralblatt für Jugendrecht 9/2001, S. 327-335

Kurz, D.: Sport für das Leben lernen? In: Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.): Jugendpolitik 2/2004, S. 27-31

Kurz, D. u.a.: Kindheit, Jugend und Sport in NRW. Düsseldorf 1995

Lenk, H.: Festvortrag bei der Vollversammlung der DSJ am 19.5.1978 in Saarbrücken. In: DSB-Informationen 22/1978

Lessing, H.; Liebel, M.: Jugend in der Klassengesellschaft. München 1975

Marquard, P.: Jugendhilfe und Sport. Probleme und Chancen politischer Bildung im Sportverein. In: Pilz, G. A. (Hrsg.): Sport und Verein. Reinbek 1986, S. 132-144

Marquard, P.: Soziale Kommunalpolitik und personenbezogene soziale Dienstleistungsarbeit. Unveröffentlichte Dissertation. Bielefeld 2003

Marquard, P.: Rechte Minderjähriger – Perspektiven für eine Stärkung der Teilhabe und Beteiligung. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 3/2004, S. 414-430

Münder, J. u.a.: Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG/SGB VIII (Stand: 1.1.1999). Münster 1998

Schmidt, W. u.a. (Hrsg.): Erster Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Schorndorf 2003

Sportjugend Bielefeld im Stadtsportbund Bielefeld e.V.: Jugendarbeit im Sport – Breitensportentwicklung und Jugendbildung. Bielefeld 1987

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1999. Wiesbaden 1999

Wiesner, R. u.a.: SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe. München 2000

Zinnecker, J. u.a.: Kindsein in Deutschland. Weinheim 1996

Rituelle Begleitung sterbender Muslime

Ein Wegweiser für den Pflegealltag

Filiz Küçük

Zusammenfassung

Hinsichtlich der Begleitung von sterbenden Muslimen in deutschen Pflegeeinrichtungen gibt der vorliegende Beitrag einen Einblick über die religiösen Vorschriften und den soziokulturellen Hintergrund. Fokussiert werden dabei praxisrelevante Aspekte, die das Handeln und Verhalten der mittelbar sowie unmittelbar begleitenden Personen charakterisieren. Jenen Schilderungen wird ein besonderes Gewicht verliehen, da sie dem hiesigen Pflegepersonal zum größten Teil fremd sind. Dementsprechend kann der Beitrag als Vorbereitung auf solch eine Situation dienen und letztendlich zum Verständnis beitragen.

Abstract

Concerning the care of dying muslims, this article provides an insight into religious rules and their social cultural background. Focus is on practical aspects which characterize actions and behaviour of persons in direct or indirect contact to the patient. Such descriptions are of particular value as they are mostly unknown to the everyday staff. Thus this article can serve to prepare for such situations and also contribute to mutual understanding.

Schlüsselwörter

Sterbebeistand - Islam - Krankenhaus - Pflegepersonal - Altenpflegeheim - Ritual

Einleitung

In Einrichtungen der Alten- und Krankenpflege gehört die Präsenz von muslimischen Patientinnen und Patienten in einem mehr oder weniger großen Umfang zum Alltag. Den einheimischen Pflegenden¹ werden dadurch einerseits vielfältige Einblicke in Kultur und Religion offenbart. Andererseits führen kulturgebundene Vorstellungen von muslimischen Patienten und Patientinnen und deren Angehörigen zu Erwartungen, Äußerungen und Verhaltensweisen, die für die meisten Pflegekräfte fremd und teilweise schwer zu verstehen sind. Sie bedürfen der Aufklärung, um Divergenzen entgegenzuwirken, die sich auf eine umfassende Pflege als hemmender Faktor erweisen. Die Individualität jedes Patienten und jeder Patientin muss als essenzieller Bestandteil der umfassenden Pflege ohne Beeinträchtigung zur Geltung kommen, auch wenn sie fremden kulturellen und religiösen Dogmen folgt. Diese müssen wie die hiesigen Glaubenssätze ernst- und wahrgenommen werden. Die Sensibilität der einheimischen Pflegen-

den muss also dahin gehend gestärkt werden, dass die individuelle Pflege trotz der Diversität realisiert werden kann; erst dann können kulturell und religiös geprägte Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten erkannt und erfüllt werden.

Fremde hängen gerade im Einwanderungsland sehr an der eigenen Kultur und den daraus resultierenden Riten, welche größtenteils ihren Ursprung in der Religion haben. Im Alter ist diesbezüglich bei türkischen Muslimen der ersten Generation sogar eine gestiegene Sensibilität zu verzeichnen. Dies fordert dementsprechend ihre Tribute von den Pflegenden, denn durch das Älterwerden in der Fremde steigt zugleich die Anzahl der sterbenden Muslime in deutschen Altenheimen und Krankenhäusern. Die Kenntnis über Sterberituale ist in der Begleitung und Betreuung muslimischer Sterbender, deren Angehöriger und Freunden eine unumgängliche Konsequenz.

Das Sterben, der Übergang aus dem Leben und der Tod werden deshalb in der vorliegenden Arbeit schematisch erschlossen; der Schwerpunkt liegt in der Beschreibung spezieller Riten, die das Sterben und den Tod im Islam umgeben. Nachskizziert werden dabei Maßnahmen, die die Handlungen und Verhaltensweisen der begleitenden Personen am Sterbebett und nach dem Eintritt des Todes charakterisieren. Vorstellungen vom Leben nach dem Tod, der Bestattung und Ausdrucksformen der Trauer werden ebenfalls reflektiert.

Kommentiert werden die Schilderungen in einzelnen Abschnitten mit konkreten Hinweisen für den Pflegealltag. Bewusst wurde jedoch darauf verzichtet, ein gezieltes Handlungsraaster für das Pflegepersonal anzulegen, da das Risiko zu groß erscheint, dass es in der Routine der Arbeit gedankenlos als Schablone für jeden muslimischen Patienten oder jede muslimische Patientin missbraucht wird. *„Gleich, wie das Leben eines jeden Menschen einzigartig und individuell ist, wird auch das Sterben einzigartig und individuell sein“* (Arndt 1995, S. VI).

Für den Vollzug der Riten können auf Grund der verschiedenen Glaubensausrichtungen im Islam und den regionalen Differenzen innerhalb der Heimatländer keine einheitlichen Aussagen für alle Muslime getroffen werden. Die üblichen und allgemeinen Handlungen werden hierbei aus der Perspektive der in Deutschland lebenden türkischen Bevölkerungsschicht präsentiert; wobei die Existenz der Frömmigkeitsformen bei türkischen Muslimen auch unterschiedlich ist. Es gibt unter ihnen Muslime, deren gesamter Lebensinhalt sich am Koran und den Über-

lieferungen des Propheten orientiert, während es andere Muslime gibt, die unabhängig davon ein säkulares Leben führen.

Altern in der Fremde

In der Bundesrepublik Deutschland leben gegenwärtig mehr als drei Millionen Muslime, wovon der Anteil der türkischstämmigen Muslime am größten ist (Ilkiliç 2003). Die einst als Gastarbeiter und -arbeiterinnen emigrierten Muslime, welche auch als erste Generation der Türiinnen und Türken bezeichnet wird, verbringen zunehmend ihren Lebensabend in der Fremde, nachdem sie ihre „Rückkehrillusion“ aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr in die Tat umsetzen konnten oder können. Der Anteil der in Deutschland alternden Muslime steigt folglich, dabei prognostizieren „wissenschaftliche Studien ... über zwei Millionen in Deutschland lebende Muslime im Alter von 60 Jahren und älter für das Jahr 2030“ (ebd., S. 43). Zudem muss bei ihnen angesichts der heutigen Arbeits- und Lebensbedingungen mit einem vorzeitigen Alterungsprozess gerechnet werden (ebd.).

Wandlungen der Rahmenbedingungen in Altenheim und Krankenhaus

Im Islam gehört die Versorgung der pflegebedürftigen Eltern zu den elementaren Aufgaben der Kinder (Ilkiliç 2003). „Die Arbeitsbedingungen und die auf die Kernfamilie ausgerichteten in der Regel relativ kleinen Wohnungen lassen (allerdings) kaum Möglichkeiten für das Zusammenleben in einer Großfamilie zu. In diesen Situationen steht für die Eltern der Aufenthalt in einem Altersheim als Alternative zur Verfügung“ (ebd., S. 43). Obwohl die Majorität der Muslime im hohen Lebensalter ihren Lebensabend im Kreise der eigenen Kinder verbringen möchte, wird rein tendenziell „... für viele ein Aufenthalt in einem Altenheim unvermeidbar sein“ (ebd., S. 43). So verleben Muslime ihren letzten Abschnitt bis zum Eintritt des Todes im Altenheim, danach gehören sie zu den Tausenden von Muslimen, die jährlich in Deutschland sterben (Ilkiliç 2000). Das Sterben vollzieht sich also nicht mehr konform zum bisherigen Ideal, das heißt in den eigenen vier Wänden.

In Krankenhäusern findet sich ein ähnliches Phänomen, schließlich geht dem Sterben, „wenn es sich nicht um einen plötzlichen Tod handelt, wie z.B. einem Herzinfarkt, ... meist ein Krankheitsverlauf voraus, der medizinische Eingriffe indiziert und deshalb medizinisch ausgebildetes Personal voraussetzt“ (Tan 1998, S. 223). Das Sterben „... vollzieht sich nunmehr im Regelfall (auch) in Krankenhäusern“. Ob es das Krankenhaus oder eine Pflegeeinrichtung ist, letzten Endes sterben Migranten und Migrantinnen in der

Hinsicht „... nicht nur ... unter Fremden, sondern als Fremde unter Fremden in der Fremde“ (ebd., S. 222 f.). Dies ist eine Praxis, in der „... ihre unterschiedliche Kultur und ihr Glaube ... oft Anlass für viele Glaubenskonflikte und transkulturelle Spannungen (sind)“ (Ilkiliç 2000, S. 1). Umso dringlicher müssen sich die Pflegenden bewusst werden, welchen Wert Sterbe- und Trauerrituale gerade in der Fremde besitzen.

Stellenwert der Religion

„So wie es zwischen Seele und Körper eine Verbindung gibt ist auch der Körper mit seiner Umgebung verbunden.“ *Gibrans* (1989, S. 18) Aphorismus beschreibt prägnant etwas von jenem besonderen Kern des Lebensalltags. Bekannterweise hängen Menschen in der Fremde sehr an ihrer eigenen Kultur und sind bestrebt, diese kulturelle Identität weitgehend am Leben zu halten, so dass sie nicht Opfer des „sozialen Todes“ wird. In der Fremde bildet die Kultur einen elementaren Bezugsrahmen, um nicht aus der Balance zu geraten. „Und wie (das) Leben sich immer in kulturell-religiösen Zusammenhängen abspielt und an diese ‚rückgebunden‘ ist, so ist das Gesicht des Todes für die einzelnen Menschen hierdurch mitbestimmt“ (Arndt 1995, S. VI). Gerade im Alter und angesichts des Todes spielen für Muslime kulturelle und religiöse Wertvorstellungen eine wesentliche Rolle, dabei ist sogar „... oft eine Intensivierung ihrer religiösen Sensibilität festzustellen“ (Ilkiliç 2003, S. 43).

Obwohl Traditionen in Form von Riten, Sitten und Gebräuchen die Übergänge im gesamten Leben markieren und herausheben, ist der letzte Übergang jedoch der bedeutendste (Arndt 1995, S. VI). Er dient dazu, sich vom diesseitigen Leben in Würde zu trennen und sich in angemessener Weise auf das Leben im Jenseits vorzubereiten. Außerdem vermitteln die Traditionen den Überlebenden Trost und Zuversicht, die Sterbenden auf der letzten Wegstrecke ihres Lebens auf eine bestmögliche Art begleitet zu haben. Darüber hinaus bieten Rituale eine Gelegenheit, sich dem Unbekannten anzunähern – gerade in der Konfrontation mit dem Tod; ist doch der Tod etwas Fremdes, das transzendente Sphären miteinander verbindet. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam, das Glaubensverständnis der Muslime über das Sterben und dem, was darüber hinaus geht, zu reflektieren.

Tod und Sterben im Islam

Geburt, Leben und Tod werden für den gläubigen Muslim als Stufen auf dem Rückweg in Gottes Obhut betrachtet. Der Tod wird nicht als etwas Negatives oder als Strafe angesehen; gläubige Muslime akzeptieren ihn als Gottes Wille, ganz gleich, was ge-

schieht und so schwer es auch fallen mag (*Schwikart* 1999, *Neuberger* 1995). In diesem Kontext wird der Alterstod als Normalfall definiert und wirkt auf den an Altersgebrechen Leidenden nicht bewirktend (*Tan* 1998). Eine aktive oder passive Sterbehilfe ist der muslimischen Eschatologie zufolge nicht gestattet. Für medizinisch lebensverlängernde Maßnahmen gilt eine ähnliche Auffassung, obwohl unter Umständen davon abgewichen werden kann (Ilkiliç 2000). Noch im Diesseits sollen Muslime ihre Vita ausschöpfen und die Aufgaben des Lebens pflichtbewusst erfüllen, denn das Leben ist die erste Hürde, die es zu bestehen gilt, bevor mit dem Tod weitere Prüfungen folgen (*Schwikart* 1999).

Im Koran in Sure 3, Vers 185, 186 heißt es dazu: „Jede Seele wird den Tod zu kosten bekommen. Und euer Lohn wird euch wahrlich (erst) am Tag der Auferstehung voll ausgezahlt werden. Und wer dann dem Feuer entrissen und in den Paradiesgarten eingelassen wird, dem wird Erfolg beschieden sein. Und das diesseitige Leben ist nichts weiter als ein trügerischer Genuß.“ Ebenso ist im Koran beschrieben, dass der Todestag eines jeden Menschen festgelegt ist: „Wir haben euch den Tod bestimmt, und niemand kann uns daran hindern, daß wir euch gegen euresgleichen austauschen, und daß wir euch zu etwas werden lassen, was ihr nicht kennt (Sure 56, Vers 60, 61). Wo immer ihr sein möget, der Tod wird über euch kommen, selbst wenn ihr in hochgetürmten Burgen wäret“ (Sure 4, Vers 78).

Mit dem Tod darf „der Mensch ... von der Erde, der ‚Stätte der Vergänglichkeit‘ hinübergehen zur ‚Stätte des Bleibens‘“ (*Schwikart* 1999, S. 103). Dabei ist „der Sterbeprozess bzw. das Grab ... ein zeitlicher und örtlicher Übergang zum Jenseits. Dort fängt ein neues Leben in einem neuen Seinszustand an, das sich auf einer anderen ontologischen Ebene bewegt. Durch den Tod verändert sich das Verhältnis von Seele bzw. Geist ... zum Körper und umgekehrt“ (Ilkiliç 2000, S. 2).

Nachdem der Todesengel den Verstorbenen die Seele entzogen hat, führt er sie zum Zwischengericht in den Himmel. Dort erfolgt eine „Voruntersuchung“, in der bereits abgeschätzt wird, was die Toten je nachdem, wie sie sich zu Lebzeiten verhalten haben, erwartet. Unabhängig von dieser ersten Entscheidung kehrt die Seele zum Leichnam zurück. Im Rahmen des zweiten Zwischengerichts findet im Grab eine von zwei Engeln durchgeführte Befragung zum Glauben statt (ebd., *Schwikart* 1999).

Sowohl das Glaubensbekenntnis als auch die richtige Beantwortung der Fragen reichen aber nicht aus,

um das Ziel – das Paradies, in dem die Gläubigen das ewige Leben und die Betrachtung von Gottes Antlitz als Belohnung verheißen ist – zu erreichen. Vielmehr kommt es auf die eigenen Taten im Diesseits an, welche am jüngsten Gericht als Zeichen der himmlischen Gerechtigkeit durch eine Waage abgewogen werden und über eine Belohnung oder Bestrafung entscheiden; so gesehen wird über den weiteren Verbleib, entweder im Paradies oder in der Hölle, geurteilt (*Ilkiliç* 2000).

„Sprich: ‚Der Tod, vor dem ihr flieht, wird euch gewißlich einholen. Dann werdet ihr zu Ihm zurückgebracht, Der das Verborgene und das Offenbare kennt, und Er wird euch Kunde geben von dem, was ihr zu tun pflegtet‘“ (Sure 62, Vers 8). „Die unabänderliche und endgültige Entscheidung trifft Gott allein in eigener Souveränität und Barmherzigkeit (während des Endgerichts)“ (*Ilkiliç* 2000, S. 3). Im Namen der Gerechtigkeit steht auch hier die Gnade und barmherzige Eigenschaft Gottes vor seinem Zorn. „... Er ist der Allmächtige, der Vergebende“ (Sure 67, Vers 2). Solange harrt die Seele jedoch in einem Zustand, der dem der Schlaftrunkenheit ähnelt, dabei ist der Tag des jüngsten Gerichtes beziehungsweise der Auferstehung unklar (*Schwikart* 1999). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Islam auf der Grundlage des Korans der Glaube an das Jenseits, die Auferstehung nach dem Tod sowie das jüngste Gericht existieren.

Umgang mit den Sterbenden

Als Zeichen der Freundschaft und Solidarität stehen sich Muslime am Sterbebett bei und lassen den Sterbenden nicht alleine (*Ilkiliç* 2003), weil der Übergang mit Angst und Unsicherheit verbunden sein kann. Bereits „im Hadith, speist den Hungrigen, besucht den Kranken und gebt den Gefangenen frei“ (Sure 17, Vers 391) wurde der Krankenbesuch als eine religiöse Pflicht eines Muslims gegenüber seinem Glaubensbruder bzw. Bekannten deklariert“² (*Ilkiliç* 2000, S. 6).

Diese Aufforderung erklärt zum einen den relativ oft zu beobachtenden hohen Anteil von türkischen Besuchenden in der Praxis, zum anderen symbolisiert der letzte Besuch bei einem sterbenden Muslim weit mehr als die Beachtung einer religiösen Pflicht. Im Augenblick des nahenden Todes ist der Besuch eines Sterbenden nämlich die letzte Chance sowohl für den Sterbenden als auch den Besuchenden, um zwischenmenschliche Divergenzen, sprich „... begangene Fehler wieder gut zu machen bzw. zu verzeihen“. „... Fehler die gegen eine menschliche Person begangen worden sind“, stellen in Gottes Augen eine unverzeihbare Entgleisung dar, deswegen sollen sie

im bewussten Zustand, angesichts des Todes, unter ihresgleichen geregelt werden. Zudem ist es für den Besuchenden ein Anlass, „... über sein Leben nachzudenken und sich selbst zur Rechenschaft zu ziehen“ (zusammenfassend *Ilkiliç* 2003, S. 45).

„In der Todesstunde beten Angehörige und Rechtgläubige mit und für den Sterbenden. Ihr Gebet soll helfen, den Übergang von diesem Leben zu den Prüfungen und dem Gericht möglichst leicht und schmerzlos zu machen“ (*Schwikart* 1999, S. 110). Im Islam gibt es keinen Vermittelnden zwischen Gott und Mensch, deshalb rezitiert ein arabisch-lesender Muslim beziehungsweise der Imam³ leise und zurückhaltend in der Regel die Sure 36 (Ya sin) aus dem Koran. Das Leben nach dem Tod, die Auferstehung und das jüngste Gericht werden in ihr thematisiert.

Falls sich die Gelegenheit bietet, soll der oder die Sterbende nach Möglichkeit in der Todesstunde auf der rechten Körperseite liegen, damit das Gesicht zur Kaaba in Mekka (Arabien – Südosten) gerichtet ist. Ansonsten darf der oder die Sterbende auf dem Rücken liegen; allerdings so, dass die Füße und auch die Blickrichtung wenigstens in die benannte Richtung zeigen (*Khoury* u.a. 2000). Da das Glaubensbekenntnis – Ich bekenne, dass es keinen Schöpfer außer Allah gibt und ebenso bekenne ich, dass Muhammad Diener und Gesandter Allahs ist – in arabischer Sprache auf den Lippen eines Sterbenden Schlüssel für das Paradies ist, erinnern ihn die Anwesenden behutsam und diskret daran, indem sie es immer wieder aussprechen und den Sterbenden ebenfalls dazu anleiten, so dass es seine letzten Worte sind.

In Anbetracht der beschriebenen Handlungen und insbesondere der hohen Besucherzahl wäre es für das Pflorgeteam empfehlenswert, Sterbenden ein Einzelzimmer zukommen zu lassen, damit die Mitpatienten und -patientinnen nicht gestört werden, aber auch um den eigenen reibungslosen Arbeitsablauf zu gewährleisten. Ein gutes Management bezüglich der Besuchsordnung ist trotz alledem von der pflegerischen Seite unumgänglich, insbesondere auf Intensivstationen (*Ilkiliç* 2003). Des Weiteren sollten Pflegenden darauf achten, dass höchste Sauberkeit gewahrt wird sowohl was die Körperpflege als auch die Kleidung und Bettwäsche betrifft. Noch so scheinbar kleine Verschmutzungen, wie zum Beispiel Blutropfen nach Blutentnahmen, aber auch Schweiß und Erbrochenes, heben den Zustand der rituellen Reinheit⁴ auf. Das Anlegen von Inkontinenzhosen ist in der Beziehung ebenfalls unerwünscht. Sorgfältig und regelmäßig sollte zudem die Mundpflege durchgeführt werden. Auf diese Weise kann

den Sterbenden, sofern es der Zustand erlaubt, auch Wasser zum Trinken geboten werden, damit sie sich nicht durstig auf eine lange Reise begeben.

„Die Sterbebegleitung ist in der islamischen Kultur nicht professionalisiert und wird oft von den Angehörigen übernommen“ (ebd., S. 45). Wenn ausnahmsweise keine Angehörigen zugegen sind oder diese sich überfordert fühlen, kann ein Imam der nächstgelegenen Moschee zur Unterstützung hinzugezogen werden. Für diesen Fall ist es sinnvoll, vorher eine Rücksprache mit dem oder der Sterbenden und/oder der Familie zu halten (ebd.).

Reglements nach dem Todeseintritt

Nach Eintritt des Todes werden die Augen des Verstorbenen geschlossen, die Gliedmaßen ausgestreckt – wobei die Hände je nach Rechtsschule auf dem Bauch gekreuzt oder seitlich neben dem Körper gelegt werden. Anschließend wird der Kopf zur rechten Seite gedreht, so dass der Tote später mit dem Gesicht in Richtung Mekka beigesetzt werden kann. Das Kinn wird fixiert, damit der Mund geschlossen bleibt, und die großen Zehen werden zusammengebunden. Des Weiteren wird der Bauch mit einem angemessenen Gegenstand belastet, um ein Aufblähen zu verhindern. Danach wird der Körper entkleidet und mit einem einfachen Tuch umhüllt (Neuberger 1995, Ilkiliç 2003).

Während die Augenlider geschlossen werden, wird Folgendes rezitiert: „Bismillâhi ve alâ milletî resûlillâhi = Im Namen Gottes und des Glaubens der Leute des Resûlullah“ (Coşkun 2003, S. 2). Ideal wäre es, wenn der oder die Tote nicht von Nichtmuslimen angefasst wird, „... ist es jedoch gar nicht anders möglich, sollten diese Einweghandschuhe tragen, damit eine tatsächliche Berührung vermieden wird“ (Neuberger 1995, S. 45).

Waschung des Verstorbenen

Unmittelbar nach dem Todeseintritt, „... entweder am selben oder am nächsten Tag, soll die Ganzwaschung stattfinden“ (Ilkiliç 2000, S. 5). Sie dient der allgemeinen Hygiene und hat zudem den Charakter einer rituellen Reinigung (Schwikart 1999). Die Maßnahmen sind symbolische Vorbereitung auf die Begegnung mit dem Schöpfer (Ilkiliç 2000).

Forderungen an die vollziehende Person

Die Verstorbenen sollen von einem kundigen, volljährigen Muslim gleichen Geschlechts gewaschen werden; nur wenn niemand anderes verfügbar ist, tritt diese Regelung außer Kraft (Schwikart 1999).

Innerhalb einer noch bestandenen Ehe gelten beson-

dere Regelungen. Ehefrauen dürfen ihre verstorbenen Ehemänner waschen, umgekehrt ist dies hingegen verboten (Coşkun 2003). Im Allgemeinen sollte die letzte und bedeutendste Pflicht von den nächsten Angehörigen wahrgenommen werden, „da bei dieser Waschung jedoch eine Vielzahl von Regeln beachtet werden müssen, sind es in der Regel Spezialisten, die diese Aufgabe übernehmen“ (Khoury; Heine; Oebbecke 2000, S. 123). Sobald eine kleine Gruppe jene Obliegenheit annimmt, sind die anderen Verpflichteten davon entbunden.

Beschreibung des weiteren Verlaufs

Als Voraussetzung zum Waschen des Leichnams ist in erster Linie ein Raum erforderlich, in dem ungestört der bedeutsamen Aufgabe nachgegangen werden kann. Es muss dort die Möglichkeit gegeben sein, den Körper in Richtung Mekka gewandt und bei abfließendem Wasser zu reinigen. Nachdem diese Erfordernisse nicht in allen stationären Bereichen vorzufinden sind, wäre es vorstellbar, als Alternative die Obduktionstische in den Pathologiesälen zu benutzen (Ilkiliç 2003, Neuberger 1995). Falls dies nicht in Betracht gezogen wird, veranlassen die Angehörigen den Transport des Verstorbenen in die Räumlichkeiten eines Bestattungsunternehmens oder in die Moschee.

Die Waschung der Toten folgt einem religiösen Ritus; die Waschregeln entsprechen der Hadith. Nachdem zuerst die Geschlechtsteile mit einem Tuch gewaschen werden, erfolgt mit reichlich wohltemperiertem Wasser die Waschung des ganzen Körpers mit Seife oder einem anderen Reinigungsmittel (Coşkun 2003). Die einmalige Waschung ist Pflicht, die dreimalige wird laut der Überlieferung des Propheten empfohlen. Wenn es erforderlich ist, kann der Leichnam insgesamt bis zu siebenmal gewaschen werden – eine ungerade Zahl muss jedoch die Menge der Waschzyklen angeben (Khoury; Heine; Oebbecke 2000). Sowohl Seife, Waschlappen und Handtücher, die für die Waschung eigens angeschafft wurden, dürfen hiernach nicht mehr verwendet werden (Schwikart 1999). Der Einsatz von Weihrauch oder anderen wohlriechenden Duftstoffen ist gestattet, um einen angenehmen Geruch im Waschraum zu verbreiten (Coşkun 2003).

Im islamischen Glauben wird der körperlichen Unversehrtheit der Verstorbenen ein wesentlicher Stellenwert beigemessen. Deshalb geht man während der gesamten Prozedur behutsam mit ihnen um, wozu auch die Achtung der Intimsphäre gehört (Ilkiliç 2003). Dabei wird der Geschlechtsbereich mit einem Tuch abgedeckt, ferner achtet die waschende Person darauf, dass jene Zonen nicht mit der bloßen Hand

berührt werden, indem sie sich einen Waschlappen um die Hand wickelt (Coşkun 2003). Am Ende der Waschung werden Koranverse rezitiert und es wird gebetet (Neuberger 1995).

Einkleidung des Leichnams

Nach der Waschung wird der Leichnam in ein einfaches, weißes Leichentuch aus Baumwolle gehüllt (Coşkun 2003). Muslime, die schon eine Pilgerfahrt nach Mekka unternommen haben, bringen sich teilweise für diesen Anlass solch ein Tuch mit (Neuberger 1995). Anschließend werden die Verstorbenen zum Transport in einen einfachen Sarg gelegt.

Begräbnis und Beerdigung

Sofern die rituelle Waschung und die entsprechenden Totengebete durch die Hinterbliebenen oder den Imam durchgeführt wurden, findet die Beisetzung des Leichnams baldmöglichst statt, da im Grab das erste Zwischengericht auf die Verstorbenen wartet. Im Islam ist der Gebrauch eines Sarges unüblich, lediglich zur Überführung in das Heimatland oder bei einer Beerdigung in Deutschland wird er toleriert. Die meisten Kommunen in Deutschland schreiben die Benutzung eines Sarges vor (Schwikart 1999).

Darüber hinaus ist die Belegung eines Grabfeldes auf deutschen Friedhöfen auf einen Zeitraum von 25 bis 30 Jahren befristet. Obwohl die Verstorbenen aus religiöser Sicht im Sterbeort beerdigt werden sollten, bevorzugen die Hinterbliebenen aus den eben genannten Gründen eine Beerdigung im muslimischen Land, denn ein bereits bestatteter Leichnam sollte seine ewige Ruhe finden, insbesondere in der heimatlichen Erde. In diesen Ländern werden der oder die eingewickelten Verstorbenen auf einer Tragbahre traditionell in einem brusttiefen Grab beigelegt – so, dass der Körper auf der rechten Seite liegt und das Gesicht nach Mekka zeigt (ebd., Ilkiliç 2000). „Mittlerweile ist (aber) auf muslimischen Grabfeldern einiger deutscher Friedhöfe eine Beerdigung ohne Sarg möglich und ebenso bieten manche Friedhöfe die fortwährende Verlängerung des Grabfeldes an ...“ (Ilkiliç 2003, S. 48).

Ein Imam begleitet die Bestattung und vielleicht am Grab oder bereits zuvor vollzieht er das bedeutende Abschiedsritual des „helal-Gewährens“. „Dem Ritual des helal-Gewährens liegt der Gedanke des Ausgleichs als Grundlage der Rechtsbeziehungen zugrunde: Im Augenblick des Todes erscheint es notwendig, alle noch offenen Schulden zu erlassen.“ Mit Schulden sind jedoch nicht ausschließlich Schulden im materiellen Sinne gemeint, denn diese werden von den Hinterbliebenen, soweit ihre finanziellen

Möglichkeiten es zulassen, ohnehin ausgeglichen. Gemeint sind vielmehr Schulden im Sinne der ‚Schuldigkeit‘ jemanden gegenüber ...“ (Tan 1998, S. 193 f. mit einem Zitat von Schiffauer 1987).

Die Gräber sind sehr schlicht, da der Islam keinen Gräberkult kennt. Eine Feuerbestattung ist untersagt, „weil es dem Menschen als Geschöpf nicht erlaubt ist zu zerstören, was Gott geschaffen hat. Außerdem braucht die Seele einen Ort, an dem sie auf das Gericht warten kann“ (Schwikart 1999, S. 112). Die Unversehrtheit der Toten bedeutet in diesem Kontext zudem, dass eine Obduktion ungern in Betracht gezogen wird. Nur bei Verdacht auf eine Kriminaltät oder dem Vorliegen einer richterlichen Verfügung weichen die Hinterbliebenen davon ab (Ilkiliç 2003).

Ausdrucksformen der Trauer

Trauer und Weinen sind erlaubt, wohingegen Trauerklagen gemäß der Hadith untersagt sind. Ein ruhiges und gefasstes Verhalten entspricht am ehesten dem Bild der islamischen Lehre. „Dennoch begegnet man in der Praxis dramatischen Szenen mit Weinen, Schreien und Wehklagen. In solchen Situationen ist es empfehlenswert, den Verstorbenen in ein Einbettzimmer zu verlegen, damit die emotionale Phase unabhängig vom Stationsablauf stattfinden kann und Angehörige von dem Verstorbenen Abschied nehmen können“ (Ilkiliç 2003, S. 46 f.).

Innerhalb der intensiven Trauerzeit, welche bis zu sieben Tage anhält, werden die Angehörigen der Verstorbenen oft von Verwandten und Nachbarn mit Essen versorgt. Kondolenzbesuche sind in der islamischen Tradition obligat, gerade in den ersten drei Tagen nach dem Todeseintritt bekundet man den Angehörigen sein Beileid. Für die Beileidserklärung existieren inhaltlich keine formalen Ansprüche; wichtig ist nur, dass es jedem einzelnen, reifen Hinterbliebenen zugesprochen wird (Coşkun 2003). Darüber hinaus werden im Haus der Verstorbenen Textstellen aus dem Koran und Bittgebete rezitiert, dazu betet „man um Verzeihung für die Sünden des Verstorbenen bei Gott“ (Ilkiliç 2003, S. 47). Während des bis zu vierzig Tage andauernden Trauerprozesses zeigen sich die Trauernden in gedeckter Kleidung⁵ und enthalten sich weltlicher Genüsse (Kino, Feiern, etc.) (Schwikart 1999).

Schlussbetrachtung

Durch die zunehmende Konfrontation mit muslimischen Sterbenden gewinnen Sterberituale in Einrichtungen der Alten- und Krankenpflege an Bedeutung. Pflegende sind daher darauf angewiesen, sich mit diesen auseinanderzusetzen, um zumindest über

die für die Praxis notwendigen Kenntnisse zu verfügen. Die Rituale wirken entlastend, zumindest gelten sie als gute Tat und sind für alle Muslime verpflichtend, dagegen wird deren Unterlassung als Sünde verstanden. Deshalb sollte den Angehörigen die Möglichkeit eingeräumt werden, diese auszuführen.

Die Sterbenden haben das Recht, in Würde bis zum Lebensende versorgt zu werden. Um sie individuell und umfassend zu begleiten, benötigen Pflegende Hintergrundwissen, welches ihnen Einblicke in fremde Verhaltensweisen und Umgangsformen gibt, aber auch zum Nachdenken und -fragen anregt. Letztendlich liegt es im Rahmen ihrer ethischen Verantwortung, mit diesem Wissen einfühlsam den sterbenden Patientinnen und Patienten und ihren Angehörigen zu begegnen und ihnen den Raum zur Verwirklichung der Rituale zu gewähren. Das fremde Sterben wird vielleicht in Zukunft seltener verdrängt, indem einheimische Pflegekräfte mit dem geeigneten Assessment zur entsprechenden Handlungsfähigkeit aufgefordert werden – etwa dahingehend, dass man Sterbende in einem kleinen Zimmer unterbringt, Verständnis für die große Besuchermenge zeigt, auf eine gewissenhafte Hygiene am Sterbebett achtet, Handschuhe bei direktem Kontakt mit den Sterbenden überzieht. Unabhängig davon können Rituale im Allgemeinen ein hilfreiches Instrumentarium für die belastende Situation sein.

Entscheidungen können mit den Patientinnen und Patienten und ihren Angehörigen getroffen werden, zumal die Angehörigen und Freunde sehr hilfsbereit sind. Für die unter Zeitdruck arbeitenden Pflegekräfte kann dies zur wesentlichen Erleichterung des Arbeitsalltags beitragen. So bleibt die Hoffnung, dass alle Beteiligten in ihren Wünschen und Bedürfnissen wahrgenommen werden und durch eine wesentlich bessere Compliance der Individualität der Patientinnen und Patienten entsprochen wird. *„Denn auf dieser Welt ist jeder ein Fremder, mit einem Visum für das Leben“ (A. Özakin) (Tan 1998, S. 254).*

Anmerkungen

1 Die Bezeichnung Pflegende/Pflegekräfte wird hierbei kontinuierlich synonym für Pflegepersonal aus den Einrichtungen der Alten- und Krankenpflege verwendet, unabhängig von ihrer beruflichen Qualifikation.

2 Ahadith (Plural) sind Überlieferungen von Aussprüchen und Taten des Propheten Muhammad. Neben dem Koran ist sie die zweite Hauptquelle des Islams, an der sich die Muslime bezüglich ihrer Handlungen und Umgangsweisen als Ergänzung orientieren.

3 Vorbeter; korankundiger Gelehrter, der die islamische Gemeinde betreut.

4 Die äußere rituelle Reinheit steht für die innere Reinheit und kann im weitesten Sinne bei einer Verunreinigung nur durch eine Waschung (wieder) erreicht werden.

5 Schwarz ist in der islamischen Tradition keine Trauerfarbe.

Literatur

Al-Qur'an Al-Karim und seine ungefähre Bedeutung in deutscher Sprache. Mit der Übersetzung von Muhammad Ibn Ahmad Ibn Rassoul. München 1997

Arndt, M.: Vorwort zur deutschen Übersetzung. In: Neuberger, J.: a.a.O., 1995, S. V-VII

Coşkun, V.: Grundregeln der islamischen Bestattung. In deutscher Sprache mit Erläuterungen und Gebetstexten. Manuskript der islamischen Abteilung von Ahorn-Grieneisen GBG Bestattungen. Berlin 2003

Gibran, K.: Eure Seelen sind Feuer. München 1998

Ilkiliç, I.: Das muslimische Glaubensverständnis von Tod, Gericht, Gottesgnade und deren Bedeutung für die Medizinethik. In: Sass, H.-M.; Viefhues, H.; Zenz, M. (Hrsg.): Medizinethische Materialien. Bochum 2000

Ilkiliç, I.: Begegnung und Umgang mit muslimischen Patienten. Eine Handreichung für die Gesundheitsberufe. In: Interfakultäres Zentrum für Ethik in den Wissenschaften, Universität Tübingen (Hrsg.): Materialien zur Ethik in den Wissenschaften. Tübingen 2003

Khoury, A.Th.; Heine, P.; Oebbecke, J.: Handbuch Recht und Kultur des Islams in der deutschen Gesellschaft. Probleme im Alltag – Hintergründe – Antworten. Gütersloh 2000

Neuberger, J.: Die Pflege Sterbender unterschiedlicher Glaubensrichtungen. Berlin 1995

Schiffauer, W.: Die Bauern von Subay. Das Leben in einem türkischen Dorf. Stuttgart 1987, S. 64 f.

Schwikart, G.: Tod und Trauer in den Weltreligionen. Gütersloh 1999

Tan, D.: Das fremde Sterben. Sterben, Tod und Trauer unter Migrationsbedingungen. Frankfurt am Main 1998

Rundschau

► Allgemeines

Zuwanderungsgesetz. Das neue Zuwanderungsgesetz sieht vor, dass zunächst alle Ausländerinnen und Ausländer, die seit Beginn des Jahres 2005 legal zugewandert sind, Deutsch lernen müssen. Das Gesetz bietet ihnen aber auch das Recht, an einem so genannten Integrationskursus teilzunehmen. Die Pflicht gilt für ausländische Mitbürgerinnen und -bürger mit schwachen Deutschkenntnissen. Wer den Kursus nicht belegt, hat damit zu rechnen, dass die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird, auch Sozialleistungen können gekürzt werden. Die Integrationskurse sind der Kern dieses neuen Gesetzes. Die Teilnehmenden lernen außer der deutschen Sprache etwas über Recht, Geschichte und Kultur in Deutschland. Die Bundesregierung geht davon aus, dass es durch diese Maßnahme schneller und leichter wird, sich einzuleben und Arbeit zu finden.

Quelle: deFACTO, Mediendienst des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 05-März 2005

Teilzeitengel gesucht. Die Stiftung Gute-Tat.de sucht tatkräftige Berlinerinnen und Berliner, die sich für einige Stunden ehrenamtlich engagieren wollen. Unter dem Slogan

„Heute ein Engel“ werden Freiwillige in Kurzzeitprojekte sozialer Organisationen vermittelt. Oftmals reichen bereits wenige Stunden aus, um sinnvoll helfen zu können. Dabei stehen die unterschiedlichsten Tätigkeiten zur Auswahl. Von der Mitgestaltung bei einem Benefizkonzert bis zur Administratorentätigkeit sind die Aufgaben frei wählbar, wie eine Assistenz beim MitmachMuseum für Kinder oder Spaziergehen mit Senioren. Auf der Internetseite www.Gute-Tat.de kann man sich über die Projekte informieren. Die gemeinnützige und mildtätige Stiftung wurde Ende 2000 gegründet. Ihr Stiftungszweck ist es, hilfsbereiten Menschen durch das Internet einen Überblick über soziale Projekte und Organisationen sowie deren Bedarf an ehrenamtlichem Engagement, Sach- und finanziellen Mitteln zu geben. Kontakt: Gute-Tat.de, Alt-Moabit 92, 10559 Berlin, Tel.: 030/390 88-208, Fax: 030/390 88-199 E-Mail: info@Gute-Tat.de

Berlin gegen Gewalt. Adressen gegen Gewalt. Hrsg. Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2004, 87 S., kostenfrei *DZI-D-7089*

Obwohl viele Menschen überwiegend friedlich miteinander leben, zählen Gewalt auf der Straße, in der Schule, in der Familie, sexueller Mißbrauch oder Gewalt gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Frauen und behinderte Menschen zu den Realitäten Berlins. Diejenigen, die Formen von Gewalt erleiden, die Zeugen von Tötlichkeiten werden, die als Angehörige mitbetroffen sind, die sich in der Nachbarschaft, im Kreis von Kolleginnen und Kollegen oder in der Schulklasse engagieren wollen, finden in der

Optimale technische
Unterstützung für das
professionelle Fundraising
im Internet.

Die Bank für Wesentliches.

Bernd Bauer macht Sie fit für das Fundraising.
Telefon 0221.9 73 56-102 · b.bauer@sozialbank.de · www.sozialbank.de



Bank
für Wirtschaft

<https://doi.org/10.5771/0490-1606-2005-4>

Generiert durch IP '18.119.172.104', am 09.10.2024, 04:21:06.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Soziale Arbeit 4.2005

Stadt ein dichtes Netz von Projekten, Beratungsstellen, kostenlosen Hilfe- und Betreuungsangeboten, die aufklären und informieren. In diesem Verzeichnis ist der aktuelle Stand der Präventionslandschaft Berlins aufgelistet, wie schulpsychologische Dienste, Kriseninterventionen, Präventionsbeauftragte der Berliner Polizei und vieles andere mehr. Bezugsanschrift: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin, Tel.: 030/90 26-52 53, Fax: 030/90 26-50 03
E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenBJS.Verwalt-Berlin.de

Archive des Deutschen Roten Kreuzes vereint. Die beiden Teile Deutschlands vereinigten sich 1990 nach über vierzigjähriger Trennung, die beiden deutschen Rotkreuzgesellschaften folgten 1991. Ihre Archive waren indes noch getrennt in Bonn und in Berlin-Lichtenberg untergebracht. Seit Ende 2004 ist dieser Zustand vorbei: 180 laufende Meter Akten und Bücher wurden in das Archiv des Generalsekretariats in Berlin überführt. Die Akten werden erschlossen und in den vorhandenen Bestand eingegliedert. Langfristig stehen die Unterlagen Wissenschaft und Forschung, den Medien sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung. *Quelle: Rotes Kreuz 2.2005*

Sozialplan. Schließt ein Unternehmen mit einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin einen Aufhebungsvertrag, weil es mit der Arbeitsleistung nicht mehr zufrieden ist, so muss der oder die Betreffende nicht darauf aufmerksam gemacht werden, dass ein Sozialplan vorgesehen ist, mit dem möglicherweise höhere Ansprüche durchgesetzt werden könnten (Bundesarbeitsgericht, 2 AZR 281/03). *Quelle: SoVD Zeitung, Sozialverband Deutschland 3.2005*

► Soziales

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und die Nationale Armutskonferenz (NAK) begrüßen diesen Bericht über die soziale Lage in Deutschland ausdrücklich. In einer gemeinsamen Stellungnahme arbeiten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die NAK positive sowie auch kritische Aspekte des Berichts heraus: „Die Bundesregierung legt die soziale Lage offen und schafft damit eine Grundlage für einen offenen Diskurs“ heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme von BAGFW und NAK. Dennoch muss eine Vermischung innerhalb des Berichtes von Analyse und politischer Bewertung vermieden werden. Dies könnte am besten durch den Einsatz eines unabhängigen Sachverständigenrates gelingen. Weitere Analysen und Bewertungen sind über Dr. Rudolf Martens erhältlich, Der Paritätische, Tel: 030-/246 36-313

Deutsche Rentnerinnen und Rentner. Diese sind laut einer Umfrage des Axa-Ruhestandsbarometers zu 85 % glücklich. Sie betrachten die Phase nach dem Berufsleben als eine Zeit, in der sie „endlich das Leben genießen“ und über ihre Zeit frei verfügen können. Wer in den Ruhestand geht, sieht sich nicht als alt an. Erst ab einem Alter von 74 Jahren bezeichnen sich die Deutschen als alt. Als Kriterium dafür werden vor allem Krankheiten sowie der Verlust von Mobilität genannt. Die derzeit Erwerbstätigen blicken nach dieser Umfrage bezüglich ihres späteren Lebensstandards skeptisch in die Zukunft. 54 % von ihnen glauben, dass ihr

Lebensstandard im Alter niedriger sein wird. Damit sind die Deutschen im internationalen Vergleich am pessimistischsten, denn etwa in Spanien befürchten das nur 22 %. Für die Studie wurden 9 200 Personen in 15 Industriestaaten befragt, in Deutschland 300 Erwerbstätige ab 25 Jahren sowie 300 Beziehende von Renten bis zu 75 Jahren. *Quelle: LVA Mitteilungen 2.2005*

Vorsorge für Unfall, Krankheit und Alter durch Vollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung. Hrsg. Bayerisches Staatsministerium der Justiz. Verlag C.H. Beck. München 2005, 30 S., + Anhang, EUR 3,90 *DZI-D-7025* Jedem Menschen kann es passieren, dass durch Unfall, Krankheit oder Alter keine eigenen Entscheidungen mehr getroffen werden können. Daher sollte man durch einfache Vorsorge selbst festlegen, wer im Ernstfall für einen handeln soll. Diese Veröffentlichung informiert darüber, was für eine Vorsorge durch Vollmacht spricht und was geschehen kann, wenn keine erteilt wurde, warum eine Generalvollmacht allein nicht ausreicht, was eine Betreuungsverfügung ist, weshalb eine Patientenverfügung wichtig ist und vieles andere mehr. Dieser Wegweiser bietet bundesweit gültige, von Fachleuten erarbeitete Formulare zu den genannten Verfügungen. Es wurde die Rechtslage in Deutschland bis zum November 2004 berücksichtigt.

Private Überschuldung – vorbeugen und helfen. In Deutschland sind 8,1 % aller Privathaushalte überschuldet, das sind 3,13 Mio. Haushalte und damit rund 400 000 mehr als noch vor vier Jahren. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Peter Ruhenstroth-Bauer, wies auf die Bedeutung der Prävention gegen Überschuldung und der Schuldnerberatung hin: „Die Überschuldung privater Haushalte ist ein drängendes, aber oft unsichtbares Problem. Überschuldung führt nicht selten zu Armut und Ausgrenzung. Wer Schulden angehäuft hat, braucht Hilfe.“ Mit einem Konzept gegen Überschuldung will die Bundesregierung Betroffene aus dem Schuldenkreislauf holen und dagegen vorbeugen. Eine Schlüsselrolle bei der Hilfe aus der Schuldenspirale kommt den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen vor Ort zu. „Schuldnerberatungsstellen dürfen nicht abgebaut werden, es muss sie flächendeckend geben. Hier sind die Länder und Kommunen gefordert“, sagte Ruhenstroth-Bauer. In einigen Bundesländern beteiligen sich bereits die Sparkassen an der Finanzierung dieser Beratungsstellen. *Quelle: BMFSFJ Internetredaktion, Pressemitteilung 339/2005*

Wiedereingliederung von Strafgefangenen. Das MABIS-Projekt in Nordrhein-Westfalen geht in der Betreuung von Strafgefangenen neue Wege. Zum einen vermitteln die Mitarbeitenden den Betroffenen direkt von der Haft in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis, zum anderen betreuen sie ihre Klientel gerade in den ersten sechs Monaten nach Haftentlassung sehr intensiv, versuchen, deren Arbeitsverhältnisse zu stabilisieren oder ihnen neue zu vermitteln. Der Grund: Die Hälfte aller Gefangenen wird innerhalb dieser Zeitspanne rückfällig. Die Arbeit übernehmen sieben Nachsorgezentren, die untereinander vernetzt sind und gleichzeitig miteinander konkurrieren, denn jedes Zentrum hält unterschiedliche Angebotsstrukturen vor. Straffällige Jugendliche und Frauen bilden dabei den Schwerpunkt. Bisher konnte jeder zweite der am Programm

teilnehmenden Jugendlichen in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis vermittelt werden. Informationen: www.mabis-net.de. *Quelle: Sozialcourage 1.2005*

► **Gesundheit**

Patientenrückgang. Auf Grund der Praxisgebühr gingen im Jahr 2004 weniger Menschen zu ihren Ärztinnen und Ärzten als im Jahr davor. Um knapp 9 % nahm die Zahl der Behandlungsfälle ab. Zu diesem Ergebnis kommt das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung. Nach seinen Erkenntnissen reduzierten sich die Fallzahlen bei Allgemeinärzten durchschnittlich um 6,7 %. Ähnlich sieht es bei den hausärztlichen Internisten und Kinderärzten aus. Einbußen im zweistelligen Bereich mussten zahlreiche Facharztgruppen hinnehmen, darunter die Augenärzte, Chirurgen, Frauen- und Hals-Nasen-Ohren-Ärzte, Orthopäden sowie Hautärzte. *Quelle: Medizin heute 3.2005*

Wie weiter nach dem Klinikaufenthalt? Sozialarbeit mit an Schizophrenie erkrankten Menschen. Von Karin Enzen und Friedrich Meyer. Edition Soziothek. Berlin 2004, 91 S. + Anhang, EUR 23,40 *DZI-D-7111*

Die Arbeit befasst sich mit der Frage, was die Sozialarbeit dazu beitragen kann, damit an Schizophrenie erkrankte Menschen während ihres Klinikaufenthaltes optimal auf die Entlassung vorbereitet werden. Anhand von vier problemzentriert geführten Interviews mit betroffenen Menschen sowie Erkenntnissen aus Literaturstudien werden Schlussfolgerungen zu den zentralen Themenbereichen Arbeit, Beschäftigung, Freizeit sowie Wohnen und soziale

Kontakte gezogen. Abschließend zeigt die Arbeit besondere Herausforderungen für die Sozialarbeit mit Menschen mit psychischer Erkrankung auf. Sie bietet damit eine Diskussionsgrundlage für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die im Gesundheitsbereich tätig sind. Bezugsadresse: Edition Soziothek, Abendstr. 30, CH-3018 Berlin, Tel.: 00 41/31/994 26 94, Fax: 00 41/31/994 26 95
E-Mail: mail@soziothek.ch

Palliativ-Versorgung. Hospizbewegung und palliative Versorgung müssen in Zukunft wirkungsvoller vernetzt werden – das ist die Kernaussage eines Gutachtens zur „Palliativ-Versorgung in Niedersachsen“, das in Hannover vorgestellt wurde. Gemeinsame Auftraggeber der zu diesem Thema bundesweit ersten Studie waren das Sozialministerium von Niedersachsen, die gesetzlichen Krankenkassen sowie die Kassenärztliche Vereinigung in Niedersachsen, erstellt wurde sie von Gutachtern der Medizinischen Hochschule Hannover. *Quelle: Newsletter Forum Sozialstation vom 15. März 2005*

Verweildauer in Krankenhäusern. Im Jahr 2003 wurden in Deutschland insgesamt 17,3 Mio. Behandlungsfälle erfasst, das sind rund 130 000 weniger als im Vorjahr. In den Jahren zuvor war diese Zahl kontinuierlich gestiegen. 2003 standen in 2189 Krankenhäusern knapp 542 000 Betten bereit, also eine Bettendichte von 66 Betten je 10 000 Menschen. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Krankenhäuser um 1,4 % und die Zahl der Betten um 1 % zurück. Am 31.12.2003 waren 1 Mio. Personen in den Krankenhäu-

Stellenanzeige

sern beschäftigt. Umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit entsprach die Beschäftigtenzahl rund 841 000 Vollkräften (+ 0,9 %). Davon arbeiteten 114 000 Personen im ärztlichen Dienst (+ 1,2 %) und im nichtärztlichen Dienst waren es 727 000 Vollkräfte (+ 0,9 %). *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 63/05*

► Jugend und Familie

Fakten zur Jugendarbeitslosigkeit. Etwa 635 000 Jugendliche unter 25 Jahren sind in Deutschland derzeit arbeitslos. Darunter sind 218 000 junge Menschen, die jetzt durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen wurden. Mit 12,7 % liegt die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor unter der Arbeitslosigkeit insgesamt (13,5 %). Genauer betrachtet zeigt sich: 42 % der arbeitslosen jungen Menschen hatten im Jahr 2003 keine abgeschlossene Berufsausbildung und damit besondere Schwierigkeiten in einem Arbeitsmarkt, in dem Fachleute gefragt sind. Jeder vierte arbeitslose Jugendliche ist seit mehr als sechs Monaten ohne Beschäftigung und gilt damit als langzeitarbeitslos. Jeder zehnte Schulabgänger beziehungsweise jede zehnte Schulabgängerin verlassen die Schule ohne Abschluss, ein Viertel der Jugendlichen bricht eine Berufsausbildung vorzeitig ab. Neben schlechtem Bildungsstand führen auch soziale und persönliche Probleme oder unzureichende Deutschkenntnisse zu längerfristiger Arbeitslosigkeit. *Quelle: Mitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom Februar 2005*

Potenziale erschließen – Familienatlas 2005. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2005, 32 S., kostenfrei *DZI-D-7113* Familienfreundlichkeit ist ein Standortfaktor der Zukunft. Das ist das Ergebnis des Familienatlas 2005. Er liefert erstmals eine Bestandsaufnahme der Familienfreundlichkeit in Deutschland und zeigt auf, wie die Regionen ihren Standort familienpolitisch und wachstumsorientiert stärken können. Zudem liefert er weitere Impulse für die „Allianz für die Familie“, die die Bundesfamilienministerin, unterstützt von Kirchen und Familienverbänden, mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft gegründet hat. Bezug: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 88/80 80 800, Fax: 018 88/10 80 80 800 E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Reform des Berufsbildungsgesetzes. Die Reform verbessert die Perspektiven von Jugendlichen für ihre berufliche Ausbildung und die Bedingungen für eine Zusammenarbeit aller Partner in der dualen Ausbildung. Die Chancen für Betriebe und Auszubildende sollen deutlich und nachhaltig erhöht und der Weg für schulische Berufsausbildungen durch die Abschlussprüfungen der Kammern soll erleichtert werden. Ferner wird das Prüfungswesen neu geordnet. Ausbildungsabschnitte im Ausland sind vorgesehen und es werden neue Formen der Kooperation von Schule und Betrieb möglich. Dadurch werden Schülerinnen und Schüler schon früh an die Wirtschaft herangeführt und die Betriebe lernen ihre zukünftigen Auszubildenden kennen. *Quelle: IJAB Informationen 1.2005*

► Ausbildung und Beruf

Theorie und Praxis enger verzahnen. Eigene Weiterbil-

dungsangebote in Zusammenarbeit mit Hochschulen des Ballungsgebietes Rhein-Ruhr plant eine neu gegründete „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Sozialarbeit im Revier“. Darüber hinaus sollen Theorie und Praxis enger verzahnt werden, indem Erfahrungsaustausch zwischen Verbänden, Praktikerinnen und Praktikern der Sozialarbeit sowie Lehrenden ermöglicht werden soll. Direkte politische Kontakte ist zudem eines der Ziele der Gesellschaft. In der aktuellen Situation des akademischen Umbruchs an den Fachhochschulen sieht sich die Gesellschaft insbesondere gefordert. Weitere Informationen: Gesellschaft der Freunde und Förderer der Sozialarbeit im Revier, c/o Fachhochschule Dortmund, Fachbereich Soziales, Emil-Figge-Str. 44, 44047 Dortmund, E-Mail: carl-joachim.heinrich@gmx.de. *Quelle: AWO Magazin 2.2005*

Empfehlungen des Berufsverbandes Hauswirtschaft zur Dienstleistungskonzeption Hauswirtschaft in Einrichtungen der stationären Altenhilfe. Hrsg. Berufsverband Hauswirtschaft. Selbstverlag. Weinstadt 2004, 36 S., EUR 14,- *DZI-D-6996*

Mit dieser Veröffentlichung fordert der Berufsverband Hauswirtschaft eine angemessene hauswirtschaftliche Versorgung und Betreuung als Kerngeschäft in Altenpflegeeinrichtungen – gerade in Zeiten leerer Kassen und begrenzter personeller Kapazitäten. In 15 Empfehlungen beziehungsweise Leitsätzen werden die Anforderungen formuliert, die nach heutigem Stand der Wissenschaft und Praxis an den hauswirtschaftlichen Dienstleistungsbereich in der stationären Altenhilfe zu stellen sind. Sie sind Grundlage für Einrichtungsträger und hauswirtschaftliche Führungskräfte, um eine einrichtungsbezogene Leistungskonzeption zu entwickeln beziehungsweise eine bereits bestehende Leistungskonzeption zu überprüfen. Kernpunkt der Empfehlungen ist, dass hauswirtschaftliche Dienstleistungen Bestandteil der Alltagsgestaltung in Pflegeeinrichtungen sind und eine unmittelbare Wirkung auf die Zufriedenheit und das Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner haben. Bestellanschrift: Berufsverband Hauswirtschaft e.V., Waiblinger Str. 11/3, 71384 Weinstadt, Tel.: 071 51/427 70, Fax: 071 51/476 25 E-Mail: info@Berufsverband-Hauswirtschaft.de

Gute Chancen mit Master und Bachelor. Jedes zehnte deutsche Unternehmen beschäftigt mittlerweile Bachelor- oder Masterabsolventen einer hiesigen Hochschule. Selbst drei Viertel der Betriebe, in denen niemand einen dieser Abschlüsse vorweisen kann, würden Bewerbende mit einem solchen Hochschulabschluss einstellen. Dieses Ergebnis einer Umfrage des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft dürfte vor allem Studierende überraschen, die immer noch bezweifeln, dass sie mit dem kürzeren und praxisorientierten Studium bei den Personalchefs ankommen. In über 70 % der Firmen, die Bachelormitarbeitende beschäftigen, haben diese die gleichen Optionen auf eine Führungsposition wie Kolleginnen und Kollegen mit Diplom und Magister. Allerdings müssen sie sich zuvor länger im Unternehmen bewähren. *Quelle: praxis aktuell der AOK 1.2005*

Studienkredit. Studierende können ab dem Wintersemester 2005 zur Finanzierung ihres Studiums einen Kredit von der Förderbank KfW bekommen. Er ist unabhängig vom Einkommen oder Vermögen der Eltern und kann mit anderen

2.-3.6.2005 Berlin. Paritätischer Pflegekongress 2005: Gegen Stillstand in der Pflegepolitik. Anmeldung: Paritätische Akademie, Tucholskystr. 11, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 04 95-100, Fax: 030/28 04 95-29
E-Mail: paritaetische@akademie.org

22.-24.6.2005 Berlin. Veranstaltung: Verändertes Kinder- und Jugendhilferecht und seine Auswirkungen auf die Praxis. Die Umsetzung aktueller Gesetzesänderungen im SGB VIII. Anmeldung: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., AG Fachtagungen Jugendhilfe, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, Fax: 030/39 00 11 46
E-Mail: agfj@vfk.de

23.-24.6.2005 Darmstadt. Symposium: Zukunft des Managements. Forschungsergebnisse aus dem Management. Information: Ev. Fachhochschule Darmstadt, FB Aufbau- und Kontaktstudium, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, Tel.: 061 51/87 98-18, E-Mail: voelker@efh-darmstadt.de

27.-28.6.2005 Bad Boll. Tagung: Straffälligenhilfe in Zeiten knapper Kassen. Fundraising, Haftvermeidung und weitere Chancen. Information: Ev. Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 071 64/79-0, Fax: 071 64/79 440, E-Mail: gabriele.barnhill@ev-akademie-boll.de

30.6.-2.7.2005 München. 6. Interdisziplinärer Kongress für Suchtmedizin: Sucht! Information: mic-management information center GmbH, 86895 Landsberg, Tel.: 081 91/125-433, Fax: 081 91/125-404, E-Mail: info@m-i-c.de

5.-6.9.2005 Frankfurt am Main. Seminar: Kinder gezielt beobachten. Systematische, strukturierte und dokumentierte Beobachtung in der Kita. Information: Paritätisches Bildungswerk, Bundesverband e.V., Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67 06-272, Fax: 069/67 06-203, E-Mail: fobi@paritaet.org

11.-14.9.2005 Berlin. X. ISPCAN Europäische Regionalkonferenz über Kindesmisshandlung und -vernachlässigung: Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis: Folgen für die tägliche Arbeit im Kinderschutz. Information: DGG-KV e.V., Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/ 27 49 64 63, Fax: 030/27 49 64 62, E-Mail: euroconf2005@dggkv.de

12.-13.9.2005 Bonn. Symposium: Bildung als Motor des Sozialstaats. Information: Institut für interdisziplinäre und angewandte Diakoniewissenschaft an der Universität Bonn, Fliegerstr. 2, 45481 Mülheim an der Ruhr, Tel.: 02 08/48 43-111, Fax: 02 08/48 43-105
E-Mail: k.hildemann@uni-bonn.de

staatlichen Hilfen kombiniert werden. Die Studienkredite gibt es bundesweit mit einer maximalen Höhe von 650 Euro pro Monat. Das Programm soll es Studierenden aller Fächer ermöglichen, schnell und effizient zu studieren. Nach dem Studienende müssen die Jungakademikerinnen und -akademiker den Kredit einkommensabhängig zurückzahlen. *Quelle: VER.DI Publik 3.2005*

2.01 Staat/Gesellschaft

Dreyer, Malu: Vom Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft: Erkenntnisse eines Bürgergutachtens in Rheinland-Pfalz. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 152, 2005, Nr. 1, S. 5-7.*DZI-0228*

Händel, Hans-Ulrich: Von nichts kommt nichts: Ehrenamt fördern. - In: Altenheim; Jg. 43, 2004, Nr. 12, S.14-16.*DZI-1449*

Häusler, Michael: Eine Zeitschrift geht mit 160 in den Ruhestand: Fliegende Blätter – Innere Mission – Diakonie Impulse. - In: Diakonie Impulse ; Jg. 30, 2004, Nr. 6, S. 20-25.*DZI-0023z*

Lütke, Anne: Gleichwertige Lebensverhältnisse im föderalen Staat – ein Verfassungsauftrag? - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 84, 2004, Nr. 12, S. 399-402.*DZI-0044*

Mingers, Susanne: Wissen managen in Wirtschaftsunternehmen. - In: Gruppendynamik und Organisationsberatung ; Jg. 35, 2004, Nr. 4, S. 405-415.*DZI-2228z*

Ostermann, Rüdiger: Assessment sichtbar machen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 57, 2004, Nr. 11, S. 782-784.*DZI-0528z*

Waschek, Gernot: Projektmanagement, Qualitätsmanagement, Zertifizierung. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 15, 2005, Nr. 1, S. 22-24.*DZI-2991z*

2.02 Sozialpolitik

Bramesfeld, Anke: Der Einfluss der Ausführungspraxis des Bundessozialhilfegesetzes auf die Deinstitutionalisierung psychisch Kranker. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 31, 2004, Nr. 8, S. 387-394.*DZI-2574*

Elsen, Susanne: „Sozialarbeit muss sich neu definieren“: Interview mit Susanne Elsen über Sozialpolitik in der Gemeinde. - In: impact ; Jg. 5, 2004, Nr. 12, S. 28-29.*DZI-3041*

Fäh, Barbara: Klinische Sozialarbeit und die Chance zur Professionalisierung: Eine Tagung der Fachhochschulen Brugg und Basel. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 37, 2005, Nr. 1, S. 7-9.*DZI-2220z*

Grieshaber, Uschi: Vom Pizza-Service lernen: Szenarien für die Zukunft der Pflege. - In: Forum Sozialstation ; Jg. 28, 2004, Nr. 131, S. 16-18.*DZI-2674*

Händeler, Erik: Wann endlich wird Gesundheit Wachstumsmotor der Wirtschaft? - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 66, 2004, Nr. 12, S. 775-778.*DZI-0021z*

Kühl, Stefan: Moden in der Entwicklungszusammenarbeit: Capacity Building und Capacity Development als neue Leitbilder von Entwicklungshilfeorganisationen. - In: Soziale Welt ; Jg. 55, 2004, Nr. 3, S. 231-262.*DZI-0169*

Motel-Klingebiel, Andreas: Unterstützung zwischen Familie und Wohlfahrtsstaat: eine europäisch vergleichende Perspektive. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 152, 2005, Nr. 1, S. 25-29.*DZI-0228*

Patzen, Martin: Wie viel Ökonomie trägt das Soziale? Strategien eigenständiger Selbstbehauptung. - In: Bayerische Sozialnachrichten ; 2004, Nr. 6, S. 5-7.*DZI-0155z*

Salm, Martin: Kirche hilft bedingungslos. - In: neue caritas ; Jg. 106, 2005, Nr. 1, S. 27-28.*DZI-0015z*

Wiesner, Reinhard: Förderalismuskommission gescheitert: Kinder- und Jugendhilfegesetz bleibt Bundesgesetz. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 7, 2004, Nr. 3, S. 1.*DZI-3022*

Wonnemann, Ralph: Viele Heimleitungen sehen Handlungsbedarf: Restrukturierung. - In: Altenheim ; Jg. 43, 2004, Nr. 12, S. 36-39.*DZI-1449*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Enggruber, Ruth: Kritische Notizen zum „Neuen Fachkonzept für die Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen“ der Bundesagentur für Arbeit. - In: Jugend, Beruf, Gesellschaft ; Jg. 55, 2004, Nr. 4, S. 210-216.*DZI-0231*

Hanschitz, Rudolf-Christian: Innerbetriebliche Dokumentation – was ist das? - In: Gruppendynamik und Organisationsberatung ; Jg. 35, 2004, Nr. 4, S. 387-404.*DZI-2228z*

Hermann, Stella: Rückengerechter Patiententransfer: innerbetriebliche Prävention. - In: Forum Sozialstation ; Jg. 28, 2004, Nr. 131, S. 40-43.*DZI-2674*

Höpner, Martin: Was bewegt die Führungskräfte? Von der Agency-Theorie zur Soziologie des Managements. - In: Soziale Welt ; Jg. 55, 2004, Nr. 3, S. 263-282.*DZI-0169*

Lange, Wilfried: Einfach – schnell – aussagekräftig: System zur Personalbedarfsmessung. - In: Altenheim ; Jg. 43, 2004, Nr. 12, S. 40-42.*DZI-1449*

Messinger, Lori: Comprehensive Community Initiatives: a rural perspective. - In: Social Work ; Jg. 49, 2004, Nr. 4, S. 535-546.*DZI-1220*

Opaschowski, Horst W.: Soziale Netze und soziale Konvois: Was die Menschen im 21. Jahrhundert zusammenhält. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 152, 2005, Nr. 1, S. 8-10.*DZI-0228*

Schier, Friedel: Qualifizierungsbausteine: neue Bildungswege – neue Lernorte. - In: Jugend, Beruf, Gesellschaft ; Jg. 55, 2004, Nr. 4, S. 238-244.*DZI-0231*

Spatz, Manfred: Tipps für den Einstieg in die selbstständige Pflege. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 57, 2004, Nr. 11, S. 801-804.*DZI-0528z*

Strunk, Andreas: Projekte zielorientiert steuern. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 15, 2005, Nr. 1, S. 18-21.*DZI-2991z*

Weber, Robert: Arbeitsassistent nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch. - In: Behindertenrecht ; Jg. 43, 2004, Nr. 7, S. 193-196.*DZI-1680*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Cherdron, Eberhard: Wie kommt Licht in den Blätterwald? Diakonie und Öffentlichkeit. - In: Diakonie Impulse ; Jg. 30, 2004, Nr. 6, S. 10-12.*DZI-0023z*

Christa, Harald: Servicequalität in der Arbeitsvermittlung: Ergebnisse der Kundenbefragung im Modellprojekt „JOB-Chancen“ für langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 84, 2004, Nr. 12, S. 414-418.*DZI-0044*

Cremer, Georg: Verhältnis der Wohlfahrtsverbände zum Staat: Spielregeln in Zeiten leerer Staatskassen. - In: Bayerische Sozialnachrichten ; 2004, Nr. 6, S. 8-10.*DZI-0155z*

Gattermann-Kasper, Maike: Wandel im Hochschulsystem: Auswirkungen für Studienbewerber/innen und Studierende mit Behinderung (Stand: 20. Oktober 2004). - In: Horus ; Jg. 66, 2004, Nr. 6, S. 244-250.*DZI-0899*

Geister, Gert: Der Psychologisch-Therapeutische Dienst (PTD) im Heilpädagogium Schillerhain: ein Plädoyer für integrierte Fachdienste in Jugendhilfeeinrichtungen. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 81, 2004, Nr. 5, S. 337-341.*DZI-2961z*

Gerlof, Andreas: Oasen im Schulalltag: Eine Schulstation des Johannestifts in Berlin hilft bei Konflikten. - In: Diakonie Report ; Jg. 57, 2004, Nr. 6, S. 12-13.*DZI-0039*

Hewer, Walter: Umfrage zur Qualität der internistischen Versorgung in psychiatrischen Fachkrankenhäusern. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 31, 2004, Nr. 8, S. 404-408.*DZI-2574*

Hildebrandt, Helmut: Trendprognose Integrierte Versorgung: steigender Wettbewerb, aber auch Chancen für große und kleine Kliniken. - In: Krankendienst ; Jg. 77, 2004, Nr. 11, S. 355-362.*DZI-0334*

Kallert, Thomas W.: Akutpsychiatrische tagesklinische Behandlung: ein effektivitätsgesichertes Versorgungsangebot? - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 31, 2004, Nr. 8, S. 409-419.*DZI-2574*

Kessmann, Heinz-Josef: Die Caritas als Lotse: In der Integrierten Versorgung kann die Caritas federführend Netz-

werke gestalten. - In: Krankendienst ; Jg. 77, 2004, Nr. 11, S. 367-371.

DZI-0334

Mensching, Anja: Den Blick zurück nach vorn – Plädoyer für eine verstehende Polizeiforschung. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 16, 2004, Nr. 4, S. 125-127.*DZI-2990*

Schilling, Jan: Können Organisationen nicht lernen? Facetten organisationaler Lernkulturen. - In: Gruppendynamik und Organisationsberatung ; Jg. 35, 2004, Nr. 4, S. 366-385.*DZI-2228*

Schwarte, Stephan: Vom Gesetz zur Praxis: Wie sich katholische Krankenhäuser in die Integrierte Versorgung einbringen können. - In: Krankendienst ; Jg. 77, 2004, Nr. 11, S. 363-366.

DZI-0334

Storjohann, Roland: Der psychologische Dienst. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 81, 2004, Nr. 5, S. 330-336.

DZI-2961z

Walther, Guy: Betreuungsbehörde und Verfahrnspflegschaften. - In: Betreuungsrechtliche Praxis ; Jg. 13, 2004, Nr. 6, S. 225-227.*DZI-3018*

4.00 Sozialberufe/ Soziale Tätigkeit

Feuerlein, Wilhelm: Gespräch mit Wilhelm Feuerlein. - In: Sucht ; Jg. 50, 2004, Nr. 6, S. 385-389.*DZI-0964z*

John, Jana: Zwei Programme im Vergleich: Sekundärprävention von Rückenschmerzen im Pflegeberuf. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 57, 2004, Nr. 11, S. 776-779.*DZI-0528z*

Richter, Eva: Umschülern weht der Wind ins Gesicht: Altenpflegeausbildung: volle Förderung wird gekippt. - In: Forum Sozialstation ; Jg. 28, 2004, Nr. 131, S. 32-33.*DZI-2674*

Riegel, Ralf: Bewertung der richterlichen Arbeitszeit. - In: Betreuungsrechtliche Praxis ; Jg. 13, 2004, Nr. 6, S. 214-216.*DZI-3018*

Wagner, Antonin: Non-Profit-Management im Spannungsfeld der Globalisierung: Ansätze zu einer kritischen Epistemologie für handlungsorientierte Berufe. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 1, S. 8-15.*DZI-0470*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Bingler, Klaus: Kein Anlass zu Furcht und Panik: Fakten und Mythen zur „demografischen Katastrophe“. - In: Deutsche Rentenversicherung ; Jg. 59, 2004, Nr. 11/12, S. 725-749.*DZI-1453*

Hoffmann, Birgit: Forschung mit und an betreuten Menschen. - In: Betreuungsrechtliche Praxis ; Jg. 13, 2004, Nr. 6, S. 216-220.*DZI-3018*

Vogd, Werner: Entscheidungen und Karrieren: Organisationssoziologische Betrachtungen zu den Geschehnissen einer psychosomatischen Abteilung. -

In: Soziale Welt ; Jg. 55, 2004, Nr. 3, S. 283-306.*DZI-0169*

Zander, Margherita: Generationen im demografischen Wandel: Konsequenzen für die Soziale Arbeit und für soziale Dienstleister. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 152, 2005, Nr. 1, S. 13-15.

DZI-0228

5.02 Medizin/Psychiatrie

Bork, Stephan: Psychiatrische Begutachtung bei problematischem Spielverhalten. - In: Sucht ; Jg. 50, 2004, Nr. 6, S. 368-373.*DZI-0964z*

Ehrhard, Ingrid: Public Health Management bei invasiven Meningokokkenkrankungen. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 66, 2004, Nr. 12, S. 790-795.

DZI-0021z

Weber, Martina: Der Wille des Patienten sollte immer respektiert werden: Sterbehilfe, Behandlungsabbruch, Patientenverfügung – das Recht der Patienten auf ein würdiges Sterben. - In: Pflege aktuell ; Jg. 58, 2004, Nr. 12, S. 656-661.*DZI-1010z*

Wong, Daniel Fu Keung: The impacts of acculturative stress and social competence on the mental health of mainland chinese immigrant youth in Hong Kong. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 34, 2004, Nr. 7, S. 1009-1024.

DZI-2406

5.03 Psychologie

Ballerstorfer, Lydia: Mit Kopf, Herz und Hand: Emotionen haben Platz im Kindergartenalltag. - In: Unsere Kinder ; Jg. 60, 2005, Nr. 1, S. 11-14.*DZI-2181*

Bauch, Michael J.: Teamarbeit nicht der Raucherke überlassen: Richtig informieren – aber wie? - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 57, 2004, Nr. 11, S. 792-794.

DZI-0528z

Fischer, Susanne: Der Sterbeort: „Wo sterben die Menschen heute in der Schweiz?“ - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 37, 2004, Nr. 6, S. 467-474.*DZI-2309z*

Kerkow-Weil, Rosemarie: Rituale pflegen: Bedeutung kultureller Bedürfnisse in Sterbeprozessen. - In: Nightingale ; Jg. 3, 2004, Nr. 4, S. 9-16.*DZI-3033*

Lüttke, Hans B.: Experimente unter dem Miligram-Paradigma. - In: Gruppendynamik und Organisationsberatung ; Jg. 35, 2004, Nr. 4, S. 431-464.

DZI-2228z

Mußhake, Arnold: Laut für Laut die eigene Kraft entdecken. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 57, 2004, Nr. 11, S. 808-810.

DZI-0528z

Wettig, Herbert H. G.: Evaluation der Wirkung von Theraplay: am Beispiel der sozialen Interaktionsstörungen von Klein- und Vorschulkindern. - In: Heilpädagogische Forschung ; Jg. 30, 2004, Nr. 3, S. 133-147.*DZI-1904*

5.04 Erziehungswissenschaft

Ellinger, Stephan: Häusliches Vorleseverhalten und Schulerfolg in der Grundschule. - In: Heilpädagogische Forschung ; Jg. 30, 2004, Nr. 3, S. 125-132.

DZI-1904

Fthenakis, Wassilios E.: „Wir brauchen eine Ausbildungsreform“. Über Qualität und Praxisnähe der Ausbildung. - In: Unsere Kinder ; Jg. 60, 2005, Nr. 1, S. 30-31.*DZI-2181*

Gosch, Angela: Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen mit Williams-Beuren-Syndrom (WBS). - In: Heilpädagogische Forschung ; Jg. 30, 2004, Nr. 3, S. 148-158.*DZI-1904*

Jagusch, Britta: Die letzte Chance: Hilfe für Schulverweigerer – Berufsvorbereitungsjahr mit Unterstützung. - In: Diakonie Report ; Jg. 57, 2004, Nr. 6, S. 24-25.*DZI-0039*

Raack, Wolfgang: Die neue Dimension des Schulschwänzer-Problems: Pflicht zur Integration? - In: Das Jugendamt ; Jg. 77, 2004, Nr. 12, S. 569-571.

DZI-0110z

Spirig, Jolanda: Sozialpädagogik stellt stellvertretende Lebensräume her: Forschungsarbeit formuliert neue, professionelle Begriffe für die Basisarbeit im Heimbereich. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 37, 2005, Nr. 1, S. 17-19.*DZI-2220z*

5.05 Soziologie

Angermeyer, Matthias C.: Sozialpsychiatrie ohne Soziologie? Ergebnisse einer Zeitschriftenanalyse. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 31, 2004, Nr. 8, S. 421-424.*DZI-2574*

Matt, Eduard: Resozialisierung in der Lebenslaufperspektive. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 16, 2004, Nr. 4, S. 140-143.*DZI-2990*

Pineiro, Esteban: Chancen und Risiken ethnischer Segregation: Vorankündigung der Tagung im Frühsommer 2005. - In: impact ; Jg. 5, 2004, Nr. 12, S. 20-23.*DZI-3041*

5.06 Recht

Beske, Fritz: Mitverantwortung der Politik für hohe Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 84, 2004, Nr. 11, S. 440-443.*DZI-0199*

Fasselt, Ursula: Europarecht und Sozialhilfe: eine aktuelle Bestandsaufnahme. - In: ZFSH/SGB ; Jg. 43, 2004, Nr. 11, S. 655-677.*DZI-1450z*

Feldes, Werner: Kündigungsprävention und betriebliches Eingliederungsmanagement im novellierten SGB IX. - In: Behindertenrecht ; Jg. 43, 2004, Nr. 7, S. 187-193.*DZI-1680*

Hagen, Björn: Das HARTZ IV-Gesetz und seine Auswirkungen auf die Jugendhilfe. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 81, 2004, Nr. 5, S. 360-367.*DZI-2961z*

Richter, Ronald: Höhere Eigenbeteiligung für Sozialhilfeberechtigte: das neue SGB XII. - In: *Altenheim* ; Jg. 43, 2004, Nr. 12, S. 32-35. *DZI-1449*

Sievertsen, Rolf: Welche Auswirkungen hat das Arbeitslosengeld II auf die Praxis der Beistände? - In: *Das Jugendamt* ; Jg. 77, 2004, Nr. 11, S. 522-523. *DZI-0110z*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Gerber-Eggimann, Katharina: Von den Problemen ganz zu schweigen... oder nicht? Lösungsorientiertes Arbeiten in der Sozialen Arbeit. - In: *Sozial Aktuell* ; Jg. 37, 2005, Nr. 1, S. 2-6. *DZI-2220z*

Lanquillon, Wolfgang: „Suchet der Stadt Bestes“: Der demografische Wandel fordert die Soziale Arbeit heraus. - In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* ; Jg. 152, 2005, Nr. 1, S. 16-18. *DZI-0228*

Ungar, Michael: A study of community guides: lessons for professionals practicing with and in communities. - In: *Social Work* ; Jg. 49, 2004, Nr. 4, S. 550-561. *DZI-1220*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Bottler, Annette: Karussell der Klagen: deutsche Schulen in der Misere – deutsche Schüler mit Problemen. - In: *Diakonie Report* ; Jg. 57, 2004, Nr. 6, S. 5-7. *DZI-0039*

Buchanan, Julian: Missing links? Problem drug use and social exclusion. - In: *Probation Journal* ; Jg. 51, 2004, Nr. 4, S. 387-397. *DZI-0049*

Fritsche, Daniela: „Pflege in Not“ berät auch Pflegende: Das Berliner Krisentelefon für professionell Pflegende, Angehörige und Gepflegte. - In: *Pflege aktuell* ; Jg. 58, 2004, Nr. 12, S. 652-654. *DZI-1010z*

Sowinski, Christine: Sturzprophylaxe: Risiko erkennen und benennen: Experten legen Entwurf für neuen Standard vor. - In: *Forum Sozialstation* ; Jg. 28, 2004, Nr. 131, S. 44-46. *DZI-2674*

Stadtland, Cornelis: Langzeitverläufe von Sexualstraftätern. - In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* ; Jg. 87, 2004, Nr. 5, S. 393-400. *DZI-0676*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Becker, W.: PEG-Sonden in der stationären Altenpflege in Bremen. - In: *Das Gesundheitswesen* ; Jg. 66, 2004, Nr. 12, S. 806-811. *DZI-0021z*

McCabe, Karla: Richtung eingeschlagen: Strategien des Pflegemanagements zu den Auswirkungen der DRGs auf die Altenpflege. - In: *Nightingale* ; Jg. 3, 2004, Nr. 4, S. 4-8. *DZI-3033*

Noack, Winfried: Anthropologische Grundlagen der sozialpädagogischen Seniorenarbeit. - In: *Soziale Arbeit* ; Jg. 54, 2005, Nr. 1, S. 16-23. *DZI-0470*

Parker, Howard: The new drugs interventions industry: What outcomes can drugs/criminal justice treatment programmes realistically deliver? - In: *Probation Journal* ; Jg. 51, 2004, Nr. 4, S. 379-386. *DZI-0049*

Richter, Eva: Nichts im Alleingang entscheiden: Was tun, wenn kranke und sterbende Menschen die Nahrung verweigern. - In: *Forum Sozialstation* ; Jg. 28, 2004, Nr. 131, S. 26-27. *DZI-2674*

Vogelsang, Siegfried: „Neue Förderstrukturen“ und Neues Fachkonzept: Kritische Würdigung des Versuchs einer Reform der Berufsvorbereitung der BA. - In: *Jugend, Beruf, Gesellschaft* ; Jg. 55, 2004, Nr. 4, S. 245-249. *DZI-0231*

6.04 Jugendhilfe

Dedekind, Marion: Erziehungshilfe fördert Chancen – Bildung statt Benachteiligung. - In: *AFET* ; 2004, Nr. 4, S. 13-14. *DZI-0211*

Fendrich, Sandra: Anstieg der Neufälle bei den Hilfen zur Erziehung. - In: *KOMDAT Jugendhilfe* ; Jg. 7, 2004, Nr. 3, S. 2-3. *DZI-3022*

Gernert, Wolfgang: Jugendschutz in der Moderne: Der aktuelle Kinder- und Jugendschutz als sozialpädagogische Aufgabe. - In: *Soziale Arbeit* ; Jg. 54, 2005, Nr. 1, S. 24-29. *DZI-0470*

Walter, Klaus: Psychologisch-Psychotherapeutischer Fachleistungsdienst im Stephansstift Hannover. - In: *Evangelische Jugendhilfe* ; Jg. 81, 2004, Nr. 5, S. 323-329. *DZI-2961z*

6.05 Gesundheitshilfe

Bernhardt, J. H.: Elektromog, Handys, Solarien usw. – Gesundheitsrisiken durch Strahlung? Gesundheitliche Aspekte nichtionisierter Strahlung. - In: *Bundesgesundheitsblatt* ; Jg. 48, 2005, Nr. 1, S. 63-75. *DZI-1130*

Fabian, Carlo: Gesundheit in der Stadt. - In: *impact* ; Jg. 5, 2004, Nr. 12, S. 24-27. *DZI-3041*

Hollick, Jürgen: Gesundheit auf eigene Gefahr. - In: *Pflege aktuell* ; Jg. 58, 2004, Nr. 12, S. 668-672. *DZI-1010z*

Steingaß, Sylvia: Transparenz in der Pflege – Dekubitus Erfassung auf Landkreisebene als Instrument der Qualitätssicherung. - In: *Das Gesundheitswesen* ; Jg. 66, 2004, Nr. 12, S. 802-805. *DZI-0021z*

Voigt-Radloff, S.: Kontrollierte Studien zur Wirksamkeit von Ergotherapie bei Älteren: Teil I: Fragestellung, Recherche-Strategie und methodische Qualität der Studien. - In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* ; Jg. 37, 2004, Nr. 6, S. 444-449. *DZI-2309z*

6.06 Wirtschaftliche Hilfe

Hanesch, Walter: Sozialhilfeempfänger und Arbeitsmarkt: erste Befunde zur Wirkungsforschung im Landkreis Gießen. - In: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge* ; Jg. 84, 2004, Nr. 12, S. 407-413. *DZI-0044*

Mester, Julia: Hinweise zur Berechnung von Leistungsansprüchen außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII - Teil 1: Hilfe zum Lebensunterhalt. - In: *Zeitschrift für das Fürsorgewesen* ; Jg. 56, 2004, Nr. 11, S. 265-278. *DZI-0167*

7.01 Kinder

Gastager-Repolust, Christina: Vom Zauber der kleinen Dinge: Warum Kinder sammeln und Erwachsene es auch gern tun. - In: *Unsere Kinder* ; Jg. 60, 2005, Nr. 1, S. 26-29. *DZI-2181*

Klein, Margarita: Massagen für Körper und Seele. - In: *Deutsche Hebammenzeitschrift* ; 2005, Nr. 1, S. 51-53. *DZI-0608*

Pfeffer, Simone: Emotionale Kompetenz bei Kindern: Gefühle verstehen und mit ihnen umgehen. - In: *Unsere Kinder* ; Jg. 60, 2005, Nr. 1, S. 2-6. *DZI-2181*

7.02 Jugendliche

Banike, Katrin: Möglichkeiten der Haft- und Untersuchungshaftvermeidung bei jugendlichen und heranwachsenden Straftätern am Beispiel des Kölner Vereins Maßstab e.V. - In: *Neue Kriminalpolitik* ; Jg. 16, 2004, Nr. 4, S. 129-130. *DZI-2990*

Gaag, Rainer: Differenzierte Wege zum Berufsabschluss oder Sackgassen? Qualifizierungsbausteine, Einstiegsqualifizierung und neue Berufe. - In: *Jugend, Beruf, Gesellschaft* ; Jg. 55, 2004, Nr. 4, S. 223-226. *DZI-0231*

Melrose, Margaret: Fractured transitions: disadvantaged young people, drug taking and risk. - In: *Probation Journal* ; Jg. 51, 2004, Nr. 4, S. 327-341. *DZI-0049*

Würfel, Walter: Berufsvorbereitung neu – die Nebel lichten sich: Rahmenbedingungen: die neue Förderstruktur – die neue Arbeitsmarktpolitik. - In: *Jugend, Beruf, Gesellschaft* ; Jg. 55, 2004, Nr. 4, S. 226-232. *DZI-0231*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Hank, Karsten: Wo Mann sich traut – Heiratsentscheidungen westdeutscher Männer im räumlichen Kontext. - In: *Soziale Welt* ; Jg. 55, 2004, Nr. 3, S. 307-316. *DZI-0169*

Matthies, Aila-Leena: Die Wirtschaft braucht Familien – Familien brauchen Dienstleistungen: die Bedeutung sozialer Dienste am Beispiel Finnlands. - In:

Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 152, 2005, Nr. 1, S. 30-32. *DZI-0228*

Sheppard, Michael: An evaluation of social support intervention with depressed mothers in child and family care. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 34, 2004, Nr. 7, S. 939-960. *DZI-2406*

7.05 Ausländer/Aussiedler

Kelek, Necla: Jede 2. Türkin in einer Zwangsehe! - In: Emma ; 2005, Nr. 1, S. 31-37. *DZI-2712*

My Hanh Derungs, Isabelle: Migration und Trauma: Wenn das Leben in der Fremde zu einem Trauma wird... - In: Sozial Aktuell ; Jg. 37, 2005, Nr. 1, S. 13-16. *DZI-2220z*

7.07 Straffällige / Straffentlassene

Dünkel, Frieder: Irren ist (un-)menschlich! 10 Irrtümer einer neo-konservativen Strafvollzugspolitik und ihre Widerlegung – Thesen des Ziethener Kreises. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 16, 2004, Nr. 4, S. 131-133. *DZI-2990*

Graebisch, Christine: „Evidence-Based Crime Prevention“: Anspruch und Praxisbeispiele einer Kriminalpolitik nach medizinischem Modell. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 36, 2004, Nr. 4, S. 266-283. *DZI-2272*

Hagenmaier, Martin: Persönliche Erfahrungen mit Inhaftierten, die als „gefährlich“ galten. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 16, 2004, Nr. 4, S. 135-136. *DZI-2990*

Malloch, Margaret: Missing out: gender, drugs and justice. - In: Probation Journal ; Jg. 51, 2004, Nr. 4, S. 295-308. *DZI-0049*

Müller-Dietz, Heinz: Fünfzig Jahre Institut für Kriminologie der Universität des Saarlandes: ein Nekrolog? - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 87, 2004, Nr. 5, S. 361-370. *DZI-0676*

Walter, Reinhard: Die Vorhersage der Delinquenz im Kindes-, Jugend- und Erwachsenenalter: Ergebnisse einer prospektiven Studie. - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 87, 2004, Nr. 5, S. 333-352. *DZI-0676*

7.08 Weitere Zielgruppen

Fountain, Jane: Drug use amongst black and minority ethnic communities in the European Union and Norway. - In: Probation Journal ; Jg. 51, 2004, Nr. 4, S. 362-378. *DZI-0049*

Mulroy, Elizabeth A.: A user-friendly approach to program evaluation and effective community interventions for families at risk of homelessness. - In: Social Work ; Jg. 49, 2004, Nr. 4, S. 573-586. *DZI-1220*

7.10 Behinderte / kranke Menschen

Dörner, Klaus: Fachliche Grundlagen und strukturelle Anforderungen an Hilfen bei der alltäglichen Lebensführung für erwachsene Menschen mit Behinderung. - In: Gemeinsam leben ; Jg. 12, 2004, Nr. 4, S. 175-179. *DZI-2916z*

Dreesman, Johannes: Räumlich-statistische Analyse von Infektions-Meldedaten in Niedersachsen. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 66, 2004, Nr. 12, S. 783-789. *DZI-0021z*

Ebert, B.: Globale Erwärmung und Ausbreitung von Infektionskrankheiten. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 1, S. 55-62. *DZI-1130*

Geerlings, Dieter: Implikationen der Integrierten Versorgung. Das Ideal von verbesserter Patientenversorgung und Kostenersparnis mit Leben erfüllen. - In: Krankendienst ; Jg. 77, 2004, Nr. 11, S. 345-348. *DZI-0334*

Geweniger, Verena: Eigene Synergien wecken: durch YogaPilates Bewegung neu entdecken. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 57, 2004, Nr. 11, S. 805-807. *DZI-0528z*

Heinhold, Heidi: Mobilisieren heißt trainieren. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 57, 2004, Nr. 11, S. 762-765. *DZI-0528z*

Hinrichs, Günter: Psychische Störungen bei Straftätern: forensisch relevante Krankheitsbilder. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 16, 2004, Nr. 4, S. 137-139. *DZI-2990*

Jones, David W.: Families and serious mental illness: working with loss and ambivalence. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 34, 2004, Nr. 7, S. 961-979. *DZI-2406*

Klie, Thomas: Ausweg aus dem Modulgefängnis: neue Wege für freiberufliche Pflegekräfte. - In: Forum Sozialstation ; Jg. 28, 2004, Nr. 131, S. 20-21. *DZI-2674*

Kuhlmann, Eva: Auswirkungen des § 90 Abs. 2a SGB IX auf das Widerspruchsverfahren im Rahmen des besonderen Kündigungsschutzes schwerbehinderter Menschen beim Integrationsamt. - In: Behindertenrecht ; Jg. 43, 2004, Nr. 7, S. 181-186. *DZI-1680*

Sennekamp, Winfried: Problematischer Suchtmittelkonsum und psychiatrische Rehabilitation. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 31, 2004, Nr. 8, S. 400-403. *DZI-2574*

Steiner, Gusti: Zwischen „garantierter“ Teilhabe und fortschreitendem Sozialabbau. - In: Gemeinsam leben ; Jg. 12, 2004, Nr. 4, S. 166-174. *DZI-2916z*

Witte, Rainer F. V.: Unternehmungslustig am Fuße der Kletterwand – 50 Jahre Deutsche Blinden Hörbücherei. - In: Horus ; Jg. 66, 2004, Nr. 6, S. 250-253. *DZI-0899*

7.11 Abhängige/Süchtige

Brodbeck, Jeannette: Virale Hepatitis und HIV aus der Sicht von Drogenkonsumentinnen. - In: Sucht ; Jg. 50, 2004, Nr. 6, S. 354-360. *DZI-0964z*

Cebulla, Andreas: Research note: returning to normality: substance users' work histories and perceptions of work during and after recovery. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 34, 2004, Nr. 7, S. 1045-1054. *DZI-2406*

Mills, Karen: Reducing drug-related deaths: the responsibility of NOMS? - In: Probation Journal ; Jg. 51, 2004, Nr. 4, S. 407-417. *DZI-0049*

Nienaber, Ursula: Betreuung von chronisch mehrfachbeeinträchtigten Abhängigkeitskranken. - In: Betreuungsrechtliche Praxis ; Jg. 13, 2004, Nr. 6, S. 221-225. *DZI-3018*

Simmann, Lothar: Rauchfreie Zone: über die Verhältnismäßigkeit von Verbots und die Freiheit des Rauchers. - In: Diakonie Report ; Jg. 57, 2004, Nr. 6, S. 28-29. *DZI-0039*

Wartberg, Lutz: Erstkonsumalter von Ecstasy und psychische Befindlichkeit. - In: Sucht ; Jg. 50, 2004, Nr. 6, S. 361-367. *DZI-0964z*

7.13 Alte Menschen

Müller, Sandra Verena: Kognitive Dysfunktionen nach abdominal-chirurgischen Operationen bei älteren Patienten. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 37, 2004, Nr. 6, S. 475-485. *DZI-2309z*

Scharfenorth, Karin: Die Seniorenwirtschaft als Hoffnung des 21. Jahrhunderts: Chancen des demografischen Wandels für die Dienstleistungsgesellschaft. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 152, 2005, Nr. 1, S. 19-24. *DZI-0228*

Stecker, Christina: Förderung des „aktiven Alterns“ in Europa – empirische Bestandsaufnahme und beschäftigungspolitische Strategien in der Europäischen Union. - In: Deutsche Rentenversicherung ; Jg. 59, 2004, Nr. 11/12, S. 750-777. *DZI-1453*

Volkert, Dorothee: „Ernährung ab 65“: Trinkmenge und Trinkmotivation stehen bei selbstständig in Privathaushalten lebenden Senioren in engem Zusammenhang. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 37, 2004, Nr. 6, S. 436-443. *DZI-2309z*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen: Tel.: 030/83 90 01-13, Fax: 030/831 47 50 E-Mail: bibliothek@dzi.de

Interkulturalität in europäischer Perspektive. Jugendliche aus Migrationsfamilien und ihre Integrationschancen. Hrsg. Margrit Frölich und andere. Verlag Brandes & Apsel. Frankfurt am Main 2004, 172 S., EUR 19,90 *DZI-D-6981* Anhand von Beispielen aus unterschiedlichen europäischen Kontexten gibt der Band Einblicke in Phänomene, Trends und Debatten zur Integration von Jugendlichen aus Migrationsfamilien. Er präsentiert Perspektiven von wissenschaftlichen Fachleuten aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Schweden und Polen sowie aus unterschiedlichen Fachdisziplinen, insbesondere aus Erziehungs-, Gesellschafts- und Politikwissenschaft. Die Veröffentlichung möchte Impulse geben, um hiesige Phänomene und Debatten im europäischen Kontext zu spiegeln und erweitert so den Blick auf mögliche Handlungsmodelle zu Fragestellungen über Adoleszenz, Migration und Integration.

Erziehung und Paranoia. Eine erkenntnistheoretische Studie zum Fall Schreber. Von Ulrike Greb. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main, 197 S., EUR 22,- *DZI-D-6919* Dass die Paranoia nicht nur im klinischen Kontext von Interesse ist, sondern auch grundlegende erkenntnistheoretische, anthropologische und pädagogische Fragen aufwirft, zeigt die Autorin am Beispiel Paul Schrebers, eines berühmten psychiatrischen Patienten im 20. Jahrhundert. Sie erörtert die strukturellen Aspekte der Paranoia, indem sie vier klassische Interpretationen des bis heute umstrittenen Falles zu Wort kommen lässt: Sigmund Freud, William G. Niederland, Morton Schatzman und Elias Canetti.

Abschied zu Lebzeiten. Wie Angehörige mit Demenzkranken leben. Von Inga Tönnies. Psychiatrie-Verlag. Bonn 2004, 239 S., EUR 13,90 *DZI-D-6927* Angehörige erzählen in diesem Band, wie sehr die Demenz eines nahen Familienmitglieds ihren Alltag bestimmt und ihre Gedanken bindet, welche Gesichter die Krankheit haben kann und was den Angehörigen abverlangt wird – vor allem psychisch. Mit wachsender Verwirrtheit geht das Einfühlungsvermögen verloren, am Ende haben die Kranken nicht einmal mehr Namen für ihre Nächsten. Dass diese darüber nicht nur Trauer empfinden, sondern auch Wut, Scham, Hilflosigkeit, Schuld sowie Überforderung und Kränkungen erleben, ist nicht erstaunlich. Viele von ihnen berichten über Möglichkeiten, die sie dennoch gefunden haben, um sich in dieser Situation zu entlasten. Es wird deutlich, in welchem hohen Maße Angehörige bereit sind, für ihre erkrankten Mütter, Väter oder Partner beziehungsweise Partnerinnen da zu sein. Wenn die Begleitung eines demenzkranken Angehörigen unter einigermaßen positiven Bedingungen stattfindet, kann sie auch eine bereichernde Erfahrung sein.

Inklusion und Exklusion in der Sozialen Arbeit. Hrsg. Roland Merten und Albert Scherr. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2004, 192 S., EUR 24,90 *DZI-D-6936*

Die Diskussion um eine gesellschaftstheoretische Erfassung Sozialer Arbeit wird seit einiger Zeit auch systemtheoretisch geführt. Dieser Band spitzt diese Debatte auf die Frage zu, ob Soziale Arbeit über Inklusion/Exklusion oder über Integration/Desintegration angemessen bestimmt werden kann. Während die Systemtheorie einen allgemeinen Erklärungsanspruch erhebt, der über die grundlegende Unterscheidung von Inklusion/Exklusion entfaltet wird, findet sie sich in Verlegenheit, wenn sie zu Fragen sozialer Ungleichheit Stellung beziehen soll. Obgleich Luhmann in seinen letzten Schriften diesbezüglich einschlägige Anstrengungen unternommen hat, ist der Zusammenhang von Systemtheorie und Ungleichheitstheorie unzureichend bestimmt. Die Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes versuchen hier, zu einer weiteren Klärung beizutragen.

Soziale Arbeit im Krankenhaus. Von Harald Ansen und anderen. Ernst Reinhardt Verlag. München 2004, 149 S., EUR 14,90 *DZI-D-6972* Bei Krankheiten, die komplikationsreich verlaufen und mit sozialen Veränderungen verbunden sind, brauchen Patientinnen und Patienten eine gezielte soziale Betreuung. Dieses Buch führt grundlegend in das Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit im Krankenhaus ein. Es werden die institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen und die Besonderheiten der Beratungssituation im Rahmen der Akutbehandlung erläutert. Vorgestellt werden methodische Grundlagen, Qualitäts- und Handlungskonzepte sowie Instrumente der Leistungsdokumentation. Der Band geht auch auf die neuen Versorgungsmodelle des Gesundheitswesens wie Integrierte Versorgung und Disease-Management ein. Die Ausführungen sind für Studierende, Berufseinsteigende sowie für Mitarbeitende der Krankenhaus- und Leistungsträger gedacht.

Die Freie Wohlfahrtspflege. Ihre Entwicklung zwischen Auftrag und Markt. Hrsg. Klaus D. Hildemann. Evangelische Verlagsanstalt. Leipzig 2004, 231 S., EUR 19,80 *DZI-D-6973*

Veränderte sozialstaatliche Rahmenbedingungen in Deutschland und eine künftige europäische Sozialpolitik machen eine Fokussierung auf die Identität und die ureigenen ethischen Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege notwendig. Wird für sie der Markt der alleinige, ihr Handeln bestimmende Faktor werden? Oder gibt es jenseits des Zwangs zu ökonomischer Effektivität noch eine eigene Identität der Wohlfahrtspflege in ihren unterschiedlichen weltanschaulichen Ausprägungen? Diese Veröffentlichung entwickelt Perspektiven für die künftige Entwicklung der Freien Wohlfahrtspflege. Dabei werden Überlegungen zu ihrer Rolle im Sozialmarkt und in der Europäischen Union ergänzt durch Fragen der Struktur- und Organisationsentwicklung angestellt. Spezifische Arbeitsfelder, insbesondere Jugendhilfe und Migration, werden behandelt und ethische Überlegungen zu Selbstbestimmung, Solidarität und Qualität Sozialer Arbeit vorgestellt, die der Wohlfahrtspflege ihr besonderes Profil verleihen.

Professionelles Handeln zwischen Hilfe und Kontrolle. Sozialpädagogische Entscheidungsfindung in der Hilfeplanung. Von Ulrike Urban. Juventa Verlag. Weinheim 2004, 223 S., EUR 19,50 *DZI-D-6974*

Die Autorin widmet sich dem professionellen Handeln am

Beispiel der individuellen Hilfeplanung im Jugendamt. Ausgehend von einer kritischen Analyse der aktuellen Fachdebatte wird in einer empirischen Studie dargestellt, wie sozialpädagogische Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes die Widersprüchlichkeit ihres Handlungsfeldes im Alltag bewältigen. Entscheidend für die Deutung der Alltagssituation und für die Entwicklung entsprechender Handlungsstrategien ist das berufliche Selbstkonzept. Anhand von Interviews mit Fachkräften des Jugendamts wird die individuelle Interpretation der Beziehung zwischen Helfenden und Klientel, die Gestaltung der Entscheidungsfindung und der Umgang mit der Gleichzeitigkeit von Hilfe- und Kontrollfunktionen dargestellt und das berufliche Selbstkonzept analysiert. Das Buch zeigt, dass der Umgang mit Widersprüchen in der Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit professionalisiert werden muss.

Sozialpolitik anders denken. Das Verursacherprinzip – von der umweltpolitischen zur sozialpolitischen Anwendung. Von Esteban Piñeiro und Isidor Wallimann. Haupt Verlag. Bern 2004, 147 S., EUR 32,- *DZI-D-6978*
Soziale Probleme sind nicht Naturereignisse, sie werden von Menschen verursacht – wie die Verschmutzung der natürlichen Umwelt. Bei sozialen Problemen ist also auch zu fragen: *Wer* hat der Gesellschaft und ihren Mitgliedern Schaden zugefügt? *Wer* ist dafür verantwortlich? *Wie* kann der Schaden wieder repariert werden? *Wie* können wir solche Probleme künftig verhindern? Mit dem Verursacherprinzip wurden bereits in der Umweltpolitik gute Erfahrungen gemacht. Die Autoren demonstrieren, dass es auch in der Sozialpolitik erfolgreich angewandt werden könnte. Sie zeigen, was unter dem Verursacherprinzip zu verstehen ist, wie es in der Umweltpolitik eingesetzt wird und vor allem, wie es von der Umwelt- in die Sozialpolitik übertragen werden kann – damit von falsch verstandener Solidarität Abstand genommen, die Allgemeinheit entlastet und der Wohlfahrtsstaat nicht abgebaut werden muss, sondern verbessert werden kann.

Solidarität in Gefahr? Pflegebereitschaft und Pflegebedarfenentwicklung im demografischen und sozialen Wandel. Von Baldo Blinkert und Thomas Klie. Verlag Vincentz Network. Hannover 2004, 336 S., EUR 22,80 *DZI-D-6984*
Wir wird Pflegebedürftigkeit in Zukunft zu bewältigen sein? Diese Studie zeigt in eindrucksvollen Zahlen, entsprechenden Hochrechnungen und Szenarien, auf welche Zerreißprobe die Solidarität der Generationen in den nächsten Jahren gestellt wird. Wer pflegen wird, wo gepflegt werden wird und in welchen Konstellationen Hilfe erbracht werden wird – das sind nur einige der erforschten Fragen. Den kommunalen Altenhilfeplanungen stehen so erstmals fundierte Grundlagen zur Verfügung, nach denen zukünftige Politik ausgerichtet werden kann. Zusätzlich stellt das Buch klar, dass zur Bewältigung dieser Herausforderung noch weitere Weichen neu gestellt werden müssen: Die Aufgaben- und Verantwortungsteilung zwischen Familien beziehungsweise Angehörigen, Freunden, Dienstleistern und dem Staat muss neu justiert werden.

Grundlagen und Methoden aufsuchender Jugendarbeit. Eine Einführung. Von Franz Josef Krafeld. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2004, 224 S., EUR 19,90 *DZI-D-6968*

Aufsuchende Jugendarbeit und Streetwork gehören zu den wenigen Feldern in der Sozialen Arbeit, die auch gegenwärtig noch erheblich ausgebaut werden. Gleichzeitig wird bislang wohl nirgendwo sonst Lebensweltorientierung so konkret angegangen und umgesetzt. Damit ist dieses Feld längst richtungsweisend geworden für innovative Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe. Trotzdem beschränkt sich die Fachliteratur bislang fast ausschließlich auf lokal begrenzte und sehr auf Zielgruppen bezogene Darstellungen und Analysen. Der Band leistet eine umfassende Einführung in die aufsuchende Arbeit, indem deren Grundlagen praxisorientiert weiterentwickelt und daraus teilweise sehr konkrete methodische Handlungsmuster abgeleitet werden. Damit richtet er sich an diejenigen, die in diesem Feld tätig sind oder werden wollen – oder auch an diejenigen, die bislang Jugendarbeit ohne aufsuchende Anteile leisten (zum Beispiel in Jugendzentren).

Mit Unternehmen kooperieren. Einsichten in wirtschaftliches Denken für Integrationsberater und soziale Berufe. Von Ralf Wetzel. Rainer Hampp Verlag. München 2004, 127 S., EUR 19,80 *DZI-D-6985*

Die Soziale Arbeit steht seit einiger Zeit vor der Anforderung, ihren Zugang zur Wirtschaft zu überprüfen, denn vielfach kommen neue Strategien bei der Bearbeitung sozialer Probleme zur Geltung. Dies ist etwa bei Integrationsfachdiensten beziehungsweise Arbeitsassistenzen der Fall, einer relativ jungen Organisationsform, die auf die Integration von Menschen mit Behinderungen vorwiegend in Unternehmen abzielt. Hier sind die Akteure gezwungen, die Grenzen des Vertrauens zu überschreiten und nicht nur Verständnis, sondern Verstehen für das wirtschaftlich orientierte Gegenüber zu entwickeln. Es geht darum, Wirtschaft und Unternehmen aus deren Binnenlogik heraus nachvollziehen zu können und aus dieser Fremdsicht nach Möglichkeiten zu suchen, das eigene Anliegen anschlussfähig zu machen. Diese Ausführungen liefern einen Einstieg in die wichtige wirtschaftliche und betriebliche Logik sowie in zentrale „Schaltstellen“ der Unternehmensführung und illustrieren Grundprobleme einer „Sozialberatung des Unternehmens“, die über den Anwendungsfall des Integrationsdienstes hinausgehen.

Ästhetische Praxis in der Sozialen Arbeit. Wahrnehmung, Gestaltung und Kommunikation. Hrsg. Jutta Jäger und Ralf Kuckhermann. Juventa Verlag. Weinheim 2004, 304 S., EUR 19,- *DZI-D-6975*

Ästhetische Praxis in der Sozialen Arbeit kann zum Beispiel eine Videoproduktion zur Lebenssituation von Jugendlichen im Stadtteil, über Theaterarbeit in der Sozialpsychiatrie oder ein Kunstprojekt in einem Altersheim sein. Ästhetische Erfahrungsebenen ergänzen kognitive Zugänge zur Problembearbeitung in psychosozialen Gesprächsgruppen oder sind Teil des professionellen Repertoires in der Bildungsarbeit. In unterschiedlichsten Arbeitsfeldern hat ästhetische Praxis das Ziel, Differenzenerfahrungen zum Alltag, zum Selbstverständlichen zu ermöglichen. Dabei geht es sowohl um die Überprüfung gewohnter Wahrnehmungs- und Deutungsmuster als auch um die Erweiterung von sprachlichen Ausdrucksebenen in Gestaltungsprozessen und -produkten, die auch eine vielschichtig anregende Grundlage für Bewusstseinerweiterung in intersubjektiven Kommunikationsprozessen sein können.

Praxisratgeber Kinder- und Jugendhilfe. Erfolgreiche Betreuung und Beratung von Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen. Hrsg. Bernd Seidenstücker und Barbara Mutke. Forum Verlag Herkert. Merching 2004, 396 S., EUR 49,- *DZI-D-7012*

Die Anzahl von Gewalttaten insbesondere in Schulen steigt beängstigend an, ebenfalls die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit schwierigen Entwicklungsverläufen. Doch wie sollen Verantwortliche mit diesen Situationen umgehen? Welche Möglichkeiten und Risiken sind zu beachten? So müssen sich alle Verantwortlichen, zum Beispiel in Schulen, Tagesstätten und Jugendämtern, immer mehr mit den außerschulischen Problemen und deren Ursachen befassen. Wie Lehrende, Erziehende und Sozialpädagoginnen und -pädagogen bei Problemsituationen souverän vorgehen und rechtssicher handeln, erfahren sie in dieser Veröffentlichung. Sie enthält neben Anleitungen und zahlreichen Tipps auch verständliche Erläuterungen zu Rechten und Pflichten der Beratenden, zum Beispiel zur Aufsichtspflicht und deren rechtlichen Folgen. Weiter beinhaltet sie alle notwendigen Informationen für die Beratung, wie wichtige Anlaufstellen, rechtliche Grundlagen sowie Fallbeispiele und Hilfestellungen für die Praxis mit nützlichen Arbeitshilfen. Weitere Informationen sind außerdem unter www.forum-verlag.com zu finden. *Ralf Oesterreicher*

111 Tipps zu Arbeitslosengeld II und Sozialgeld. Von Rolf Winkel und Hans Nakielski. Bund-Verlag. Frankfurt am Main 2005, 158 S., EUR 22,90 *DZI-D-7017*

Ab Januar 2005 gibt es das neue Arbeitslosengeld II (Alg II) und Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Angehörige. Fast vier Mio. Betroffene müssen sich neu orientieren. Dieser Ratgeber gibt wichtige Informationen unter anderem darüber, was Antragstellende wissen müssen, um den komplizierten Antragsfragebogen richtig auszufüllen und die Leistungen die ihnen zustehen ungekürzt zu erhalten. Er erläutert, wer neben den Regelleistungen zusätzlich Anspruch auf Mehrbedarfzuschlag, einmalige Extraleistungen oder den Zuschlag zum Alg II hat. Weiter gibt es Tipps für Erwerbslose, die das reguläre Arbeitslosengeld I erhalten, und für Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen. Checklisten und Musterbriefe leisten praktische Hilfe.

Vormundschaft und Kindeswohl. Forschung mit Folgen für Vormünder, Richter und Gesetzgeber. Von Maud Zitelmann und anderen. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft. Köln 2004, 206 S., EUR 32,- *DZI-D-7018*

Das Buch führt in die aktuelle Diskussion um Vormundschaften für Kinder und Jugendliche ein. Die meisten von ihnen leben in Heimen oder Pflegefamilien, weil ihre Eltern nicht für sie sorgen können. Ihre Vormundschaft liegt in der Regel beim Jugendamt, das sich um viele „Mündel“ kümmern muss. Einen persönlichen Vormund haben die wenigsten. Seit einiger Zeit wird in der Fachöffentlichkeit nach neuen Lösungen gesucht. Die Autorinnen formulieren rechtliche und pädagogische Rahmenbedingungen für die Gewährleistung des „Kindeswohls“, die auf umfangreichen Studien beruhen. In intensiven Gesprächen wurden nicht nur Amtsvormünder, sondern auch „Mündel“ selbst zu ihrer Situation befragt. Außerdem werden vormundschaftsrechtliche Regelungen des europäischen Auslands vergleichend vorgestellt.

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien
Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Holger Gerecke (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Hildebrand Ptak (Evangelische Fachhochschule Berlin); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport); Frank Walter, Berlin; Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. MwSt. und Versandkosten)
Kündigung bestehender Abonnements jeweils schriftlich drei Monate vor Jahresende.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasser/-innen dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin
Druck: Offsetdruckerei Gerhard Weinert GmbH, Saalburgstr. 3, 12099 Berlin

ISSN 0490-1606